

Inhalt

Organisation, Führungsstruktur und Tätigkeit	177
Organisation und Führungsstruktur der Bank	177
<i>Die Bank, ihr Management und ihre Aktionäre</i>	177
<i>Organigramm der BIZ per 31. März 2006</i>	179
Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und	
Währungsbereich: direkte Beiträge der BIZ 2005/06	179
<i>Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen</i>	179
<i>Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter</i>	
<i>Zentralbanken</i>	181
<i>Repräsentanzen</i>	186
<i>Institut für Finanzstabilität</i>	188
Förderung der Finanzstabilität durch die ständigen Ausschüsse	189
<i>Basler Ausschuss für Bankenaufsicht</i>	189
<i>Ausschuss für das weltweite Finanzsystem</i>	191
<i>Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme</i>	192
<i>Märkteausschuss</i>	193
<i>Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung</i>	194
Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit	
im Finanzbereich	194
<i>Zehnergruppe (G10)</i>	194
<i>Forum für Finanzstabilität</i>	195
<i>Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden</i>	196
<i>Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen</i>	198
Finanzdienstleistungen der Bank	199
<i>Bankdienstleistungen</i>	199
<i>Tätigkeit der Bankabteilung im Geschäftsjahr 2005/06</i>	200
<i>Grafik: Kundeneinlagen nach Produkt</i>	200
<i>Die Bank als Agent und Treuhänder</i>	201
Institutionelles und Administratives	202
<i>Veränderungen der Führungsstruktur der BIZ</i>	202
<i>Verwaltung der Bank</i>	202
Der Reingewinn und seine Verwendung	205
<i>Reingewinn</i>	205
<i>Überprüfung der Dividendenpolitik</i>	206
<i>Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns</i>	206
<i>Bericht der Buchprüfer</i>	207
Verwaltungsrat und oberste Führungsebene	208
Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene	209
Mitgliedszentralbanken der BIZ	211

Jahresabschluss	213
Bilanz	214
Gewinn- und Verlustrechnung	215
Mittelflussrechnung	216
Vorgeschlagene Gewinnverwendung	217
Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank	217
Veränderungen des Eigenkapitals der Bank	218
Anmerkungen zum Jahresabschluss	219
Bericht der Buchprüfer	245
5-Jahres-Überblick	246

Organisation, Führungsstruktur und Tätigkeit

Dieses Kapitel skizziert die interne Organisation und die Führungsstruktur der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) und blickt auf die Tätigkeit der Bank und der bei ihr angesiedelten internationalen Gremien im vergangenen Geschäftsjahr zurück. Im Mittelpunkt stehen dabei die Förderung der Zusammenarbeit unter Zentralbanken und anderen Instanzen aus dem Finanzbereich sowie die Bereitstellung von Finanzdienstleistungen für Zentralbankkunden.

Organisation und Führungsstruktur der Bank

Die Bank, ihr Management und ihre Aktionäre

Die BIZ ist eine internationale Organisation, die die internationale Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich fördert und Zentralbanken als Bank dient. Sie hat ihren Hauptsitz in Basel, Schweiz, sowie eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China und eine in Mexiko-Stadt. Gegenwärtig sind bei der Bank 554 Personen aus 49 Ländern beschäftigt.

Die BIZ erfüllt ihre Aufgaben als:

- Forum, das den Austausch unter Zentralbanken fördert und ihre gemeinsame Entscheidungsfindung erleichtert sowie den Dialog mit anderen Gremien unterstützt, die Verantwortung für Finanzstabilität tragen
- Zentrum für Währungs- und Wirtschaftsforschung
- Erste Adresse für Finanzgeschäfte von Zentralbanken
- Agent oder Treuhänder im Zusammenhang mit internationalen Finanztransaktionen

Die Bank stellt auch das Sekretariat für verschiedene Ausschüsse und Organisationen, die sich um die Förderung der Stabilität im Finanzbereich bemühen:

- Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS), der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS), der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) und der Märkteausschuss sind im Laufe der letzten 40 Jahre von den Präsidenten der G10-Zentralbanken eingesetzt worden und entscheiden recht autonom über ihre Arbeitsthemen und die Organisation ihrer Tätigkeiten
- Das Forum für Finanzstabilität (FSF), die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS) und die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (IADI) sind als unabhängige Organisationen weder der BIZ noch ihren Mitgliedszentralbanken direkt unterstellt

Die Aufgaben und jüngsten Aktivitäten dieser Ausschüsse und Organisationen werden weiter unten näher erläutert.

Die Bank umfasst drei Hauptabteilungen: die Währungs- und Wirtschaftsabteilung, die Bankabteilung und das Generalsekretariat. Diese werden ergänzt durch Rechtsdienst, Compliance, Interne Revision und Risikocontrolling sowie das Institut für Finanzstabilität (FSI), das die Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen in der Finanzaufsicht weltweit unterstützt.

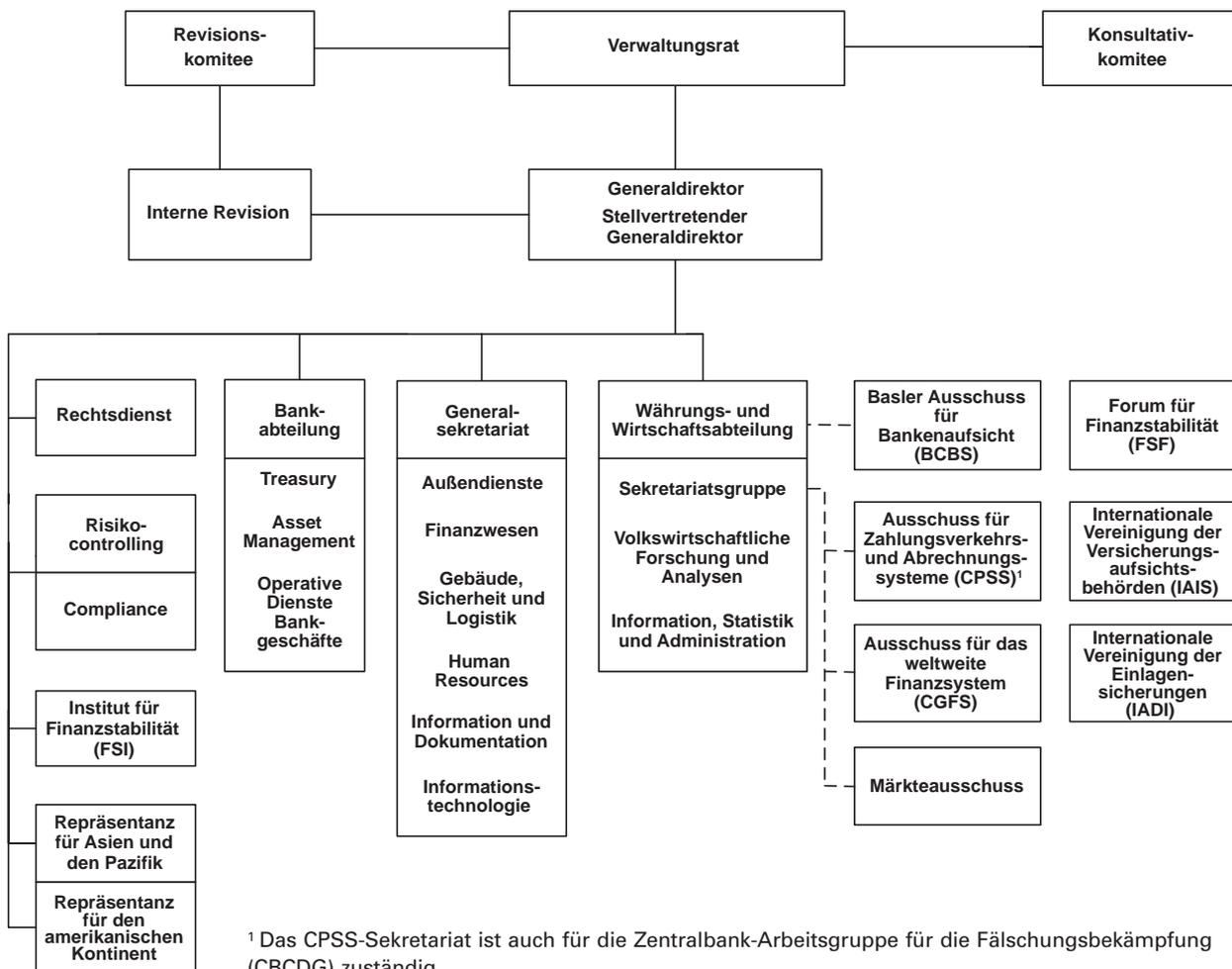
Die drei wichtigsten Führungs- und Verwaltungsgremien der Bank sind:

- Die Generalversammlung der Mitgliedszentralbanken. 55 Zentralbanken oder Währungsbehörden sind derzeit bei der Generalversammlung stimm- und teilnahmeberechtigt. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von vier Monaten nach dem 31. März, dem Ende des Geschäftsjahres der Bank, statt. 2005 waren 110 Zentralbanken vertreten, davon 84 durch ihren Präsidenten. Zudem nahmen Delegierte von 21 internationalen Organisationen teil
- Der Verwaltungsrat, der gegenwärtig 17 Mitglieder umfasst. Zu seinen Hauptaufgaben gehören die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Bank und ihrer Geschäftspolitik sowie die Überwachung der Geschäftsleitung. Unterstützt wird er vom Revisionskomitee und vom Konsultativkomitee, denen bestimmte Verwaltungsratsmitglieder angehören
- Die Geschäftsleitung unter dem Vorsitz des Generaldirektors, die sich außerdem aus dem Stellvertretenden Generaldirektor, den Leitern der drei Hauptabteilungen sowie anderen vom Verwaltungsrat ernannten Beamten gleichen Ranges zusammensetzt. Die Geschäftsleitung berät den Generaldirektor in allen wichtigen Fragen, die die Bank als Ganzes betreffen

Bei einer außerordentlichen Generalversammlung im Rahmen der ordentlichen Generalversammlung der Bank im Jahr 2005 wurde beschlossen, die Führungsstruktur der Bank zu vereinfachen und die Statuten der BIZ entsprechend abzuändern. Im Jahr davor hatte die Bank eine Überprüfung mit dem Ziel vorgenommen, die Transparenz ihrer Geschäfte und ihrer Struktur zu erhöhen. So wurde per 27. Juni 2005 das Amt des BIZ-Präsidenten abgeschafft. Seit 1948 waren die Funktionen des Vorsitzenden des Verwaltungsrats und des Präsidenten der BIZ jeweils von derselben Person wahrgenommen worden. Im Rahmen der Überprüfung wurde auch der Aufgabenbereich des beratenden Ausschusses abgesteckt, der den Generaldirektor bei seiner Arbeit unterstützt, und für den Verwaltungsrat und mehrere operative Ausschüsse wurden Satzungen aufgestellt.

Die Mitgliedszentralbanken, die Verwaltungsratsmitglieder und die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank sowie jüngste Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene sind am Ende dieses Kapitels aufgeführt.

Organigramm der BIZ per 31. März 2006



Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich: direkte Beiträge der BIZ 2005/06

Anfang 2006 gab die BIZ ihre Absicht bekannt, die Beziehungen zu ihren strategischen Partnern in Asien zu vertiefen, nachdem sie ihre Mitgliedszentralbanken in der Region ausführlich zu diesem Vorhaben konsultiert hatte. Vorgehen sind ein 3-jähriges Forschungsprogramm zu Währungs- und Finanzfragen in der Asien-Pazifik-Region, die Ausweitung der Arbeit des Instituts für Finanzstabilität (FSI) in der Region sowie eine Erweiterung der von der BIZ-Repräsentanz in der SVR Hongkong erbrachten Bankdienstleistungen.

Regelmäßige Beratungen über Währungs- und Finanzfragen

Alle zwei Monate treffen sich die Präsidenten und andere hochrangige Vertreter der BIZ-Mitgliedszentralbanken, um in einer Reihe von Sitzungen die aktuellen Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich wie auch die Aussichten für die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte zu diskutieren. Außerdem tauschen sie Gedanken und Erfahrungen zu aktuellen Themen von besonderem Interesse für Zentralbanken aus. Diese Treffen im 2-Monats-Rhythmus sind eines der

wichtigsten Mittel, mit denen die BIZ die Kooperation unter den Zentralbanken fördert. Zudem organisiert die Bank für hochrangige Mitarbeiter der Zentralbanken weitere regelmäßige Sitzungen und Ad-hoc-Treffen. Bei diesen Treffen werden immer wieder auch andere Finanzbehörden sowie Vertreter aus dem privaten Finanzsektor und aus wissenschaftlichen Kreisen eingeladen, sich am Dialog zu beteiligen.

Im Rahmen der Weltwirtschaftssitzungen beobachten die Zentralbankpräsidenten der wichtigsten Industrieländer und aufstrebenden Volkswirtschaften die Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich und beurteilen die Risiken und Chancen in der Wirtschaft und an den Finanzmärkten weltweit. In der Sitzung der G10-Zentralbankpräsidenten bzw. in der Sitzung der Gouverneure der wichtigsten aufstrebenden Volkswirtschaften werden oft konjunkturelle Fragen von besonderer Relevanz für diese beiden Ländergruppen vertieft. Die G10-Zentralbankpräsidenten diskutieren außerdem Fragen im Zusammenhang mit der Arbeit der bei der BIZ ansässigen ständigen Ausschüsse.

Da nicht alle Zentralbanken direkt an der Arbeit der Ausschüsse und anderer bei der BIZ ansässiger Organisationen beteiligt sind, werden die betreffenden Zentralbankpräsidenten in einem regelmäßigen sogenannten Review Meeting for Governors über die Aktivitäten dieser Gremien informiert. Gelegentlich werden bei dieser Sitzung auch Themen von unmittelbarer Bedeutung für diese Gruppe von Zentralbanken behandelt. Im Geschäftsjahr 2005/06 waren dies:

- Jüngste Entwicklungen am Ölmarkt
- Fragen rund um die Devisenmärkte
- Basel II und Aspekte der Herkunfts- und Aufnahmelandaufsicht
- Die revidierten *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht*
- Finanzierung von Wohneigentum
- Verhältnis zwischen Zentralbank und Regierung

In den Sitzungen der Präsidenten aller BIZ-Mitgliedszentralbanken schließlich standen Fragen von eher struktureller Art und allgemeinem Interesse auf der Tagesordnung:

- Zentralbanken und Finanzstabilität: Ziele, Instrumente und Verantwortlichkeit
- Auswirkungen der Globalisierung auf Lohn- und Preisbildung. Was hat sich verändert, und inwiefern ist das relevant?
- Kreditmärkte, komplexe Finanzprodukte und Risikomanagement
- Fragen und Aussichten in Bezug auf den WKM II und den Beitritt zum Euro-Raum
- Messung der Inflation für die Zwecke der Geldpolitik

Bei der Analyse von Fragen zur Finanzstabilität legen die Zentralbankpräsidenten Wert auf einen Dialog mit den Leitern von Aufsichtsinstanzen, anderen Finanzbehörden und hochrangigen Vertretern des privaten Finanzsektors. Die BIZ organisiert regelmäßig informelle Gespräche von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors, bei denen die gemeinsamen Anliegen beider Seiten hinsichtlich Aufbau und Aufrechterhaltung eines soliden, gut funktionierenden Finanzsystems im Mittelpunkt stehen.

Weitere, weniger regelmäßig stattfindende Treffen von hochrangigen Vertretern von Zentralbanken sind u.a.:

- Die zweimal im Jahr stattfindende Sitzung der Zentralbankvolkswirte, bei der es im Oktober 2005 um die Entwicklung des Inflationsprozesses ging
- Die Seminare zur Geldpolitik, die nicht nur in Basel, sondern unter der Ägide einer Reihe von Zentralbanken auch in Asien, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika stattfinden
- Die Sitzung der stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften, deren Thema in diesem Jahr die Fortschritte in den Bankensystemen der aufstrebenden Volkswirtschaften waren

Weitere von der BIZ geförderte Bereiche der Zusammenarbeit unter Zentralbanken

Forschungsarbeit

Die BIZ trägt nicht nur dadurch zur internationalen Zusammenarbeit im Währungs- und Finanzbereich bei, dass sie für die Sitzungen der Zentralbankvertreter Hintergrundmaterial liefert und für die Ausschüsse Sekretariatsdienstleistungen erbringt. Sie führt auch selbst Forschungsarbeiten und Analysen zu Themen durch, die für Zentralbanken und in zunehmendem Maße auch für die Finanzaufsicht von Interesse sind. Die Ergebnisse dieser Arbeit fließen in die regelmäßigen Veröffentlichungen der Bank wie den *Jahresbericht*, den *Quartalsbericht* und die Reihen der *BIS Papers* und *BIS Working Papers* sowie in externe Fachpublikationen ein. Ein Großteil der Forschungsarbeit wird auf der BIZ-Website (www.bis.org) veröffentlicht.

Entsprechend den Aufgaben der Bank konzentriert sich die Forschungsarbeit langfristig auf Fragen der Währungs- und Finanzstabilität. Einige Themenbeispiele aus dem vergangenen Geschäftsjahr:

- Veränderungen im Inflationsprozess, insbesondere die Wechselbeziehungen zwischen Inflation und Globalisierung sowie die Rolle des Wechselkurses
- Messung und Bewertung des Kreditrisikos, vor allem in Bezug auf neue Finanzinstrumente wie Kreditderivate
- Messung der Risikoneigung und ihrer Auswirkungen auf die Bewertung von Finanzanlagen
- Trends im internationalen Bankgeschäft
- Koordination zwischen Geldpolitik und Aufsichtsregelungen
- Wechselwirkungen zwischen Risikomanagement-, Rechnungslegungs- und Aufsichtsvorschriften

Im Rahmen ihrer Forschungsarbeit organisiert die BIZ auch Konferenzen und Workshops, bei denen in der Regel wichtige Entscheidungsträger, Wissenschaftler und Marktteilnehmer zusammenkommen. Im Juni 2005 fand im Rahmen des 75-Jahr-Jubiläums der Bank die Vierte BIZ-Jahreskonferenz statt. Thema war die Vergangenheit und Zukunft der Zusammenarbeit von Zentralbanken. Im November befasste sich ein hochrangig besetzter Workshop mit

einer Analyse der Wechselbeziehungen von Rechnungslegungs-, Risiko-management- und Aufsichtsvorschriften.

Kooperation im Bereich Statistik

Ein wichtiges Ereignis im Bereich Statistik war der Beschluss der BIZ im Januar 2006, das Sekretariat des Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics (IFC) zu stellen. Der IFC ist ein weltweites Forum von Benutzern und Erstellern von Statistiken innerhalb von Zentralbanken und seit 1997 informell unter der Ägide des International Statistical Institute (ISI) tätig. Vorsitzender des IFC ist derzeit Jan Smets, Direktor bei der Banque Nationale de Belgique und stellvertretendes Mitglied des BIZ-Verwaltungsrats. Im April 2005 organisierte der IFC eine Reihe von Treffen anlässlich der 55. ISI Session in Sydney. Gemeinsam mit der Bank of Canada veranstaltete er im Juni 2005 einen Workshop über den Datenbedarf für die Analyse der Stabilität und Anfälligkeit ausgereifter Finanzsysteme. Ein Workshop im April 2006, der sich mit den Meinungen und Anliegen von Zentralbanken im Zusammenhang mit der Messung des Verbraucherpreisindex beschäftigte, wurde von den meisten in der BIZ-Weltwirtschaftssitzung vertretenen Zentralbanken besucht. Derzeit laufen die Vorbereitungen für die dritte IFC-Konferenz, die Ende August 2006 bei der BIZ stattfinden wird. Thema wird die Messung der Finanzlage der privaten Haushalte sein. Informationen über den IFC und seine Struktur sowie Papiere zu den verschiedenen Treffen sind unter www.ifcommittee.org verfügbar.

Mit ihrer Unterstützung für den IFC trägt die BIZ der Tatsache Rechnung, dass mit Blick auf Währungs- wie auch Finanzstabilität statistische Daten und damit verbundene methodische Fragen für die Zentralbanken immer wichtiger werden. Die Bereitstellung des IFC-Sekretariats ist zudem die logische Fortführung anderer Dienstleistungen, die die BIZ im statistischen Bereich für die Zentralbanken erbringt, u.a. die BIZ-Datenbank und das Erstellen verschiedenster internationaler Finanzstatistiken.

Seit vergangenem Jahr sind an der BIZ-Datenbank auch die Zentralbanken Argentiniens, Brasiliens, Chinas und Indiens offiziell beteiligt. Somit steigt die Zahl der Datenbankteilnehmer auf 39; fast alle sind BIZ-Aktionärszentralbanken. Außerdem wurden die BIZ-Aktionärszentralbanken, die noch nicht Datenbankteilnehmer sind, eingeladen, der BIZ künftig eine begrenzte Zahl an ökonomischen Schlüsselindikatoren zu melden und damit einen Beitrag zu den statistischen Hintergrundinformationen für die alle zwei Monate stattfindenden BIZ-Treffen zu leisten.

Im Oktober 2005 nahmen 35 Zentralbanken an dem alle zwei Jahre stattfindenden Treffen der Experten für die internationalen Finanzstatistiken der BIZ teil, bei dem verschiedene analytische und technische Fragen zu diesen Statistiken diskutiert wurden. Das Meldesystem wurde im vergangenen Jahr in zweierlei Hinsicht erweitert: in der konsolidierten Bankenstatistik um mehr Angaben zum letztlichen Risiko einschließlich außerbilanzieller Daten und in der Statistik über das außerbörsliche Derivatgeschäft um Daten über Credit-Default-Swaps (CDS). In die standortbezogene BIZ-Bankenstatistik wurden Daten aus Korea aufgenommen, und in der inländischen Wertpapierstatistik kamen

Angaben aus Kroatien und Pakistan hinzu. Ende 2005 beschloss die BIZ auch, vorläufige Daten zum internationalen Bankgeschäft einige Wochen vor der offiziellen Bekanntgabe der Daten im *BIZ-Quartalsbericht* zu veröffentlichen. Darüber hinaus haben die Vorbereitungen für die nächste 3-jährliche Zentralbankerhebung über das Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten (*Triennial Central Bank Survey*) im Jahr 2007 begonnen, an der die Zentralbanken von über 50 Ländern teilnehmen dürften.

Im Rahmen der Inter-Agency Task Force on Finance Statistics arbeitete die BIZ im vergangenen Jahr eng mit dem IWF, der OECD und der Weltbank zusammen, um einen Joint External Debt Hub einzurichten. Diese Online-Fazilität (www.jedh.org) wurde im März 2006 lanciert. Sie liefert sowohl optimierte Gläubiger- und Marktdaten zu den Komponenten der Auslandsverschuldung als auch Schuldendaten der nationalen Statistikstellen.

Der Joint External Debt Hub ist entsprechend den technischen Standards, den inhaltlichen Richtlinien und den Umsetzungsinstrumenten der Initiative für den Austausch statistischer Daten und Metadaten (Statistical Data and Metadata Exchange, SDMX) konzipiert. Bei der SDMX-Initiative arbeitet die BIZ im Namen der Zentralbanken, die an ihrer Tätigkeit im statistischen Bereich beteiligt sind, mit EZB, Eurostat, IWF, OECD, UNO und Weltbank zusammen. Seit Ende März 2006 sind alle wichtigen SDMX-Bestandteile auf www.sdmx.org in Betrieb, darunter eine Reihe technischer Spezifikationen, die von der internationalen Organisation für Normung (International Organization for Standardization, ISO) genehmigt wurden. Erste Gespräche mit XBRL International, wo ähnliche Standards für Rechnungslegungsdaten erarbeitet wurden, haben bestätigt, dass interoperable Plattformen für den Datenaustausch in Statistik und Rechnungslegung möglich sind. Weitere Arbeiten in dieser Richtung sind geplant. 2006/07 führt die BIZ beim SDMX Sponsors Committee den Vorsitz.

Führungs- und Überwachungsmechanismen in Zentralbanken

Seit mehr als zehn Jahren ist die BIZ im Bereich der Führungs- und Überwachungsmechanismen von Zentralbanken aktiv, um den zunehmenden Bedarf der Zentralbanken an aktuellen und korrekten Informationen sowie zielgerichteten Analysen zu erfüllen. Im Mai 2005 genehmigten die Präsidenten der BIZ-Aktionärszentralbanken die Urkunde für die Gründung des Central Bank Governance Forum, und damit erhielten diese Aktivitäten formellen Charakter. Das Forum soll solide Führungs- und Überwachungsmechanismen der Zentralbanken als staatliche Entscheidungsgremien fördern. Es besteht aus der Central Bank Governance Group und dem Central Bank Governance Network. Sein Sekretariat wird von der BIZ gestellt.

Die Governance Group setzt sich aus den Präsidenten eines breit abgestützten und repräsentativen Kreises von Zentralbanken zusammen und erörtert aktuelle Themen der Führungs- und Überwachungsstruktur von Zentralbanken. Zu Themen, die für andere Zentralbanken von besonderer Relevanz sind, werden auch deren Präsidenten eingeladen. Im vergangenen Jahr befasste sich die Governance Group z.B. mit den gesetzlichen Regelungen zur Informationsfreiheit im Zusammenhang mit den Zentralbanken, mit der

Rolle des Zentralbankpräsidenten als Vorsitzender wichtiger Gremien und Ausschüsse innerhalb der jeweiligen Zentralbank sowie mit der Beziehung zwischen Zentralbank und Regierung. Wie von der Governance Group empfohlen, behandelt die BIZ diejenigen Fragen zu Führungs- und Überwachungsmechanismen vorrangig, die für eine erfolgreiche Arbeit unabhängiger und verantwortlich entscheidender Währungsbehörden von besonders großer Bedeutung sind.

Das Governance Network umfasst über 45 wichtige Zentralbanken und Währungsbehörden aus aller Welt, die Informationen darüber austauschen, wie Zentralbanken in institutionellen und organisatorischen Fragen vorgehen. Dank diesem kooperativen Ansatz sind Informationen zum Auftrag, zu den Befugnissen, zur Führung und zu den Verantwortlichkeiten von Zentralbanken verfügbar, die die einzelnen Institutionen zur eigenen Stärkung nutzen können.

Ausschuss der EDV-Fachleute der G10-Zentralbanken

In den beiden Treffen des Ausschusses der EDV-Fachleute wie auch den beiden Treffen ihrer Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen im vergangenen Jahr ging es hauptsächlich um die Führungs- und Überwachungsmechanismen im IT-Bereich, die Notfallplanung, den Schutz interner Systeme vor externen Gefahren, mobile Technologien und Fernzugang. Die Ausschussmitglieder tauschten sich mit Kolleginnen und Kollegen über ihre Erfahrungen mit unterschiedlichen Modellen interner Führungs- und Überwachungsstrukturen im IT-Bereich im Spannungsfeld zwischen Innovation und Standardisierung aus und erörterten die eigentlichen Gründe für das Versagen vieler solcher Modelle.

Mit dem Bedarf an weiteren Vorkehrungen für den Fall einer Vogelgrippe-Pandemie rückte die Notfallplanung stärker in den Vordergrund. Statt der IT-Systeme selbst würde eine solche Pandemie in erster Linie die Verfügbarkeit von Arbeitskräften (auch bei externen Dienstleistungsanbietern) beeinflussen.

Die Sicherheitsgefahren sind nach wie vor erheblich, doch gab es etwas weniger Störungen als in früheren Jahren, vermutlich weil immer mehr Tools und Maßnahmen zur Erkennung und Beseitigung von Viren und anderen Bedrohungen zur Verfügung stehen. Auch wird gegen Spam-Mail mittlerweile auf breiterer Front vorgegangen, sodass dieser Störfaktor an Einfluss verliert. Mobile Technologien und die damit verbundenen Risiken bedürfen weiterhin hoher Aufmerksamkeit. Umsatzerwartungen und Marktentwicklungen spielen hier eine wichtige Rolle.

Weitere Themen bei den Treffen des Ausschusses waren Sourcing-Modelle für IT-Dienstleistungen, der Nutzen interner IT-Revision und die Einhaltung von IT-Standards wie ITIL.

Interne Revision

Seit 1986 pflegen die internen Revisoren der G10-Zentralbanken einen regelmäßigen Wissens- und Erfahrungsaustausch und erörtern neue Fragen und Herausforderungen. Ihre zentralen Diskussionsthemen stehen gewöhnlich im Zusammenhang mit den internationalen Standards für die interne Revision und den laufend nötigen Verbesserungen des Risikomanagements der Zentral-

banken. Die Interne Revision der BIZ ist zweimal im Jahr Organisator und Gastgeber des Treffens der G10-Arbeitsgruppe für IT-Revisionsmethoden.

Im Juni 2005 nahm die BIZ an der 19. Jahrestagung der Leiter der internen Revision der G10-Zentralbanken teil, die von der Bank of Japan organisiert wurde. Die wichtigsten Themen waren die Bedeutung der internen Revision für moralische Werte und ethisches Bewusstsein in einer Organisation, die Auswirkungen des Sarbanes-Oxley Act, die Führungs- und Überwachungsmechanismen in der internen Revision, die Rolle der internen Revision in Bezug auf die Führungs- und Überwachungsmechanismen im IT-Bereich sowie die Prüfung der Notfallplanung. (In diesem letzten Bereich koordinierte die BIZ die Arbeit der G10-Task-Force.)

Nach mehreren Sitzungen der Leiter der internen Revision von Zentralbanken und Währungsbehörden im Asien-Pazifik-Raum hat die Interne Revision der BIZ ein Netz für den Kontakt und den Informationsaustausch mit diesen Institutionen geknüpft.

Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen

Die Group of Coordinators of Technical Cooperation and Training, die Anfang der 1990er Jahre eingerichtet worden war, um die technische Hilfe für ehemalige Planwirtschaften zu koordinieren, hielt im Juni 2005 ihre Jahresversammlung in St. Petersburg ab. Gastgeber war die russische Zentralbank. Bei diesem Treffen wurde einmal mehr deutlich, dass die technische Zusammenarbeit unter den Zentralbanken in vielerlei Hinsicht im Wandel begriffen ist. An die Stelle der traditionellen technischen Hilfe treten zunehmend Schulungen und verschiedene Formen bilateraler und multilateraler Zusammenarbeit. Zudem arbeiten viele ehemalige Empfänger von technischer Hilfe in Osteuropa inzwischen mit Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und auf dem Balkan auf technischem Gebiet zusammen. Technische Kooperation erhält auch im Zusammenhang mit Zentralbanken anderer Regionen, insbesondere in Asien, mehr Gewicht.

Die BIZ unterstützte im vergangenen Jahr wiederum verschiedene regionale Gruppierungen von Zentralbanken durch die Organisation von gelegentlichen gemeinsamen Veranstaltungen oder die Entsendung von Referenten zu den Treffen dieser Gruppierungen, wie z.B.:

- Die South East Asian Central Banks (SEACEN)
- Das Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos (CEMLA)
- Über das Joint Vienna Institute die Zentralbanken aus Osteuropa und der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
- Das Centre Africain d'Études Supérieures en Gestion (CESAG), das u.a. von der Banque Centrale des États de l'Afrique de l'Ouest (BCEAO) getragen wird
- Das Macroeconomic and Financial Management Institute of Eastern and Southern Africa (MEFMI)

Kommunikation

Die Bank feierte 2005 ihr 75-jähriges Bestehen. Dies war eine zusätzliche Gelegenheit, über die Rolle der BIZ bei der Förderung der internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich seit 1930 zu informieren.

- Anlässlich der 75. ordentlichen Generalversammlung eröffnete der Vorsitzende des Verwaltungsrats, Nout Wellink, Ende Juni 2005 die zweiwöchige Ausstellung „*this is the biz*“. Rund 6 000 Besucherinnen und Besucher sahen neben einem breiten Spektrum von Dokumenten, Fotografien und zeitgenössischen Illustrationen auch eine Filmsequenz mit Interviews von Zentralbankpräsidenten sowie verschiedene Multimedia-installationen, die die Geschichte der BIZ erzählten und ihre heutigen Aufgaben erläuterten
- Die vollständige Reihe der *Jahresberichte* der BIZ, in den vier offiziellen Sprachen der Bank, wurde auf einer DVD veröffentlicht. Damit steht ein praktisches Instrument für die Volltextsuche in den *Jahresberichten* seit 1930 zur Verfügung. Die DVD wird an Bibliotheken sowie zu Forschungszwecken abgegeben

Im Januar 2006 lancierte die BIZ ihre umgestaltete Website. Sie bietet einen noch komfortableren Zugang zu Forschungsarbeiten von Zentralbanken und offiziellen Reden von führenden Zentralbankvertretern. Bis Mai 2006 war die Beteiligung an der Online-Plattform Central Bank Research Hub, die 2004 eingerichtet worden war, auf 40 Institutionen gewachsen.

Repräsentanzen

Die Repräsentanz für Asien und den Pazifik und die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent sind eine Plattform für die Tätigkeit der BIZ in der betreffenden Region. Die Repräsentanzen sollen einerseits die Beziehungen zwischen der BIZ und den Zentralbanken, Währungsbehörden und Aufsichtsinstanzen in diesen Regionen stärken und andererseits die Zusammenarbeit innerhalb der jeweiligen Region fördern. So organisieren sie verschiedene Sitzungen, verbessern den Austausch von Informationen und Daten und tragen zur finanz- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung der Bank über diese Regionen bei. Zu den wichtigsten Themen des letzten Jahres zählten die Entwicklung der Anleihemärkte, die regionalen Devisenmärkte und die Verwaltung der Währungsreserven, die in einer Reihe von Publikationen erörtert wurden.

Die Repräsentanzen unterstützen außerdem die Bankdienstleistungen der BIZ in diesen beiden Regionen durch regelmäßige Besuche der für das Reservenmanagement der Zentralbanken Verantwortlichen und durch diverse Treffen sowohl auf Experten- als auch auf Managementebene.

Asien-Pazifik-Raum

Mit dem Dealing-Room der Regionalen Treasury in der Repräsentanz Asien, der täglichen Handel betreibt, hat die BIZ ihre Bankdienstleistungen für die Kunden im Asien-Pazifik-Raum erweitert. In diesem Zusammenhang wurden zwei Back-Office-Mitarbeiter vom Hauptsitz zur Repräsentanz nach Hongkong versetzt. Dieser Dealing-Room übernimmt auch die Federführung bei der Verwaltung neuer Instrumente in australischen Dollar sowie der bankeigenen Anlagen in asiatischen Währungen.

Als Administrator des zweiten Asian Bond Fund (ABF2), einer Initiative der EMEAP-Gruppe (Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks), trug

die BIZ dazu bei, dass die Einzelfonds des ABF2 errichtet und teilweise an der Börse eingeführt wurden. Die 11 EMEAP-Mitglieder haben Währungsreserven in Inlandswährungsanleihen staatlicher und staatsnaher Emittenten aus acht EMEAP-Volkswirtschaften investiert. Im Berichtszeitraum wurden von den ABF2-Einzelfonds der Pan-Asia Bond Index Fund und – eine Premiere für den dortigen Börsenhandel mit Anleihefonds – die Länderfonds für die SVR Hongkong, Malaysia, Singapur und Thailand mit Unterstützung der BIZ zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Zudem wurde die Fondsleitung des ABF1 zur Repräsentanz Asien verlegt, und die Volkswirte vor Ort unterstützten diese Initiativen weiterhin mit Forschungsarbeiten zu den asiatischen Anleihemärkten.

Bei zwei Sitzungen des Asian Consultative Council (ACC) wurden Vorschläge des BIZ-Managements zur Stärkung der Beziehungen zwischen den asiatischen Aktionärszentralbanken und der BIZ aufgegriffen. Diese Vorschläge sehen ein 3-jähriges Forschungsprogramm mit erheblichem Personalaufwand, eine Ausweitung der Bankdienstleistungen und eine verstärkte Arbeit des Instituts für Finanzstabilität (FSI) mit einer FSI-Vollzeitstelle in der Repräsentanz Asien vor. Bei der ACC-Sitzung im Juni 2005 in Basel wurden die Grundzüge der neuen Asien-Strategie diskutiert, und bei der darauffolgenden Sitzung im Februar 2006 in Shanghai wurden konkrete Maßnahmen beschlossen. Bei der Sitzung im Februar gab der ACC dem BIZ-Verwaltungsrat eine Zusammenfassung seiner bereits bei einer früheren Sitzung begonnenen Diskussionen über die Rolle der asiatischen Zentralbanken in der BIZ. Im Anschluss an die Februar-Sitzung trafen sich die Präsidenten der asiatischen Zentralbanken mit mehreren Amtskollegen von Zentralbanken außerhalb Asiens zur achten Sondersitzung. Themen waren die Wirtschaftsaussichten und der Aufbau der Märkte für Unternehmensanleihen.

Mehrere Sitzungen zur Geldpolitik, zur Entwicklung des Finanzsektors und zur Finanzstabilität wurden von der Repräsentanz Asien veranstaltet bzw. unterstützt:

- Eine Sitzung von Vertretern der Bankenaufsicht zum Thema Wertpapieraufsicht in Zusammenarbeit mit dem FSI (Mai 2005)
- Die 10. und 11. Sitzung des EMEAP-Forums für Devisen- und andere Finanzmärkte (Juni bzw. Dezember 2005)
- Eine Sitzung zum Thema Währungsintegration in Asien, gemeinsam mit dem Hong Kong Institute for Monetary Research (HKIMR) (Oktober 2005)
- Eine Sitzung von Zentralbankexperten für das Reservenmanagement bei der Reserve Bank of Australia in Sydney (Oktober 2005)
- Eine Sitzung über geldpolitische Ziele und deren Umsetzung in Asien, zusammen mit dem HKIMR (November 2005)
- Eine Sitzung über die Entwicklung der Märkte für Unternehmensanleihen, in Zusammenarbeit mit der People's Bank of China (Kunming, November 2005)
- Die vierte Sitzung der Zentralbankexperten für geldpolitische Verfahren (März 2006)

Amerikanischer Kontinent

In der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent standen im dritten Tätigkeitsjahr der Ausbau der Kontakte zu den Zentralbanken der Region und

eine engere Zusammenarbeit mit den regionalen Zentralbankgruppen und Aufsichtsinstanzen im Mittelpunkt. Teils gemeinsam mit regionalen Zentralbanken und anderen Institutionen organisierte bzw. unterstützte die Repräsentanz auch mehrere hochrangig besetzte Treffen in Mexiko-Stadt und an anderen Orten. Unter den regionalen Aktivitäten sind u.a. zu erwähnen:

- Eine regionale Konsultativsitzung zu den allgemeinen Empfehlungen für die Weiterentwicklung nationaler Zahlungsverkehrssysteme (*General guidance for national payment system development*) des Ausschusses für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS); diese Sitzung wurde in Zusammenarbeit mit der Zentralbank der Dominikanischen Republik und dem Consejo Monetario Centroamericano organisiert (Dominikanische Republik, August 2005)
- Ein gemeinsames Seminar des FSI und der ASBA (Asociación de Supervisiones Bancarios de las Americas) für Bankenaufsichtsvertreter zum Thema des Kreditrisikos unter Basel II (Mexiko, September 2005)
- Ein Seminar über den Umgang mit mobilen internationalen Kapitalströmen beim CEMLA (Mexiko, September 2005)
- Ein Seminar zur Geldpolitik in Lateinamerika (Argentinien, Oktober 2005)
- Ein gemeinsames Seminar des FSI und des CEMLA für Bankenaufsichtsvertreter über das aufsichtliche Überprüfungsverfahren gemäß Basel II (Argentinien, November 2005)
- Ein hochrangig besetztes Treffen über die sich weiterentwickelnden Bankensysteme und die entsprechenden Herausforderungen und Folgen für Geldpolitik und Finanzstabilität mit Schwerpunkt auf kleinen offenen Volkswirtschaften (Jamaika, Januar 2006)
- Ein gemeinsames Seminar des FSI und der ASBA über die Validierung von IRB-Systemen unter Basel II (Peru, Februar 2006)
- Ein regionaler Workshop der Arbeitsgruppe des Ausschusses für das weltweite Finanzsystem (CGFS) über Finanzstabilität und Landeswährungs-Anleihemärkte (Mexiko, März 2006)
- Die Schaffung einer sicheren virtuellen Kommunikationsplattform für die Juristen der lateinamerikanischen Zentralbanken auf eBIS, dem Sicherheitsserver der BIZ

Institut für Finanzstabilität

Das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) hat die Aufgabe, die Instanzen des Finanzsektors bei der Stärkung der Finanzsysteme zu unterstützen und die Finanzstabilität weltweit zu fördern. Das FSI verfolgt ein zweigleisiges Programm zur Verbreitung von Standards und Praxisempfehlungen vor allem an die Banken- und die Versicherungsaufsicht.

Der erste Baustein des FSI-Programms sind die etablierten und hochrangig besetzten Treffen, Seminare und Konferenzen in Basel und an anderen Orten der Welt. 2005 organisierte das FSI zu einer breiten Themenpalette der Finanzaufsicht insgesamt 51 Veranstaltungen, an denen über 1 700 Vertreter von Zentralbanken sowie Banken- und Versicherungsaufsichtsinstanzen teilnahmen. Diese Veranstaltungen begünstigen den Informationsaustausch, erleichtern

die Problemerkennung und fördern den grenzüberschreitenden Kontakt zwischen Aufsichtsinstanzen. Das FSI setzt zudem seine Reihe von hochrangig besetzten Sitzungen fort, mit denen es den Informationsaustausch unter den Aufsichtsinstanzen der verschiedenen Regionen über Umsetzungsfragen und -pläne im Zusammenhang mit Basel II unterstützt. An diesen Sitzungen nahmen auch Vertreter von Geschäftsbanken teil. So bleiben die Aufsichtsinstanzen über die Herausforderungen, die sich den Banken bei der Umsetzung stellen, auf dem Laufenden.

Der zweite Baustein des FSI-Programms ist FSI Connect, ein Online-Informations- und -Lerntool für die Bankenaufsicht. FSI Connect enthält derzeit mehr als 100 Lehrgänge zu einer großen Auswahl von Aufsichtsthemen, breit gefächert nach Erfahrungs- bzw. Kenntnisstand, und laufend kommen weitere Themen hinzu. Zudem werden zur Zeit rund 40 Lehrgänge zu Eigenkapitalanforderungen und Basel II ins Französische und Spanische übersetzt. Damit wird FSI Connect von einem breiteren Publikum in der Bankenaufsicht weltweit genutzt werden können. Derzeit haben mehr als 120 Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen in rund 105 Ländern Zugang zu FSI Connect. Das entspricht fast 8 000 Benutzern.

Förderung der Finanzstabilität durch die ständigen Ausschüsse

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) will die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen der Banken stärken und eine solide Risikomanagementpraxis im Bankensektor unterstützen. Den Vorsitz des Ausschusses führt derzeit Jaime Caruana, der Gouverneur des Banco de España, und ab 1. Juli 2006 Nout Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank.

Umsetzung der neuen Eigenkapitalregelung („Basel II“)

Im Anschluss an ein öffentliches Konsultationsverfahren und in enger Zusammenarbeit mit der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) gab der Basler Ausschuss im Juli 2005 einige Verbesserungen der Handelsbuchregelungen unter Basel II heraus. Zudem veröffentlichte er die Ergebnisse einer Studie über die Auswirkungen von Basel II auf die Eigenkapitalanforderungen. Diese Studie war im vierten Quartal 2005 von den Banken der meisten Mitgliedsländer und einiger Nichtmitgliedsländer durchgeführt worden. Entsprechend den Ergebnissen bestätigte der Basler Ausschuss, dass Banken bei der internen Bemessung der Kreditqualität unter der neuen Rahmenvereinbarung einen Skalierungsfaktor von 1,06% anwenden müssen.

Eine einheitliche Umsetzung von Basel II über die Grenzen hinweg ist und bleibt ein zentrales Anliegen des Ausschusses. So setzt sich die Accord Implementation Group (AIG) des Ausschusses weiter für Zusammenarbeit und Konsistenz ein. Im Rahmen ihrer gemeinsamen Bemühungen mit anderen Aufsichtsinstanzen um praktische Umsetzungsstrategien, die auf die Geschäfte international tätiger Banken ausgerichtet sind, tauschen die

AIG-Mitglieder regelmäßig ihre Erfahrungen aus. Dazu hat die AIG im Juni 2006 in Zusammenarbeit mit Nichtmitgliedsländern einen Schlussbericht mit Empfehlungen zum Informationsaustausch zwischen Herkunfts- und Aufnahmeland mit Blick auf eine wirksame Umsetzung von Basel II vorgelegt. Der Ausschuss hat auch Erläuterungen zur Validierung von Portfolios mit niedriger Ausfallrate, zum Einsatz von kommerziellen Modellen für das interne Rating und zum operationellen Risiko herausgegeben.

Führungs- und Überwachungsmechanismen in Banken

Angesichts einiger vielbeachteter Fälle von versagenden Führungs- und Überwachungssystemen zieht die Unternehmensführung nach wie vor beträchtliche internationale Aufmerksamkeit auf sich. Die OECD sah sich 2004 veranlasst, überarbeitete Grundsätze für Führungs- und Überwachungsmechanismen zu veröffentlichen. Im Februar 2006 gab der Basler Ausschuss eine aktualisierte und maßgeblich revidierte Version seines Papiers *Verbesserung der Unternehmensführung in Banken (Enhancing corporate governance for banking organisations)* von 1999 heraus. Darin werden die besonderen Merkmale des Bankensektors berücksichtigt.

Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht

Im April 2006 gab der Basler Ausschuss zwei revidierte und aktualisierte Papiere zur öffentlichen Stellungnahme heraus: *Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht* und die dazugehörige *Methodik*. Die *Grundsätze* waren ursprünglich im September 1997 veröffentlicht worden und werden seither von Staaten und externen Prüfungsgremien als Benchmark für die Qualität der nationalen Aufsichtssysteme verwendet. Die *Methodik der Grundsätze für eine wirksame Bankenaufsicht* erschien erstmals 1999. Sie soll bewirken, dass die Einhaltung der *Grundsätze* in den einzelnen Ländern objektiver beurteilt und besser verglichen werden kann. Seit 1997 haben sich die Regelungen im Bankwesen deutlich geändert, dank der Umsetzung der *Grundsätze* in den einzelnen Ländern wurden zahlreiche Erkenntnisse gewonnen, und es stellen sich neue Aufsichtsfragen. In die Revision der beiden Papiere wurden viele verschiedene Adressaten und Experten einbezogen.

Rechnungslegung und Revision

Im vergangenen Jahr ging es dem Basler Ausschuss vor allem darum, einen Beitrag zur Entwicklung internationaler Rechnungslegungs- und Revisionsstandards zu leisten. Gespräche auf höchster Ebene mit Normierungsgremien und Branchenführern auf diesen beiden Gebieten helfen dem Basler Ausschuss, fundierte Einblicke zu gewinnen und den Anliegen der Aufsichtsinstanzen zu Rechnungslegungs- und Revisionsfragen sehr früh im Entwicklungsprozess mehr Gehör zu verschaffen.

Der Basler Ausschuss hat besondere Empfehlungen formuliert, um den Aufsichtsbedenken in Bezug auf Banken Rechnung zu tragen, die bei der Bewertung der Finanzinstrumente die jüngst vom International Accounting Standards Board (IASB) veröffentlichte Fair-Value-Option anwenden wollen. Er formulierte Leitlinien für eine sachgerechte Beurteilung des Kreditrisikos

und eine solide Kreditbewertung, in denen erörtert wird, wie dieselben Daten und Verfahren für die Beurteilung des Kreditrisikos, für die Rechnungslegung und für die angemessene Eigenkapitalausstattung eingesetzt werden können. Schließlich hat der Basler Ausschuss Kommentare zu den revidierten internationalen Prüfungsstandards vorgelegt und zur Einrichtung von Aufsichtsgremien für die Revision beigetragen.

Zunehmende Einbeziehung von Nichtmitgliedsländern in die Arbeit des Basler Ausschusses

Seit Mai 2006 übermittelt der Ausschuss seine Vorhaben, Maßnahmenpläne und Arbeitsdokumente auch den Vorsitzenden regionaler Aufsichtsrundgruppen, damit diese sie nach ihrem Ermessen innerhalb ihrer jeweiligen Gruppe weiterleiten können. Der Basler Ausschuss ist aktiv an der Organisation der nächsten Internationalen Konferenz der Bankenaufsichtsbehörden im Oktober 2006 in Mexiko beteiligt. Zudem hat er die auf der öffentlich zugänglichen BIZ-Website verfügbaren Informationen über seine Tätigkeit erheblich erweitert.

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) tritt viermal im Jahr zusammen. Er hat die Aufgabe, die Entwicklungen an den globalen Finanzmärkten zu überwachen und den Zentralbankpräsidenten der G10-Länder darüber Bericht zu erstatten. Die Mitglieder des Ausschusses nehmen auch koordinierte längerfristige Projekte in Angriff; hierfür bilden sie Arbeitsgruppen zu besonders interessanten Aspekten der Finanzmarktentwicklung. Zu den Mitgliedern des Ausschusses gehören neben hochrangigen Vertretern der G10-Zentralbanken und der EZB auch Vertreter einer Reihe von Zentralbanken in anderen wichtigen Volkswirtschaften und Finanzplätzen.

Erörterung laufender Entwicklungen

Im Zentrum der Ausschusdiskussionen stand im vergangenen Jahr die Entwicklung der Gesamtwirtschaft und der Finanzmärkte. Dazu gehörten folgende Themen:

- Auswirkungen einer Wende im Kreditzyklus bzw. der steigenden Rohstoffpreise auf die Weltwirtschaft
- Folgen der allgemeinen Straffung der Geldpolitik für Banken in aufstrebenden Volkswirtschaften
- Aufbau von Währungsreserven in zahlreichen aufstrebenden Volkswirtschaften und Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft
- Rückgang der langfristigen Anleiherenditen, die diesbezügliche Rolle von Pensionsfonds und entsprechende Implikationen
- Auswirkungen des Hurrikans Katrina auf die Rückversicherungsbranche weltweit
- Verengung der Renditenaufschläge für aufstrebende Volkswirtschaften und mögliche Einflussfaktoren

- Ursachen und Folgen der jüngsten Welle von Fusionen und Übernahmen
- Gründe für die Schwäche der Unternehmensinvestitionen in mehreren Volkswirtschaften

Arbeitsgruppen und andere Projekte

Im Januar 2006 veröffentlichte der Ausschuss den Arbeitsgruppenbericht *Housing finance in the global financial market*. Darin werden die strukturellen Faktoren untersucht, die Angebot und Nachfrage bei der Wohneigentumsfinanzierung beeinflussen. Die wichtigsten Ergebnisse sind erstens: Die Entwicklungen am Markt für Wohneigentumsfinanzierungen haben Allokation und Preisbildung bei Krediten verbessert und so die finanzielle und gesamtwirtschaftliche Stabilität gefördert. Zweitens: Von Zentralbanken und anderen Akteuren durchgeführte Stresstests lassen den Schluss zu, dass der derzeitige Verschuldungsgrad tragbar ist und dass die meisten Schuldner in der Lage wären, einen möglichen Rückgang der Wohnimmobilienpreise und höhere Zinssätze zu verkraften. Drittens schließlich: Dass Hypothekenkredite immer häufiger an den Kapitalmärkten refinanziert werden, dürfte zu einer stärkeren Verknüpfung der weltweiten Finanzmarktentwicklung und der inländischen Wohnimmobilienmärkte führen, als bisher zu beobachten war.

Der Ausschuss arbeitet derzeit an folgenden Projekten:

- Organisation eines Workshops mit Marktteilnehmern, um den strukturellen Wandel an den Kreditmärkten zu erörtern und die angebots- und nachfrageseitigen Bestimmungsfaktoren zu untersuchen
- Analyse der Gründe für die jüngste geringe Volatilität an den Finanzmärkten durch eine Arbeitsgruppe, da befürchtet wird, dass diese Entwicklung die Finanzmarktteilnehmer ermutigen könnte, übermäßige Risiken einzugehen – mit potenziellen Folgen für die Finanzstabilität
- Durch die Arbeitsgruppe für Finanzstabilität und Landeswährungs-Anleihemärkte soll geprüft werden, inwieweit die Begebung von Schuldtiteln in Landeswährung die inländische Finanzintermediation fördert und welche Auswirkungen diese Entwicklung auf die Finanzstabilität haben könnte
- Durch die Arbeitsgruppe für institutionelle Anleger soll der Einfluss der sich verändernden Aufsichts- und Rechnungslegungsstandards sowie der Strukturreformen in den staatlichen Rentensystemen auf die Portfolio- und Risikoentscheidungen institutioneller Anleger analysiert werden

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Um die Stärkung der Finanzmarktinfrastruktur bemüht, setzt sich der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS) für die Förderung solider und effizienter Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssysteme ein. Auch im Berichtsjahr baute er seine Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen und Gremien weiter aus, und er bezieht immer mehr Zentralbanken in seine Arbeit ein. Vorsitzender des Ausschusses ist Timothy F. Geithner, Präsident und Chief Executive Officer der Federal Reserve Bank of New York.

Im Mai 2005 veröffentlichte der Ausschuss Berichte zur Überwachung von Zahlungsverkehrs- und Abwicklungssystemen durch Zentralbanken (*Central bank oversight of payment and settlement systems*) und zu Neuerungen bei Großbetragszahlungssystemen (*New developments in large-value payment systems*). Im Januar 2006 gab er einen Bericht über grenzüberschreitende Besicherungsvereinbarungen (*Cross-border collateral arrangements*) heraus sowie allgemeine Empfehlungen für die Weiterentwicklung von nationalen Zahlungsverkehrssystemen (*General guidance for national payment system development*). Diese Empfehlungen zogen großen Nutzen aus Kommentaren, die nach Veröffentlichung einer Konsultativfassung im Mai 2005 eingegangen waren.

Im Februar 2006 kündigte der Ausschuss eine Umfrage darüber an, wie Banken und andere ausgewählte Institute die Risiken handhaben, die ihnen bei der Erfüllung von Devisengeschäften entstehen können. Die Umfrage fand im zweiten Quartal 2006 statt und stützte sich auf die schon 1996 und 1997 durchgeführten Umfragen; deren Ergebnisse waren in den Bericht *Reducing foreign exchange settlement risk: a progress report* eingeflossen. Die jüngste Umfrage berücksichtigte auch den erheblichen Wandel, der seither in der Abwicklungspraxis stattgefunden hat.

Im März 2006 gaben der Ausschuss und die Weltbank gemeinsam ein Konsultationspapier über allgemeine Grundsätze für Auslandsüberweisungen von Migranten (*General principles for international remittance services*) heraus. Darin werden die Zahlungsverkehrsaspekte solcher Auslandsüberweisungen analysiert und – als Hilfe für Länder, die den Markt für entsprechende Dienstleistungen verbessern wollen – fünf allgemeine Grundsätze aufgestellt: über Transparenz und Verbraucherschutz, Zahlungsverkehrsinfrastruktur, rechtliche und regulatorische Rahmenbedingungen, Marktstruktur und Wettbewerb sowie Führungsmechanismen und Risikomanagement.

Der Ausschuss baute seine Kooperation mit Zentralbanken außerhalb der G10, insbesondere in aufstrebenden Volkswirtschaften, weiter aus. Ferner leistete er logistische und fachliche Unterstützung für Workshops und Seminare über Zahlungsverkehrsfragen, die von der BIZ in Zusammenarbeit mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert wurden.

Märkteausschuss

Der Märkteausschuss setzt sich aus den für Marktgeschäfte Verantwortlichen der G10-Zentralbanken zusammen. In seinen alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen haben die Teilnehmer Gelegenheit zu einem Gedankenaustausch über jüngste Entwicklungen und strukturelle Veränderungen an den Devisenmärkten und den mit ihnen verbundenen Finanzmärkten sowie über die kurzfristigen Konsequenzen bestimmter aktueller Ereignisse für das Funktionieren dieser Märkte. Der Ausschuss lädt regelmäßig auch Vertreter anderer wichtiger Länder zu seinen Sitzungen ein. Außer den Zentralbanken und Währungsbehörden von Australien, Brasilien, China, der SVR Hongkong, Korea, Mexiko, Singapur und Spanien nahm Anfang 2006 erstmals auch die Reserve Bank of India teil.

In den Sitzungen wurden u.a. folgende Themen behandelt:

- Jüngste Entwicklungen der wichtigsten bilateralen Wechselkurse und Folgen der wechselnden Beurteilung der geldpolitischen Aussichten in den drei größten Währungsräumen
- Implikationen des neuen Wechselkursregimes in China
- Einfluss des vermehrten Einsatzes elektronischer Handelsplattformen auf den Devisenmarktbetrieb
- Herausforderungen infolge der allgemein geringen Volatilität
- Ursachen des jüngsten Anstiegs der Rohstoffpreise, insbesondere des Goldpreises
- Entwicklung der Anleiherenditen an den wichtigsten Finanzmärkten, mit Schwerpunkt auf der Rolle von Angebots- und Nachfragefaktoren (u.a. Einfluss der institutionellen Anleger und Auswirkungen geänderter Regelungen für Rentensysteme) sowie auf der zunehmend unterschiedlichen Performance je nach Bonität
- Auswirkungen der Akkumulation von Währungsreserven auf die Finanzmärkte

Im Verlauf des Jahres diskutierten die Mitglieder darüber hinaus mehrere speziellere Themen, u.a. die Vorbereitungen für die nächste 3-jährliche Zentralbankerhebung über das Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten, die im April 2007 ansteht, die Notfallplanung in Zentralbanken sowie verschiedene Fragen zur Umsetzung der Geldpolitik. Per 1. Juni 2006 wurde Sheryl Kennedy, Stellvertretende Gouverneurin der Bank of Canada, als Vorsitzende des Märkteausschusses von Hiroshi Nakaso, Generaldirektor der Bank of Japan, abgelöst.

Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung

Die Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (Central Bank Counterfeit Deterrence Group, CBCDG) untersucht im Auftrag der G10-Zentralbankpräsidenten neu auftretende Gefahren für die Sicherheit von Banknoten und schlägt den Noteninstituten Problemlösungen vor. Die CBCDG hat fälschungssichere Merkmale entwickelt, die dafür sorgen, dass die Banknotenbilder nicht mithilfe von Farbkopierern und Digitalgeräten (PC, Drucker oder Scanner) reproduziert werden können. Die BIZ unterstützt die Arbeit der CBCDG, indem sie ihr Sekretariat führt und in vertraglichen Vereinbarungen als ihr Agent auftritt.

Beiträge der BIZ zu einer umfassenderen internationalen Zusammenarbeit im Finanzbereich

Zehnergruppe (G10)

Die BIZ beteiligt sich aktiv an der Arbeit der G10-Finanzminister und -Zentralbankpräsidenten sowie ihrer Stellvertreter und an den unter ihrer Schirmherrschaft ausgeübten Tätigkeiten, indem sie als Beobachter an Sitzungen teilnimmt und – ebenso wie der IWF und die OECD – Sekretariatsleistungen erbringt.

Im September 2005 wurde ein auf Anfrage der G10-Stellvertreter erstellter Bericht über die Auswirkungen von demografischer Alterung und Renten-

reformen auf die Finanzmärkte und die Wirtschaftspolitik veröffentlicht. Der Bericht kam zu dem Schluss, dass sich durch die derzeitigen Veränderungen der staatlichen und privaten Rentensysteme der Einfluss des Altersvorsorgesparens und entsprechender Kapitalströme an den Finanzmärkten deutlich erhöhen dürfte. Er empfahl, dass mittels Vorkehrungen im Rechts- und Aufsichtsbereich der Trend zu einem rigoroseren Risikomanagement, erhöhter Transparenz und besseren Führungsstrukturen in privaten Pensionsfonds unterstützt werden solle; z.B. sei auf Kohärenz zwischen Deckungs- und Aufsichtsvorschriften sowie Rechnungslegungsstandards zu achten. Steuervorschriften sollten kein Hindernis für den Aufbau von finanziellen Polstern durch die privaten Pensionsfonds darstellen; jedoch sollten sie Missbräuchen beim Steueraufschub vorbeugen. Da überdies die Risiken zunehmend zu den privaten Haushalten verlagert werden, ist es wohl angezeigt, deren Wissen in Finanzangelegenheiten und entsprechende Beratungsangebote zu verbessern, um die Rentenempfänger zu schützen. Ferner wurde an Vorkehrungen zum Schutz wichtiger Funktionen, die von privaten Finanzinstituten wahrgenommen werden, gearbeitet.

Forum für Finanzstabilität

Das 1999 gegründete Forum für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) fördert über eine Verbesserung des Informationsaustauschs und der Zusammenarbeit unter Aufsichts- und Überwachungsinstanzen im Finanzsektor die internationale Finanzstabilität. Seine wichtigsten Aufgaben sind die Beurteilung konjunktureller und struktureller Schwächen, die sich auf das internationale Finanzsystem auswirken, sowie die Förderung und Koordinierung von Gegenmaßnahmen. Mitglieder des Forums sind hochrangige Vertreter von Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen der wichtigsten Finanzplätze sowie Vertreter von internationalen Finanzorganisationen (BIZ, IWF, OECD und Weltbank), von internationalen normgebenden Gremien im Aufsichts- bzw. Regulierungsbereich (BCBS, IAIS, IASB und IOSCO) und von Ausschüssen von Zentralbankexperten (CGFS und CPSS). Das Sekretariat des Forums ist bei der BIZ angesiedelt. Weitere Informationen über das Forum sind auf www.fsforum.org verfügbar.

Das Forum hält zweimal jährlich eine Plenarsitzung ab, zuletzt im September 2005 in London und im März 2006 in Sydney. Darüber hinaus fördern regionale Sitzungen einen breiteren Gedankenaustausch über Schwachstellen im Finanzsystem und die laufenden nationalen und internationalen Bemühungen um deren Behebung. Die jüngsten regionalen Treffen fanden im November 2005 in Mexiko-Stadt (Schwerpunkt: lateinamerikanische Volkswirtschaften) und im März 2006 in Sydney (Schwerpunkt: Asien-Pazifik-Region) statt.

Neben der regelmäßigen Beurteilung von Schwachstellen im Finanzsystem standen im vergangenen Jahr folgende Themen im Blickpunkt des Forums: wie gut die großen Finanzinstitute auf erhebliche Veränderungen im wirtschaftlichen und finanziellen Umfeld vorbereitet sind, Lehren aus bisherigen Liquiditätseinbußen an Märkten, Grundsätze der Notfallplanung für Finanzinstitute und -behörden, mögliche Auswirkungen einer Vogelgrippe-Pandemie

auf Wirtschafts- und Finanzstabilität, Fortschritte bei der Umsetzung internationaler Standards und Kodizes, Tragfähigkeit der internationalen normgebenden Prozesse im Finanzbereich sowie Bedenken zur Belastung durch regulatorische Vorschriften.

Das rasante Wachstum der Hedge-Fonds-Branche in den letzten Jahren hat an den Märkten und auf offizieller Ebene aufhorchen lassen. Im November 2005 hielt das Forum zwei informelle Workshops für hochrangige Vertreter der Hedge-Fonds-Branche, ihre Geschäftspartner und Finanzbehörden ab. Sie sollten die Verständigung des öffentlichen und privaten Sektors über Fragen im Zusammenhang mit Hedge-Fonds fördern. Dabei ging es um Trends in der Branche, die Risiken des gegenwärtigen Marktumfelds, die Herausforderungen für Hedge-Fonds und ihre Gegenparteien in Bezug auf das Risikomanagement sowie technische Fragen.

Das Forum unterstützte ferner Bemühungen zur Stärkung der internationalen Rechnungslegungs- und Revisionsstandards und -praktiken, u.a. durch verstärkten Dialog unter den Interessengruppen in diesem Bereich. Im Februar 2006 veranstalteten das Forum, das International Accounting Standards Board (IASB) und die International Federation of Accountants einen runden Tisch über Erfahrungen im ersten Anwendungsjahr der International Financial Reporting Standards (IFRS), die Konvergenz zwischen IASB und nationalen normgebenden Gremien, Aspekte der Bilanzierung zum Fair Value (Zeitwert) sowie Risiken im Zusammenhang mit dem Erstellen von Finanzausweisen. Teilnehmer waren hochrangige Vertreter von nationalen Behörden, die für Finanzausweise zuständig sind, Rechnungslegungs- und Wirtschaftsprüfungs-Berufsverbänden, normgebenden Instanzen, Marktteilnehmergruppen (Kapitalmarktinstitute, Unternehmen und Anleger), internationalen Aufsichtsgremien und internationalen Finanzorganisationen.

Im März 2005 lancierte das Forum ein Verfahren für weitere Verbesserungen an den Offshore-Finanzplätzen, das sich auf Initiativen seiner Mitglieder auf nationaler und internationaler Ebene sowie auf eigene Maßnahmen stützt. Mitglieder des Forums sind derzeit darum bemüht, dafür zu sorgen, dass die Offshore-Finanzplätze internationalen Standards entsprechen und dass die verbleibenden Probleme in einigen dieser Zentren angegangen werden. Dies betrifft insbesondere die wirksame grenzüberschreitende Zusammenarbeit, den Informationsaustausch und die Angemessenheit der Aufsichtsressourcen. Eine Arbeitsgruppe hat nun den Auftrag erhalten, die Ergebnisse dieser Bemühungen zu überprüfen. Sie hielt ihre erste formelle Sitzung im Februar 2006 ab; danach erstattete sie der Plenarsitzung des Forums Bericht über Fortschritte in diesen Bereichen.

Ende April 2006 schied Roger W. Ferguson Jr. aus dem Federal Reserve Board aus und gab auch sein Amt als Vorsitzender des Forums ab. Sein Nachfolger ist Mario Draghi, Gouverneur der Banca d'Italia.

Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden

Die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors, IAIS) ist seit der Errichtung ihres

Sekretariats im Januar 1998 bei der BIZ angesiedelt. Sie spielt im Versicherungssektor eine ähnliche Rolle wie der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht bei den Banken. Die IAIS fördert die weltweite Finanzstabilität durch Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen, Erarbeitung einschlägiger Standards, internationale Zusammenarbeit auf der Basis eines Informationsaustauschs und gegenseitigen Beistand. Gemeinsam mit anderen internationalen Aufsichtsgremien (im Rahmen des Gemeinsamen Forums des BCBS, der IOSCO und der IAIS) hat die IAIS ferner an der Entwicklung von Grundsätzen für die Aufsicht über Finanzkonglomerate mitgearbeitet. Darüber hinaus wirkt sie aktiv im Forum für Finanzstabilität mit. Die stetig wachsende Zahl der Mitglieder und Beobachter zeigt, dass die Tätigkeit der IAIS anerkannt wird. Für weitere Informationen zur IAIS s. www.iaisweb.org.

Im Laufe des vergangenen Jahres lancierte die IAIS mehrere wichtige Initiativen zur Entwicklung und Harmonisierung von Versicherungsstandards in der sich wandelnden Finanzlandschaft. Der Schwerpunkt lag dabei auf den Bereichen Rechnungslegung, angemessene Eigenkapitalausstattung und Solvenz sowie Rückversicherung.

Im Bereich Rechnungslegung wurde im Juni 2005 das Papier *Issues arising as a result of the IASB's insurance contracts project – Phase II: initial IAIS observations* herausgegeben. Das Papier enthält erste Bemerkungen zu bestimmten Bewertungsfragen, die den Finanzausweisen und den Meldungen an Aufsichtsinstanzen gemeinsam sind und die nach Überzeugung der IAIS in Phase II des IASB-Projekts über Versicherungsverträge berücksichtigt werden sollten, insbesondere was die Bewertung von Versicherungsverbindlichkeiten betrifft.

Im Bereich Eigenkapitalausstattung und Solvabilität genehmigte die IAIS im Oktober 2005 das Grundsatzpapier *A new framework for insurance supervision: towards a common structure and common standards for the assessment of insurer solvency*. Darin werden die Gründe für eine Rahmenvereinbarung für die Versicherungsaufsicht sowie deren Inhalt beschrieben. Gleichzeitig genehmigte die IAIS das Papier *Towards a common structure and common standards for the assessment of insurer solvency: cornerstones for the formulation of regulatory financial requirements*, das eine einheitliche Struktur und gemeinsame Standards für die Beurteilung der Solvabilität von Versicherungsgesellschaften skizziert und einige wichtige Ecksteine für die Formulierung von Finanzvorschriften durch die Aufsicht nennt. Im Februar 2006 veröffentlichte die IAIS ein weiteres zentrales normgebendes Papier mit dem Titel *Roadmap for a common structure and common standards for the assessment of insurer solvency*. Darin wird ein Plan für die künftigen Arbeiten zur Schaffung der neuen Rahmenvereinbarung für die Versicherungsaufsicht aufgestellt.

Ebenfalls im Oktober 2005 genehmigte die IAIS ein Empfehlungspapier über Risikotransfer, Offenlegung und Analyse der Finanzrückversicherung (*Guidance paper on risk transfer, disclosure and analysis of finite reinsurance*). Im Dezember gab die IAIS ihren zweiten jährlichen Bericht zur Rückversicherung heraus, den *Global reinsurance market report*. Er stützt sich auf Statistiken des weltweiten Rückversicherungsmarktes für das Geschäftsjahr

2004 und untersucht die damalige Finanzlage der Branche insgesamt, die in dem Jahr eine Reihe von Naturkatastrophen verkraftete, u.a. vier schwere Hurrikane in den USA sowie Taifune in Japan. Außerdem wird darin kurz auf Versicherungsereignisse von 2005 eingegangen – insbesondere den Hurrikan Katrina, der die Rückversicherungsbranche schwer belastete – und abschließend festgestellt, dass die Gewinne der Rückversicherer zwar stark geschrumpft seien, ihre Eigenkapitalausstattung aber insgesamt nicht wesentlich beeinträchtigt sein dürfte.

Schulungsangeboten weist die IAIS nach wie vor hohe Priorität zu. Im vergangenen Jahr fanden teilweise in Zusammenarbeit mit dem Institut für Finanzstabilität (FSI) 20 Seminare, Konferenzen und Workshops in aller Welt statt, die von der IAIS organisiert wurden oder an denen sie mitwirkte. Gleichzeitig trieb die IAIS zusammen mit der Weltbank ihr Weiterbildungsprojekt mit Pflichtlehrgängen im Versicherungsbereich voran und entwickelte rund 25 hochkarätige Module für eine vertiefte Anwendung der IAIS-Grundsätze.

Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen

Die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (International Association of Deposit Insurers, IADI) wurde im Mai 2002 gegründet und eröffnete im Oktober 2002 ihren Sitz bei der BIZ. Derzeit wirken 61 Institutionen (darunter 44 als Mitglieder) aus aller Welt in der IADI mit, u.a. eine Reihe von Zentralbanken, die sich für die Einrichtung oder den Betrieb leistungsfähiger Systeme der Einlagensicherung einsetzen wollen. Vorsitzender des Exekutivrats und Präsident der IADI ist Jean Pierre Sabourin, Generalsekretär ist John Raymond LaBrosse.

Auch in ihrem vierten Tätigkeitsjahr bot die IADI ein Forum für weitreichende internationale Kontakte zwischen Einlagensicherungsinstitutionen und anderen interessierten Kreisen. An der vierten Jahreskonferenz im September 2005 in Taipeh, bei der die Herausforderungen für die Einlagensicherung im Zusammenhang mit Bankkonkursen den Themenschwerpunkt bildeten, waren Einlagensicherungsinstitutionen und Entscheidungsträger aus 49 Ländern mit insgesamt 150 Teilnehmern vertreten.

Die IADI organisierte außerdem die erste internationale Woche der Einlagensicherung. 32 Aussteller präsentierten dort Informationen über die wesentlichen Merkmale des Einlegerschutzes in Ländern auf der ganzen Welt. Neu eingeführt wurde außerdem der Deposit Insurance Organization of the Year Award. Er wird an eine Mitgliedsorganisation verliehen, die einen besonderen Erfolg erzielt hat und/oder für ihren Beitrag zur Verfolgung der Anliegen der IADI ausgezeichnet werden soll.

Die Arbeit an Empfehlungen für leistungsfähigere Einlagensicherungssysteme wird fortgesetzt. Dazu hat die IADI Papiere zu folgenden Themen veröffentlicht:

- Einrichtung und Gestaltung von Einlagensicherungssystemen
- Entwicklung von Systemen mit differenzierter Prämie
- Förderung funktionstüchtiger gegenseitiger Beziehungen zwischen Teilnehmern des finanziellen Sicherheitsnetzes
- Allgemeine Hinweise zu ihrem *Bank resolutions consultation paper*

Regionale Aktivitäten in jüngerer Zeit waren Konferenzen, Seminare und Ausschusssitzungen in Almaty, Cartagena, Manila, Abuja, Taipeh, Prag und Marrakesch. Darüber hinaus arbeitete die IADI mit der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB) bei einem internationalen Seminar im Februar 2006 zusammen. Dabei ging es um die Integration der Finanzaufsicht und die Rolle der Einlagensicherung.

Die Website www.iadi.org und ein alle zwei Monate erscheinender Newsletter informieren Mitglieder und Veranstaltungsteilnehmer über die Tätigkeit der IADI.

Finanzdienstleistungen der Bank

Bankdienstleistungen

Die BIZ bietet ein breites Spektrum von speziellen Finanzdienstleistungen an, die den Zentralbanken und anderen Währungsbehörden die Verwaltung ihrer Währungsreserven erleichtern sollen. Derzeit nutzen rund 130 solche Institutionen sowie mehrere internationale Organisationen diese Dienstleistungen.

Beim Kreditgeschäft der Bank, das durch ein rigoroses internes Risikomanagement gestützt wird, stehen Sicherheit und Liquidität im Mittelpunkt. Der Best Practice entsprechend werden das Kreditrisiko, die Liquidität sowie das Markt- und das operationelle Risiko der Bank von einem separaten Risikocontrolling überwacht, das direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor – und über ihn dem Generaldirektor – untersteht.

Um den unterschiedlichen und sich ständig wandelnden Bedürfnissen der Zentralbanken gerecht zu werden, stellt die Bank eine in Bezug auf Währungen, Liquidität und Laufzeiten breit gefächerte Palette von Anlageprodukten bereit. Neben herkömmlichen Geldmarktanlagen wie Sicht- und Kündigungskonten sowie Termineinlagen bietet die Bank zwei Instrumente an, die direkt mit ihr gehandelt (gekauft und zurückverkauft) werden können: das festverzinsliche Fixed-Rate Investment der BIZ (FIXBIS) mit Laufzeiten von 1 Woche bis zu 1 Jahr und das Medium-Term Instrument (MTI) mit Laufzeiten zwischen 1 Jahr und 10 Jahren. Zum Standardangebot gehören außerdem eine Reihe von kündbaren MTI-Produkten sowie weitere Instrumente mit eingebetteten Optionen.

Im Auftrag ihrer Kunden tätigt die Bank auch Devisen- und Goldgeschäfte. Bisweilen gewährt die BIZ Zentralbanken kurzfristigen Kredit, der in der Regel besichert ist. Ferner nimmt sie Aufgaben als Treuhänder oder Pfandhalter wahr (s. weiter unten).

Zudem bietet die BIZ Asset-Management-Dienstleistungen mit Staatspapieren oder erstklassigen Anlagen an. Dabei wird entweder zwischen der betreffenden Zentralbank und der BIZ ein individueller Portfolioauftrag ausgehandelt, oder Kunden können gemeinsam in eine offene Fondsstruktur – den BISIP („BIS Investment Pool“) – investieren. Die beiden Asian Bond Funds (ABF1 und ABF2) werden von der BIZ unter dem BISIP-Dach betreut. Das Vermögen des ABF1 wird von der BIZ verwaltet, das des ABF2 von einer Gruppe externer Fondsmanager.

Die Finanzdienstleistungen der BIZ werden von zwei miteinander verbundenen Handelsräumen aus erbracht: am Hauptsitz in Basel und in der Repräsentanz Asien in der SVR Hongkong.

Tätigkeit der Bankabteilung im Geschäftsjahr 2005/06

Die Bilanz der BIZ weitete sich 2005/06 erneut aus, und die Bilanzsumme erreichte am 31. März 2006 den Rekordstand von SZR 220,1 Mrd. Dies entspricht einem beträchtlichen Zuwachs von SZR 39,6 Mrd. oder 22% gegenüber dem Vorjahr. Davon waren SZR 2,7 Mrd. Wechselkursveränderungen, insbesondere der Aufwertung des US-Dollars gegenüber dem SZR, und SZR 3,7 Mrd. einem höheren Gold-Marktpreis zuzuschreiben.

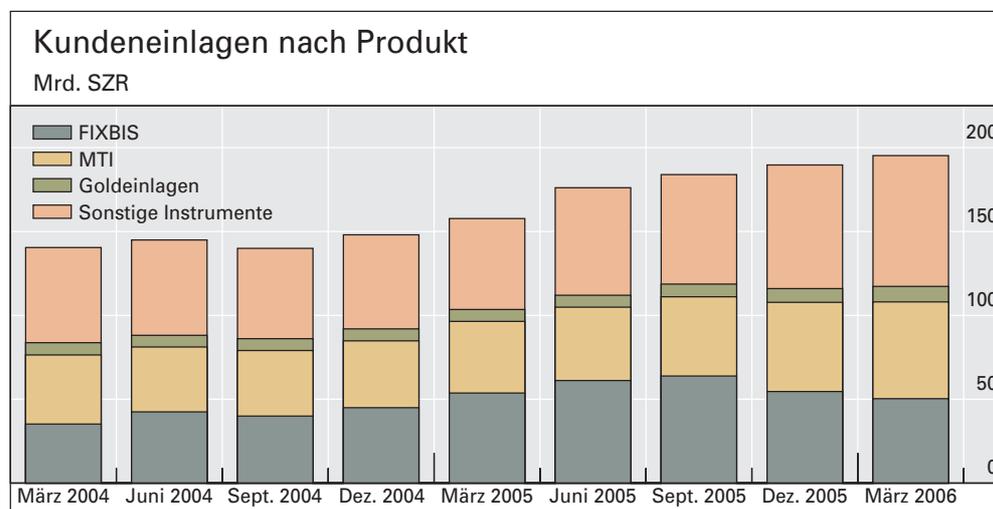
Passiva

Der Umfang der Bilanz der BIZ wird vor allem von den Kundeneinlagen bestimmt. Sie machen den Großteil der Passiva aus. Am 31. März 2006 beliefen sich die Kundeneinlagen (ohne Repo-Geschäfte) auf insgesamt SZR 195,2 Mrd. (Vorjahr: SZR 157,7 Mrd.).

Rund 95% der Kundeneinlagen lauten auf Währungen; der Rest ist Gold. Die Währungseinlagen stiegen von SZR 150,6 Mrd. im Vorjahr auf SZR 186,0 Mrd. am 31. März 2006; sie machen rund 6% der gesamten Währungsreserven der Welt aus. 65% der Währungseinlagen entfielen auf US-Dollar, 20% auf Euro. Der Anstieg der Goldeinlagen von SZR 7,1 Mrd. auf SZR 9,2 Mrd. ist hauptsächlich Bewertungseffekten – d.h. dem höheren Goldpreis – zuzuschreiben.

Maßgebend für das Wachstum der Kundeneinlagen waren insbesondere Termineinlagen und MTI. Die Zeichnungen von MTI nahmen um 35% zu; damit wurden MTI zum meistgehaltenen BIZ-Instrument. Die Zunahme der Termineinlagen um über 40% war zum Teil einer Abkehr von FIXBIS zuzuschreiben; diese sind zwar liquider, werfen aber weniger Rendite ab.

Eine geografische Aufschlüsselung der Währungseinlagen zeigt eine Verschiebung im Kundenkreis der BIZ von Asien zu anderen Regionen, insbesondere Europa.



Aktiva

Die BIZ-Aktiva bestehen vorwiegend aus Anlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken von internationalem Ruf sowie Staatspapieren und Papieren staatsnaher Emittenten, einschließlich Reverse-Repo-Geschäften. Die Bank besitzt ferner 165 Tonnen Feingold, nachdem 15 Tonnen im abgelaufenen Geschäftsjahr veräußert wurden. Das Kreditrisiko wird sehr konservativ gehandhabt; 99,7% der Bestände der Bank hatten am 31. März 2006 ein Rating von A– oder höher (Anmerkung 4E zum Jahresabschluss).

Die Bestände der Bank an Währungseinlagen und Wertpapieren, einschließlich Reverse Repos, betragen am 31. März 2006 SZR 199,2 Mrd. (Vorjahr: SZR 165,4 Mrd.). Die zusätzlichen Mittel wurden hauptsächlich in Schatzwechseln, Terminguthaben bei Banken und Schuldtiteln von Geschäftsbanken angelegt.

Zur effizienten Verwaltung ihrer Aktiva und Passiva verwendet die Bank verschiedene derivative Instrumente (Anmerkung 9 zum Jahresabschluss).

Die Bank als Agent und Treuhänder

Treuhänder für internationale Staatsanleihen

Die Bank agiert als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe (Einzelheiten s. 63. *Jahresbericht* vom Juni 1993). Die Deutsche Bundesbank als Zahlungsagent teilte der Bank mit, dass die Bundeswertpapierverwaltung (BWV) im Jahr 2005 Tilgungs- bzw. Zinszahlungen von rund € 4,9 Mio. für die Fundierungsschuldverschreibungen veranlasst hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden von der BWV im *Bundesanzeiger* veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch die BWV (dargelegt im 50. *Jahresbericht* vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken.

Weitere Treuhänderfunktionen

Im Rahmen einer Schuldenvereinbarung, die die Bundesrepublik Nigeria im Oktober 2005 mit ihren 15 Pariser-Club-Gläubigerländern traf, schloss die BIZ am 31. Oktober 2005 eine Verwahrungs- und Treuhandvereinbarung mit der Central Bank of Nigeria ab; dabei verwahrte sie Mittel und gab sie für die einzelnen Gläubigerländer frei, sobald die jeweilige bilaterale Umschuldungsvereinbarung mit Nigeria unter Dach und Fach war.

Pfandhalterfunktionen

Gemäß mehreren Vereinbarungen ist die BIZ als Pfandhalter mit dem Halten und der Anlage von Sicherheiten zugunsten der Inhaber bestimmter Fremdwährungsanleihen betraut, die Länder im Rahmen von Umschuldungsvereinbarungen über ihre Auslandsverschuldung begeben haben. Im Geschäftsjahr 2005/06 liefen solche Pfandbestellungsvereinbarungen für Anleihen von Brasilien (Einzelheiten s. 64. *Jahresbericht* vom Juni 1994), Peru (67. *Jahresbericht* vom Juni 1997) und Côte d'Ivoire (68. *Jahresbericht* vom Juni 1998).

Institutionelles und Administratives

Veränderungen der Führungsstruktur der BIZ

Im Jahr 2004 überprüfte die BIZ ihre Führungsstruktur auf ihre Vereinbarkeit mit den geltenden Grundsätzen einer soliden Unternehmensführung; dabei wurde den besonderen Merkmalen der BIZ als internationale Organisation gebührend Rechnung getragen (*75. Jahresbericht* vom Juni 2005).

Die Überprüfung wurde von drei führenden unabhängigen Corporate-Governance-Experten durchgeführt: Professor Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, Professor Reinier H. Kraakman, Harvard Law School, und Professor Jean-Victor Louis, ehemaliger Leiter des Rechtsdienstes der Banque Nationale de Belgique und emeritierter Professor der Université Libre de Bruxelles.

Die Experten legten dem BIZ-Verwaltungsrat im November 2004 ihren Schlussbericht vor. Der Bericht, der auf der BIZ-Website verfügbar ist, zeigte einige Möglichkeiten für Verbesserungen der Statuten und der Führungsstruktur der Bank auf. Ein Komitee von ausgewählten Mitgliedern des Verwaltungsrats erörterte daraufhin die im Bericht aufgeworfenen Fragen und arbeitete konkrete Handlungsvorschläge aus. Es empfahl eine Reihe von Änderungen der BIZ-Statuten, um die Führungsstruktur der Bank zu verbessern und transparenter zu gestalten. Die Änderungen wurden vom Verwaltungsrat gebilligt und am 27. Juni 2005 von einer außerordentlichen Generalversammlung genehmigt.

Verwaltung der Bank

Budgetpolitik

Die Erstellung des Ausgabenbudgets der Bank für das nächste Geschäftsjahr beginnt rund sechs Monate im Voraus damit, dass die Geschäftsleitung der BIZ die allgemeine Geschäftsorientierung und den grundlegenden Finanzrahmen festlegt. Vor diesem Hintergrund spezifizieren dann die einzelnen Geschäftsbereiche ihre Pläne und den entsprechenden Ressourcenbedarf. Die Abstimmung der detaillierten Geschäftspläne, der Ziele und der insgesamt verfügbaren Ressourcen mündet in der Erstellung eines Entwurfs für das Finanzbudget. Dieser muss vor Beginn des Geschäftsjahres vom Verwaltungsrat genehmigt werden.

Bei der Erstellung des Budgets wird zwischen Verwaltungskosten und Investitionsausgaben unterschieden. Ähnlich wie bei vergleichbaren Organisationen entfallen rund 70% der Verwaltungskosten der Bank auf die Geschäftsleitungs- und Personalaufwendungen einschließlich Vergütungen, Renten sowie Kranken- und Unfallversicherung. Die beiden wichtigsten anderen Kategorien, die je rund 10% der Verwaltungskosten ausmachen, sind IT und Telekommunikation sowie Gebäude und Geschäftsausstattung. Die Investitionsausgaben betreffen vor allem die Gebäude und die IT-Ausstattung; sie können von Jahr zu Jahr erheblich schwanken. Die Verwaltungskosten und die Investitionsausgaben der Bank fallen vorwiegend in Schweizer Franken an.

Im Geschäftsjahr 2005/06 betragen die Verwaltungskosten vor Abschreibungen CHF 223,6 Mio. und lagen damit um 1,2% unter dem Budgetbetrag von CHF 226,3 Mio.;¹ die Investitionsausgaben beliefen sich auf CHF 23,8 Mio. und unterschritten das Budget um 3,2 Mio. Die Unterschreitung des Budgets bei den Verwaltungskosten war insbesondere ersten Personaleinsparungen im Rahmen der Tätigkeitsüberprüfung der Bank (s. unten) zuzuschreiben, die zu geringerem Aufwand für Geschäftsleitung und Personal führten. Die größten Posten bei den Investitionsausgaben bildeten die Ausgaben für die Verbesserung der physischen Sicherheitssysteme und der Gebäudesicherheit der Bank.

2005/06 lag der Geschäftsaufwand so eng im Budgetrahmen wie seit einigen Jahren nicht mehr. Darin zeigt sich eine weitere Verbesserung des Budgetprozesses, die einer strengeren Budgetdisziplin und der Verstärkung der 2004/05 eingeführten vierteljährlichen Kontrollen der Einhaltung der Budgetziele in den Plänen der Geschäftsbereiche zu verdanken ist. Darüber hinaus führte die Geschäftsleitung während des Geschäftsjahres eine gründliche Überprüfung der Tätigkeiten der Bank durch; dabei wurden mehrere Bereiche identifiziert, in denen Effizienzsteigerungen und Personaleinsparungen möglich wären.

Die Verwaltungskosten und die Investitionsausgaben spiegelten auch die Prioritäten im Budget 2005/06 wider: eine Stärkung des Risikomanagements, der internen Revision und der Compliance der Bank sowie weitere Verbesserungen der Sicherheitsvorkehrungen.

Im März 2006 genehmigte der Verwaltungsrat eine Erhöhung des Verwaltungsbudgets für das Geschäftsjahr 2006/07 um 2,5% auf CHF 232,0 Mio. Das Investitionsbudget wurde um CHF 1,1 Mio. auf CHF 25,9 Mio. herabgesetzt. Die Budgets für das Geschäftsjahr 2006/07 beruhen auf den wichtigsten Zielen der Bank für dieses Jahr, nämlich:

- Die Beziehungen zu Aktionären im Asien-Pazifik-Raum zu vertiefen und die Dienstleistungen der BIZ entsprechend auszubauen. Dieses Projekt umfasst ein 3-jähriges, strategisch orientiertes Forschungsprogramm über Themen der Geldpolitik und des Finanzsektors in Asien sowie weitere Verbesserungen der Bankdienstleistungen in der asiatischen Zeitzone
- Die Empfehlungen aus der Tätigkeitsüberprüfung des Geschäftsjahres 2005/06 umzusetzen. Die erste Phase wird zu einem Abbau administrativer Stellen in Basel führen. Damit entsteht Spielraum für das Vorantreiben des Asien-Projekts innerhalb eines beschränkten Budgetrahmens
- Die weitere Erneuerung der Sitzungseinrichtungen im Turm-Gebäude in Basel und die Renovierung der Sportclubgebäude zu planen

Vergütungspolitik

Die Stellen der BIZ-Personalmitglieder werden anhand einer Reihe objektiver Kriterien – z.B. der erforderlichen Qualifikationen und Erfahrung sowie der

¹ Das Budget der Bank beruht auf Kassenbeständen; bestimmte Berichtigungen in der Finanzbuchhaltung – hauptsächlich im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen, bei denen Finanzmarkt- und versicherungsmathematische Entwicklungen berücksichtigt werden – sind ausgeklammert. Diese zusätzlichen Faktoren gehen in den Posten „Geschäftsaufwand“ in der Gewinn- und Verlustrechnung ein (s. „Der Reingewinn und seine Verwendung“).

Verantwortlichkeiten – klar definierten Kategorien zugeordnet. Die Stellenkategorien sind mit Gehaltsbändern verknüpft. Die Gehaltsstruktur wird – unter Berücksichtigung von Besteuerungsunterschieden – regelmäßig den Gehaltsstrukturen in vergleichbaren Institutionen oder Marktsegmenten gegenübergestellt. Bei diesem Vergleich konzentriert sich die Bank auf die obere Hälfte der Marktbandbreite, um für hochqualifiziertes Personal attraktiv zu sein.

In den Jahren, in denen keine umfassende Gehaltserhebung stattfindet, wird die Gehaltsstruktur der Teuerung in der Schweiz und dem durchschnittlichen Anstieg der Reallöhne im Unternehmenssektor der wichtigsten Industrieländer angepasst. Im Juli 2005 wurde die Gehaltsstruktur um 1,2% angehoben. Die Entwicklung des Gehalts der einzelnen Personalmitglieder in dem jeweiligen Gehaltsband richtet sich nach ihrer Leistung; diese wird regelmäßig beurteilt.

Nicht schweizerische und vor ihrer Anstellung bei der Bank nicht am Ort ansässige Personalmitglieder (einschl. Management) haben Anspruch auf eine Auslandszulage. Diese beträgt derzeit – abhängig vom Familienstand – 14% bzw. 18% des Jahresgehalts, bis zu einer bestimmten Höchstgrenze. Expatriierte Personalmitglieder haben außerdem Anspruch auf eine Ausbildungszulage.² Darüber hinaus haben die Personalmitglieder über die BIZ Zugang zu einer Kranken- und Unfallversicherung sowie zu einem Pensionsystem mit Leistungsprimat.

Anfang 2005 wurde beschlossen, die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene regelmäßig denjenigen in vergleichbaren Institutionen gegenüberzustellen und gegebenenfalls anzupassen. In den Jahren zwischen solchen Vergleichen werden ihre Gehälter der Teuerung in der Schweiz angepasst. Per 1. Juli 2005 entsprach für die nachstehenden Mitglieder der Geschäftsleitung die jährliche Vergütung vor Auslandszulagen der folgenden Gehaltsstruktur:

- Generaldirektor CHF 718 370
- Stellvertretender Generaldirektor CHF 607 850
- Abteilungsleiter CHF 552 590

Der Generaldirektor erhält zusätzlich eine jährliche Repräsentationszulage und hat erhöhte Pensionsansprüche.

Die Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der ordentlichen Generalversammlung genehmigt und alle drei Jahre angepasst. Die letzte Anpassung fand am 1. Juli 2005 statt. Seither beträgt die feste jährliche Vergütung für den Verwaltungsrat insgesamt CHF 895 800. Darüber hinaus erhält jedes Mitglied ein Sitzungsgeld für jede Verwaltungsrats-sitzung, an der es teilnimmt. Wenn sämtliche Mitglieder an allen Sitzungen teilnehmen, beläuft sich die jährliche Gesamtsumme der Sitzungsgelder auf CHF 824 160.

² Bestimmte Personalmitglieder, die bereits vor 1997 bei der Bank angestellt waren, erhalten eine Auslandszulage von 25%, haben jedoch keinen Anspruch auf Ausbildungszulagen.

Der Reingewinn und seine Verwendung

Reingewinn

Der Reingewinn für das 76. Geschäftsjahr beträgt SZR 599,2 Mio., verglichen mit SZR 370,9 Mio. im Vorjahr. Die Bestimmungsfaktoren dieses Ergebnisses werden im Folgenden erörtert.

Geschäftsertrag insgesamt

Der Geschäftsertrag insgesamt betrug im Geschäftsjahr 2005/06 SZR 573,4 Mio., verglichen mit SZR 458,4 Mio. im Vorjahr. Drei Hauptfaktoren waren für diese Entwicklung maßgebend:

- Infolge von Zuflüssen durch Aktienzeichnungen und einbehaltenen Gewinnen erhöhte sich das in Währungen gehaltene Eigenkapital der Bank, und es entstanden zusätzliche Zinserträge aus den Anlagepapieren der Bank. Die Zinserträge aus Anlagepapieren profitierten außerdem von steigenden Renditen
- Der Nettoertrag aus dem Einlagengeschäft der Bank fiel aufgrund des lebhaften Zuflusses von Kundeneinlagen während des Geschäftsjahres höher aus. Die Geschäftsmargen blieben 2005/06 gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert
- In beiden Geschäftsjahren kam es zu Devisenverlusten, mit SZR 25,2 Mio. waren sie im Geschäftsjahr 2005/06 jedoch um SZR 9,3 Mio. niedriger als 2004/05. Der Devisenverlust 2005/06 war hauptsächlich auf die Auswirkungen des steigenden Goldpreises auf den Marktwert von Terminkontrakten über den Verkauf von Goldanlageaktiva zurückzuführen³

Geschäftsaufwand

Der Geschäftsaufwand (Anmerkung 28 zum Jahresabschluss) belief sich auf SZR 146,9 Mio., 1,3% mehr als im Vorjahr (SZR 145,0 Mio.). Die Verwaltungskosten vor Abschreibungen betrugen SZR 133,6 Mio., 3,3% mehr als im Vorjahr (SZR 129,3 Mio.). Der Abschreibungsaufwand sank von SZR 15,7 Mio. auf SZR 13,3 Mio.

Operativer Gewinn und sonstige Gewinnposten

Der operative Gewinn der Bank, der den Gewinn aus ihrem laufenden Geschäft widerspiegelt, betrug SZR 426,5 Mio. Verglichen mit SZR 313,4 Mio. im Geschäftsjahr 2004/05 entspricht dies einem Zuwachs von 36,1%.

Ein Nettogewinn von SZR 58,2 Mio. wurde im Geschäftsjahr mit der Veräußerung von Anlagepapieren erzielt. Dahinter stand eine Anpassung des Anlagenportfolios der Bank an seine zugrundeliegende Benchmark und spiegelte den Verkauf von Wertpapieren wider, die in einem Umfeld höherer Zinsen erworben worden waren.

³ Der Devisenverlust von SZR 34,5 Mio. im Geschäftsjahr 2004/05 war darauf zurückzuführen gewesen, dass der Schweizer Franken im Jahr 2004 gegenüber dem SZR aufwertete. Dies wirkte sich auf die Position der Bank in Schweizer Franken aus, denn die Bank hielt in Schweizer Franken mehr Passiva als Aktiva, bevor die Zentralbanken Belgiens und Frankreichs im Herbst 2004 die durch die BIZ zurückgenommenen Aktien ihrer jeweiligen Ausgabe zeichneten.

Im Geschäftsjahr 2005/06 veräußerte die Bank 15 Tonnen ihrer eigenen Goldanlageaktiva (180 Tonnen am 31. März 2005) und realisierte damit einen Gewinn von SZR 114,5 Mio.

Überprüfung der Dividendenpolitik

Während des Jahres überprüfte der Verwaltungsrat die Dividendenpolitik der Bank. Dabei berücksichtigte er den Eigenkapitalbedarf der Bank sowie das Anliegen der BIZ-Aktionäre, eine angemessene und tragfähige Rendite ihrer Anlagen in BIZ-Aktien zu erzielen. Nach einer Untersuchung der künftigen Ertragsaussichten für die Bank kam der Verwaltungsrat zu dem Schluss, dass die derzeitige Praxis, die Dividende jedes Jahr um SZR 10 anzuheben, insgesamt mit diesen Faktoren im Einklang steht. Daraus ergäbe sich eine Erhöhung der Dividende von SZR 235 je Aktie im Geschäftsjahr 2004/05 auf SZR 245 im Geschäftsjahr 2005/06.

Der Verwaltungsrat beschloss außerdem, die Dividendenpolitik künftig alle zwei bis drei Jahre zu überprüfen und veränderte Umstände gegebenenfalls zu berücksichtigen.

Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von SZR 599,2 Mio. für das Geschäftsjahr 2005/06 wie folgt zu verwenden:

1. SZR 132,4 Mio. zur Zahlung einer Dividende von SZR 245 je Aktie
2. SZR 46,7 Mio. zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds⁴
3. SZR 6,0 Mio. zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds
4. SZR 414,1 Mio., den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds. Dieser Fonds kann vom Verwaltungsrat für jeden statutengemäßen Zweck herangezogen werden

Wird dies genehmigt, wird die Dividende am 3. Juli 2006 entsprechend den Weisungen der einzelnen Aktionäre in einer beliebigen Währung des SZR-Korbs oder in Schweizer Franken an die Aktionäre ausgezahlt, die am 31. März 2006 im Aktienregister der Bank eingetragen waren. Die vorgeschlagene Dividende von SZR 245 je Aktie für das Geschäftsjahr 2005/06 entspricht einem Anstieg von 4,3% gegenüber der Vorjahresdividende.

Die volle Dividende wird für 510 192 Aktien gezahlt. Die Dividende für die 35 933 eigenen Aktien der amerikanischen Ausgabe, die am 31. Mai 2005 neu vergeben wurden, wird anteilig ab Zeichnungsdatum gezahlt. Insgesamt sind 547 125 Aktien ausgegeben und eingezahlt. Am 31. März 2006 wurden davon 1 000 als eigene Aktien gehalten, nämlich die suspendierten Aktien der albanischen Ausgabe. Auf diese eigenen Aktien wird keine Dividende gezahlt.

⁴ Der Allgemeine Reservefonds betrug am 31. März 2005 das Vierfache des eingezahlten Kapitals der Bank. Gemäß Artikel 51 der Statuten müssen 10% des Gewinns nach Zahlung der Dividende diesem Fonds zugewiesen werden, bis er das Fünffache des eingezahlten Kapitals erreicht hat.

Bericht der Buchprüfer

Der Jahresabschluss wurde von der Deloitte AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, dass er für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Jahresabschluss.

Verwaltungsrat

Jean-Pierre Roth, Zürich
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main
Stellvertretender Vorsitzender

Ben S. Bernanke, Washington
Pierluigi Ciocca, Rom
David Dodge, Ottawa
Mario Draghi, Rom
Toshihiko Fukui, Tokio
Timothy F. Geithner, New York
Lord George, London
Stefan Ingves, Stockholm
Mervyn King, London
Jean-Pierre Landau, Paris
Christian Noyer, Paris
Guy Quaden, Brüssel
Alfons Vicomte Verplaetse, Brüssel
Axel A. Weber, Frankfurt am Main
Nout H.E.M. Wellink, Amsterdam

Stellvertreter

Giovanni Carosio oder Ignazio Visco, Rom
Karen H. Johnson, Washington
Peter Praet oder Jan Smets, Brüssel
Wolfgang Mörke, Frankfurt am Main
Marc-Olivier Strauss-Kahn oder Michel Cardona, Paris
Paul Tucker oder Paul Fisher, London

Verwaltungsratskomitees

Konsultativkomitee
Revisionskomitee

unter dem Vorsitz von Hans Tietmeyer

Oberste Führungsebene

Malcolm D. Knight	Generaldirektor
Hervé Hannoun	Stellvertretender Generaldirektor
Peter Dittus	Generalsekretär, Abteilungsleiter
William R. White	Volkswirtschaftlicher Berater, Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Günter Pleines	Leiter der Bankabteilung
Daniel Lefort	Direktor des Rechtsdienstes
Már Gudmundsson	Stellvertretender Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung
Jim Etherington	Stellvertretender Generalsekretär
Louis de Montpellier	Stellvertretender Leiter der Bankabteilung
Josef Tošovský	Vorsitzender, Institut für Finanzstabilität

Veränderungen im Verwaltungsrat und in der obersten Führungsebene

Bei der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. Juni 2005 wurde beschlossen, das Amt des BIZ-Präsidenten abzuschaffen. Nout Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank, der mit Wirkung vom 1. März 2005 als Vorsitzender des Verwaltungsrats und Präsident der BIZ wiedergewählt worden war, amtierte weiterhin als Vorsitzender des Verwaltungsrats. Dieses Amt gab er am 28. Februar 2006 ab. In der Sitzung des Verwaltungsrats vom Januar 2006 wurde Jean-Pierre Roth, Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank, für eine Amtszeit von 3 Jahren, beginnend am 1. März 2006, zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt.

Am 7. November 2005 endete die Amtszeit von Vincenzo Desario, Generaldirektor der Banca d'Italia, als Mitglied des Verwaltungsrats. Nach dem Rücktritt von Antonio Fazio als Gouverneur der Banca d'Italia am 19. Dezember 2005 und bis zum Amtsantritt des neuen Gouverneurs amtierte Vincenzo Desario ad interim als Gouverneur der Banca d'Italia und wurde damit für die Zeit vom 20. Dezember 2005 bis zum 15. Januar 2006 ex officio Mitglied des BIZ-Verwaltungsrats. Zum Nachfolger in sein vorheriges Verwaltungsratsmandat berief Vincenzo Desario mit Schreiben vom 23. Dezember 2005 Pierluigi Ciocca, den Stellvertretenden Generaldirektor der Banca d'Italia, für eine Amtsdauer

von drei Jahren bis zum 22. Dezember 2008. Am 16. Januar 2006 wurde Mario Draghi zum Gouverneur der Banca d'Italia ernannt und wurde ex officio Mitglied des Verwaltungsrats.

Ende Dezember 2005 gab Lars Heikensten sein Amt als Gouverneur der Sveriges Riksbank ab und schied aus dem Verwaltungsrat aus. In seiner Sitzung vom November 2005 wählte der Verwaltungsrat mit Wirkung vom 1. Januar 2006 Stefan Ingves, den Nachfolger Lars Heikenstens als Gouverneur der Sveriges Riksbank, zum Mitglied des Verwaltungsrats für den Rest der Amtsdauer von Lars Heikensten, d.h. bis zum 31. März 2008. In derselben Sitzung erneuerte Axel Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, das Mandat von Hans Tietmeyer als Mitglied des Verwaltungsrats für weitere drei Jahre bis zum 31. Dezember 2008, und der Verwaltungsrat bestätigte Hans Tietmeyer als Stellvertretenden Vorsitzenden des Verwaltungsrats für die Zeit vom 1. Januar 2006 bis zum Ablauf seiner Amtszeit als Verwaltungsratsmitglied.

Am 1. Februar 2006 folgte Ben S. Bernanke Alan Greenspan als Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System nach und wurde ex officio Mitglied des Verwaltungsrats. Mit Wirkung vom 1. März 2006 erneuerte Guy Quaden, Gouverneur der Banque Nationale de Belgique, das Mandat von Alfons Verplaetse als Verwaltungsratsmitglied für weitere drei Jahre bis zum 28. Februar 2009.

Am 31. Dezember 2005 gab Hervé Hannoun sein Amt als Erster Stellvertretender Gouverneur der Banque de France ab und schied aus dem Verwaltungsrat aus. Am 27. April 2006 berief Christian Noyer, Gouverneur der Banque de France, Jean-Pierre Landau als Nachfolger von Hervé Hannoun für den Rest von dessen Amtsdauer, d.h. bis zum 27. November 2006, in den Verwaltungsrat.

Axel Weber, Präsident der Deutschen Bundesbank, ernannte mit Wirkung vom Juli 2005 Wolfgang Mörke anstelle von Stefan Schönberg zu seinem zweiten Stellvertreter. Mario Draghi, Gouverneur der Banca d'Italia, ernannte mit Wirkung vom Januar 2006 Giovanni Carosio zu seinem ersten und Ignazio Visco zu seinem zweiten Stellvertreter.

In der obersten Führungsebene der Bank wurde Hervé Hannoun mit Wirkung vom 1. Januar 2006 zum Stellvertretenden Generaldirektor der Bank ernannt, nachdem André Icard in den Ruhestand getreten war. Der Direktor des Rechtsdienstes, Mario Giovanoli, trat ebenfalls in den Ruhestand, und mit Wirkung vom 1. Januar 2006 wurde Daniel Lefort zu seinem Nachfolger ernannt.

Die Bank reagierte mit tiefem Bedauern auf den Tod von Antonino Occhiuto, Ehrengeneraldirektor der Banca d'Italia, am 27. Juni 2005. Von 1975 bis 1980 war Antonino Occhiuto ernanntes Mitglied des Verwaltungsrats gewesen.

Der Verwaltungsrat nahm mit tiefem Bedauern vom Tod von Wim Duisenberg am 31. Juli 2005 Kenntnis. Wim Duisenberg war von 1982 bis 1997 Mitglied des Verwaltungsrats gewesen. In dieser Zeit war er zweimal Präsident der Bank und Vorsitzender des Verwaltungsrats, nämlich von 1988 bis 1990 und erneut von 1994 bis 1997.

Mitgliedszentralbanken der BIZ⁵

Banque d'Algérie	Lietuvos Bankas (Litauen)
Banco Central de la República Argentina	Bank Negara Malaysia
Reserve Bank of Australia	Narodna Banka na Republika Makedonija
Banque Nationale de Belgique	Banco de México
Centralna banka Bosne i Hercegovine	De Nederlandsche Bank
Banco Central do Brasil	Reserve Bank of New Zealand
Bulgarian National Bank	Norges Bank (Norwegen)
Banco Central de Chile	Oesterreichische Nationalbank
People's Bank of China	Bangko Sentral ng Pilipinas (Philippinen)
Danmarks Nationalbank	Narodowy Bank Polski (Polen)
Deutsche Bundesbank	Banco de Portugal
Eesti Pank (Estland)	Banca Națională a României (Rumänien)
Europäische Zentralbank	Central Bank of the Russian Federation (Russland)
Suomen Pankki (Finnland)	Saudi Arabian Monetary Agency
Banque de France	Sveriges Riksbank (Schweden)
Bank of Greece (Griechenland)	Schweizerische Nationalbank
Hong Kong Monetary Authority	Monetary Authority of Singapore
Reserve Bank of India	Národná Banka Slovenska (Slowakei)
Bank Indonesia	Banka Slovenije (Slowenien)
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	Banco de España
Seðlabanki Islands	South African Reserve Bank (Südafrika)
Bank of Israel	Bank of Thailand
Banca d'Italia	Ceská národní banka (Tschechische Republik)
Bank of Japan	Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi
Bank of Canada	Magyar Nemzeti Bank (Ungarn)
Bank of Korea	Board of Governors of the Federal Reserve System (USA)
Hrvatska narodna banka (Kroatien)	Bank of England
Latvijas Banka (Lettland)	

⁵ Gemäß Artikel 15 der Statuten können sich nur Zentralbanken am Kapital der Bank beteiligen. Die Rechtslage der jugoslawischen Ausgabe des Aktienkapitals der BIZ wird derzeit überprüft, nachdem die Bundesrepublik Jugoslawien durch die Verfassungsänderungen vom Februar 2003 in die Union Serbien und Montenegro mit zwei getrennten Zentralbanken umgewandelt wurde.

Jahresabschluss

vom 31. März 2006

Der Jahresabschluss für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr auf den Seiten 214 bis 243 wurde am 8. Mai 2006 verabschiedet. Er wird in einer Form vorgelegt, die gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank vom Verwaltungsrat vorgegeben wurde, und steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aktionäre bei der ordentlichen Generalversammlung vom 26. Juni 2006.

Der Jahresabschluss einschließlich der dazugehörenden Anmerkungen wurde in englischer Sprache erstellt. In Zweifelsfällen wird auf die englische Fassung verwiesen.

Jean-Pierre Roth
Vorsitzender

Malcolm D. Knight
Generaldirektor

Bilanz

vom 31. März 2006

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2006	2005
Aktiva			
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	5	33,0	25,8
Gold und Goldeinlagen	6	11 348,0	8 617,0
Schatzwechsel	7	47 311,9	31 307,4
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	7	19 519,2	14 034,3
Terminguthaben und Kredite an Banken	8	87 898,5	80 316,5
Staats- und andere Wertpapiere	7	44 436,4	39 779,6
Derivative Finanzinstrumente	9	1 956,0	2 188,0
Kurzfristige Forderungen	10	7 444,7	4 028,6
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	11	188,4	189,2
Aktiva insgesamt		220 136,1	180 486,4
Passiva			
Währungseinlagen	12	185 991,5	150 618,8
Goldeinlagen	13	9 235,6	7 110,8
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	14	1 222,4	1 159,4
Derivative Finanzinstrumente	9	2 674,9	3 440,6
Kurzfristige Verbindlichkeiten	15	9 251,3	7 752,2
Sonstige Verbindlichkeiten	16	169,4	151,3
Passiva insgesamt		208 545,1	170 233,1
Eigenkapital			
Aktienkapital	17	683,9	683,9
Statutarische Reserven	18	9 071,7	8 743,2
Gewinn- und Verlustrechnung		599,2	370,9
Abzüglich: Eigene Aktien	20	(1,7)	(396,2)
Sonstige Eigenkapitalposten	21	1 237,9	851,5
Eigenkapital insgesamt		11 591,0	10 253,3
Passiva und Eigenkapital insgesamt		220 136,1	180 486,4

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2006	2005
Zinsertrag	23	6 239,1	4 058,8
Zinsaufwand	24	(5 569,1)	(3 384,1)
Bewertungsänderungen netto	25	(74,1)	(183,1)
Nettozinsertrag		595,9	491,6
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	26	2,7	1,3
Nettodevisenverlust	27	(25,2)	(34,5)
Geschäftsertrag insgesamt		573,4	458,4
Geschäftsaufwand	28	(146,9)	(145,0)
Operativer Gewinn		426,5	313,4
Nettogewinn aus Veräußerung von Anlagepapieren	29	58,2	7,0
Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva	30	114,5	50,5
Reingewinn für das Geschäftsjahr		599,2	370,9
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	31	1 108,5	762,1

Mittelflussrechnung

für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung	2006	2005
Mittelfluss aus / (eingesetzt in) der operativen Tätigkeit			
Operativer Gewinn		426,5	313,4
Nicht zahlungswirksame Positionen im operativen Gewinn			
Abschreibungen auf Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	11	13,3	15,7
Nettoveränderung der operativen Aktiva und Passiva			
Währungseinlagen		31 732,0	15 329,4
Bankgeschäftsaktiva in Währungen		(30 719,4)	(16 371,2)
Goldeinlagen (Passiva)		2 124,8	(182,7)
Gold und Goldeinlagen (Bankgeschäftsaktiva)		(2 118,0)	322,6
Kurzfristige Forderungen		0,3	1,3
Sonstige Passiva / kurzfristige Verbindlichkeiten		19,6	17,5
Derivative Finanzinstrumente netto		(533,7)	234,0
Nettomittelfluss aus / (eingesetzt in) der operativen Tätigkeit		945,4	(320,0)
Mittelfluss aus / (eingesetzt in) der Anlagetätigkeit			
Nettoveränderung der Anlageaktiva in Währungen	7B	(1 676,9)	207,2
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere		63,0	(65,9)
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva	6B	187,9	110,7
Nettokäufe von Grundstücken, Gebäuden und Geschäftsausstattung	11	(12,6)	(14,9)
Nettomittelfluss aus / (eingesetzt in) der Anlagetätigkeit		(1 438,6)	237,1
Mittelfluss aus / (eingesetzt in) der Finanzierungstätigkeit			
Gezahlte Dividenden		(114,4)	(104,0)
Wiederveräußerung eigener Aktien	20	468,2	536,7
Im Jahr 2001 zurückgenommene Aktien – Zahlungen an ehemalige Aktionäre	16	(1,5)	(10,6)
Nettomittelfluss aus / (eingesetzt in) der Finanzierungstätigkeit		352,3	422,1
Nettomittelfluss insgesamt		(140,9)	339,2
Nettoeffekte von Wechselkursveränderungen auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
		108,0	(10,1)
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente			
		(248,9)	349,3
Nettozunahme / (-abnahme) der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		(140,9)	339,2
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Geschäftsjahres		3 005,5	2 666,3
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende des Geschäftsjahres		2 864,6	3 005,5

Vorgeschlagene Gewinnverwendung

für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2006
Reingewinn für das Geschäftsjahr		599,2
Zuweisung an den Gesetzlichen Reservefonds	18	–
Vorgeschlagene Dividende		
SZR 245 je Aktie für 510 192 Aktien		(125,0)
Für 35 933 wiederveräußerte eigene Aktien (anteilig ab Valutadatum der Aktienzeichnung)	17	(7,4)
		(132,4)
Vorgeschlagene Zuweisungen an Reserven		466,8
Allgemeiner Reservefonds	18	(46,7)
Besonderer Dividenden-Reservefonds	18	(6,0)
Freier Reservefonds	18	(414,1)
Saldo nach Zuweisungen an die Reserven		–

Die vorgeschlagene Gewinnverwendung entspricht Artikel 51 der Statuten der Bank.

Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank

für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung					2006
		Gesetzlicher Reservefonds	Allgemeiner Reservefonds	Besonderer Dividenden-Reservefonds	Freier Reservefonds	Statutarische Reserven insgesamt
Stand am 31. März 2005		68,3	2 815,4	130,0	5 729,5	8 743,2
Verwendung des Gewinns 2004/05	18	–	25,7	6,0	224,8	256,5
Wiederveräußerung eigener Aktien	20	–	72,0	–	–	72,0
Stand am 31. März 2006 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	2 913,1	136,0	5 954,3	9 071,7
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven	18	–	46,7	6,0	414,1	466,8
Stand am 31. März 2006 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	2 959,8	142,0	6 368,4	9 538,5

Veränderungen des Eigenkapitals der Bank

für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	Aktien- kapital	Statuta- rische Reserven	Gewinn und Verlust	Eigene Aktien	Sonstige Eigen- kapital- posten	Eigen- kapital insgesamt
Eigenkapital am 31. März 2004		683,9	8 230,8	536,1	(852,6)	1 011,8	9 610,0
Ertrag							
Reingewinn 2004/05		–	–	370,9	–	–	370,9
Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto	21B	–	–	–	–	(74,0)	(74,0)
Bewertungsänderungen bei Anlagepapieren netto	21A	–	–	–	–	(86,3)	(86,3)
Erfasster Ertrag insgesamt		–	–	370,9	–	(160,3)	210,6
Zahlung der Dividende 2003/04		–	–	(104,0)	–	–	(104,0)
Verwendung des Gewinns 2003/04		–	432,1	(432,1)	–	–	–
Wiederveräußerung eigener Aktien	20	–	80,3	–	456,4	–	536,7
Eigenkapital am 31. März 2005		683,9	8 743,2	370,9	(396,2)	851,5	10 253,3
Ertrag							
Reingewinn 2005/06		–	–	599,2	–	–	599,2
Bewertungsänderungen bei Goldanlageaktiva netto	21B	–	–	–	–	582,9	582,9
Bewertungsänderungen bei Anlagepapieren netto	21A	–	–	–	–	(196,5)	(196,5)
Erfasster Ertrag insgesamt		–	–	599,2	–	386,4	98,6
Zahlung der Dividende 2004/05		–	–	(114,4)	–	–	(114,4)
Verwendung des Gewinns 2004/05		–	256,5	(256,5)	–	–	–
Wiederveräußerung eigener Aktien	20	–	72,0	–	396,2	–	468,2
Umbuchung eines Kredits an ein Konsortium von Zentralbanken	20	–	–	–	(1,7)	–	(1,7)
Eigenkapital am 31. März 2006 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		683,9	9 071,7	599,2	(1,7)	1 237,9	11 591,0
Vorgeschlagene Dividende		–	–	(132,4)	–	–	(132,4)
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven		–	466,8	(466,8)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2006 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		683,9	9 538,5	–	(1,7)	1 237,9	11 458,6

Per 31. März 2006 sind in den statutarischen Reserven Aktienagios in Höhe von SZR 811,7 Mio. enthalten (31. März 2005: SZR 811,7 Mio.).

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, „die Bank“) ist eine internationale Finanzorganisation, die entsprechend dem Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 sowie ihrem Grundgesetz und ihren Statuten gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz am Centralbahnplatz 2, 4002 Basel, Schweiz. Die Bank unterhält je eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China (für den Asien-Pazifik-Raum) und in Mexiko-Stadt, Mexiko (für den amerikanischen Kontinent).

Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ, die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 55 Zentralbanken Mitglieder der Bank. Die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung werden im Verhältnis zu der Anzahl der im jeweiligen Land begebenen BIZ-Aktien ausgeübt. Dem Verwaltungsrat der Bank gehören die Präsidenten der Gründerzentralbanken der BIZ an, d.h. der Zentralbanken von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den USA und dem Vereinigten Königreich, die ihrerseits je ein weiteres Verwaltungsratsmitglied befragen, sowie die Präsidenten der Zentralbanken von Japan, Kanada, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz.

Der vorliegende Jahresabschluss enthält auch die nach Artikel 49 der Statuten der Bank erforderliche Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung.

2. Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die nachfolgend dargelegten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gelten, wenn nicht anders angegeben, für beide dargestellten Geschäftsjahre.

A. Umfang des Jahresabschlusses

Dieser Jahresabschluss enthält sämtliche Aktiva und Passiva, die von der Bank kontrolliert werden und bei denen der wirtschaftliche Nutzen sowie Rechte und Pflichten überwiegend bei der Bank liegen.

Aktiva und Passiva im Namen der Bank, die von ihr jedoch nicht kontrolliert werden, sind in diesem Jahresabschluss nicht berücksichtigt. Angaben zu außerbilanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten finden sich in Anmerkung 35.

B. Klassifizierung von Finanzinstrumenten

Jedes Finanzinstrument wird, wenn es zum ersten Mal ausgewiesen wird, je nach Art und Zweck einer der folgenden Kategorien zugeordnet:

- Kredite und Forderungen
- Ergebniswirksam
- Zur Veräußerung verfügbar

Die Klassifizierung des Finanzinstruments bestimmt die Bilanzierungs- und Bewertungsmethode, wie nachstehend beschrieben.

Bei Finanzinstrumenten, die als „ergebniswirksam“ klassifiziert werden, ändert die Bank diese Zuordnung später nicht mehr.

C. Funktional- und Darstellungswährung

Die Funktional- und Darstellungswährung der Bank ist das Sonderziehungsrecht (SZR), wie es vom Internationalen Währungsfonds (IWF) definiert wird.

Das SZR wird anhand eines Korbs der wichtigsten handelbaren Währungen berechnet; ihm liegt die Regel O-1 zugrunde, wie sie vom Exekutivrat des IWF am 30. Dezember 2005 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2006 in Kraft trat. Nach derzeitiger Berechnung entspricht 1 SZR der Summe von USD 0,632, EUR 0,410, JPY 18,4 und GBP 0,0903. Vor dem 1. Januar 2006 entsprach 1 SZR der Summe von USD 0,577, EUR 0,426, JPY 21 und GBP 0,0984. Der Wert des SZR per 31. Dezember 2005 war nach dem alten und dem neuen Korb gleich; die geänderte Gewichtung der Währungen hatte keine nennenswerten Gewinne oder Verluste zur Folge. Der IWF überprüft die Zusammensetzung dieses Währungskorbs alle fünf Jahre, das nächste Mal im Dezember 2010.

Sämtliche im vorliegenden Jahresabschluss enthaltenen Zahlen beziehen sich auf Mio. SZR, sofern nicht anders angegeben.

D. Währungsumrechnung

Monetäre Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Bilanzstichtags in SZR umgerechnet. Andere Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Transaktionstags in SZR umgerechnet. Gewinne und Verluste werden zu einem Durchschnittskurs in SZR umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen infolge der wiederholten Umrechnung von monetären Aktiva und Passiva sowie infolge der Abwicklung von Transaktionen werden als Nettodevisengewinne bzw. -verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

E. Sehr kurzfristige monetäre Aktiva und Passiva

Die sehr kurzfristigen monetären Aktiva umfassen Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken sowie Kündigungskonten (die unter „Terminguthaben und Kredite an Banken“ bilanziert sind). Die sehr kurzfristigen Passiva umfassen Sicht- und Kündigungseinlagen (die unter „Währungseinlagen“ bilanziert sind). Diese Finanzinstrumente haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen. Sie werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

Sie werden in der Bilanz auf der Basis des Abwicklungsdatums zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ (Aktiva) bzw. „Zinsaufwand“ (Passiva) verbucht.

F. Gold und Goldeinlagen

„Gold“ sind Goldbarren, die auf Sichtkonten gehalten werden. Die Goldeinlagen umfassen auf der Aktivseite befristete Golddarlehen an Geschäftsbanken, auf der Passivseite Gold-Sicht- und -Termineinlagen von Zentralbanken. Sie werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

Diese Finanzinstrumente werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die Goldeinlagen auf der Aktiv- und der Passivseite werden auf der Basis des Handelsdatums bilanziert. Käufe und Verkäufe von Gold werden auf der Basis des Abwicklungsdatums bilanziert. Terminkäufe und -verkäufe von Gold werden bis zum Abwicklungsdatum als Derivate behandelt.

Die Zinsen für Goldeinlagen sind periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ (Aktiva) bzw. „Zinsaufwand“ (Passiva) verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Neubewertung hängt von der Klassifizierung der Goldeinlagen ab:

1. Goldeinlagen (Passiva) und damit verbundene Bankgeschäftsaktiva

Die Bank tätigt im Auftrag von Zentralbankkunden Bankgeschäfte in Gold, bei denen sie ein begrenztes Goldpreisrisiko eingeht. Diese Finanzinstrumente werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert. Der Nettogewinn bzw. -verlust aus diesen Goldtransaktionen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettodevisengewinn/(-verlust)“ verbucht.

Der Nettogewinn bzw. -verlust aus der erneuten Umrechnung der Goldnettoposition im Bankgeschäft wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettodevisengewinn/(-verlust)“ verbucht.

2. Goldanlageaktiva

Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert. Unrealisierte Gewinne bzw. Verluste der Goldanlageaktiva der Bank gegenüber dem Einstandswert werden auf dem Goldbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist.

Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Gewinne bzw. Verluste, die bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva realisiert werden, sind in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva“ verbucht.

G. Anlageaktiva in Währungen

Zu den Anlageaktiva in Währungen gehören mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere sowie Staats- und andere Wertpapiere. Sie werden langfristig – wenn auch nicht unbedingt bis zur Fälligkeit – gehalten und sind als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Anlageaktiva in Währungen neu zum Fair Value (Zeitwert) bewertet; unrealisierte Gewinne bzw. Verluste werden auf dem Wertpapierbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist. Bei der Veräußerung realisierte Gewinne werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von Anlagepapieren“ verbucht.

H. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Soweit diese Passiva mit der Verwaltung von Bankgeschäftsaktiva in Währungen zusammenhängen, werden sie als ergebniswirksame Finanzinstrumente klassifiziert. Sind sie mit Anlageaktiva in Währungen verbunden, werden sie als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen werden unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die als „ergebniswirksam“ klassifizierten Instrumente neu zum Fair Value bewertet. Die dabei entstehenden unrealisierten Gewinne bzw. Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bewertungsänderungen netto“ verbucht.

I. Derivate

Derivate werden entweder zur Steuerung des Marktrisikos der Bank oder für Handelszwecke eingesetzt. Sie werden als ergebniswirksame Finanzinstrumente klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Derivate neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Derivate werden bei für die Bank positivem Fair Value des Kontrakts auf der Aktivseite, bei für die Bank negativem Fair Value auf der Passivseite ausgewiesen.

J. Währungseinlagen (Passiva) und damit verbundene Bankgeschäftsaktiva

Diese Finanzinstrumente machen den größten Teil der Bilanz der Bank aus. Sie umfassen Schatzwechsel, mit

Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere, Terminguthaben und Kredite an Banken, Staats- und andere Wertpapiere sowie Währungseinlagen.

Die Bilanzierung der sehr kurzfristigen Einlagen auf der Passivseite wird in Abschnitt E oben beschrieben.

Für bestimmte Währungseinlageninstrumente tritt die Bank als Marktmacher auf und realisiert daher aus diesen Passiva Gewinne bzw. Verluste.

Entsprechend den Risikomanagementgrundsätzen der Bank wird das mit diesen Geschäften verbundene Marktrisiko insgesamt auf Basis des Fair Value gesteuert, d.h. alle einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate werden im Währungs-Bankgeschäftsportfolio zusammengefasst. Die realisierten und unrealisierten Gewinne bzw. Verluste aus Währungseinlagen der Passivseite werden somit weitgehend durch realisierte und unrealisierte Verluste bzw. Gewinne aus den Bankgeschäftsaktiva, Derivaten oder anderen Währungseinlagen auf der Passivseite ausgeglichen.

Um die Bilanzierungsunstimmigkeiten zu vermindern, die entstehen würden, wenn realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste auf unterschiedlicher Basis ausgewiesen würden, klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva und Passiva im Währungs-Bankgeschäftsportfolio als ergebniswirksame Instrumente.

Alle entsprechenden Finanzinstrumente werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden unter „Zinsaufwand“ (Währungseinlagen auf der Passivseite) bzw. unter „Zinsertrag“ (entsprechende Bankgeschäftsaktiva) verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Finanzinstrumente neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

K. Bewertungsgrundsätze

Die Bank weist ihre Finanzinstrumente in der Bilanz größtenteils zum Fair Value aus; Veränderungen des Fair Value fließen in der Regel in die Gewinn- und Verlustrechnung ein. Der Fair Value eines Finanzinstruments wird definiert als der Betrag, zu dem wohlinformierte, abschlussbereite Parteien es zu marktüblichen Bedingungen übernehmen könnten. Zentral bei diesem Bilanzierungsgrundsatz ist, wie die Bank den Fair Value von Finanzinstrumenten ermittelt.

Sie verwendet hierzu verlässliche notierte Marktpreise von aktiven Märkten. Existiert kein aktiver Markt oder sind solche Preise aus anderen Gründen nicht verfügbar, bestimmt die Bank den Fair Value anhand von Finanzmodellen mit einer Analyse der abgezinsten Barmittelströme, die sich auf Schätzungen der künftigen Barmittelströme, Zinssätze und Wechselkurse und der künftigen Geschwindigkeit vorzeitiger Tilgungen sowie auf Kredit-, Liquiditäts- und Volatilitätsfaktoren stützt.

Obwohl die Bestimmung des Fair Value in einigen Fällen ein erhebliches Maß an Schätzungen, Annahmen und Ermessen erfordert, sind die in der Bilanz ausgewiesenen Fair Values und die in die Gewinn- und Verlustrechnung

eingeflossenen Veränderungen dieser Werte nach Überzeugung der Bank angemessen und entsprechen der zugrundeliegenden wirtschaftlichen Lage.

L. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten

Bei den kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten handelt es sich vorwiegend um sehr kurzfristige Positionen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Finanzgeschäften. Sie werden zum Einstandswert bilanziert.

M. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Die Kosten der Gebäude und der Geschäftsausstattung der Bank werden kapitalisiert und linear über die geschätzte Nutzungsdauer dieser Aktiva wie folgt abgeschrieben:

Gebäude: 50 Jahre

Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre

Informationstechnologieausstattung: bis 4 Jahre

Sonstige Sachanlagen: 4–10 Jahre

Die Grundstücke der Bank werden nicht abgeschrieben. Die Bank überprüft Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung jährlich auf Wertminderungen. Ist der Buchwert eines Vermögenswerts höher als der geschätzte Verwertungserlös, wird der Wert auf den geschätzten Verwertungserlös abgeschrieben.

N. Rückstellungen

Rückstellungen werden ausgewiesen, wenn die Bank eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung infolge von vor dem Bilanzstichtag eingetretenen Ereignissen hat, zu deren Erfüllung vermutlich ökonomische Ressourcen benötigt werden, sofern der Betrag der Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann. Die Höhe zu bildender Rückstellungen wird anhand von bestmöglichen Schätzungen und von Annahmen festgelegt.

O. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen: ein Pensionsystem für das Personal, einen Pensionsplan für die Verwaltungsratsmitglieder und eine Kranken- und Unfallversicherung für derzeitige und ehemalige Personalmitglieder. Alle Einrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuarien bewertet.

Pensionssystem des Personals

Die Bank betreibt für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letzte Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.

Die Verbindlichkeit aus dem Pensionsfonds des Personals basiert auf dem Barwert der nach dem Leistungsprimat ermittelten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, abzüglich des

Fair Value des Fondsvermögens zum Bilanzstichtag sowie bereinigt um nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den nachzuverrechnenden Dienstzeitaufwand. Der Umfang dieser nach dem Leistungsprimat ermittelten Verpflichtung wird mithilfe der Anwartschaftsbarwertmethode berechnet, der Barwert anhand der geschätzten zukünftigen Mittelabflüsse. Die Mittelflüsse werden zu einem Satz abgezinst, den die Bank anhand der Marktrenditen von Schweizer-Franken-Unternehmensanleihen mit hohem Rating und mit ähnlichen Restlaufzeiten wie die entsprechende Verbindlichkeit bestimmt.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Betrag entspricht der Summe des laufenden Dienstzeitaufwands der im entsprechenden Jahr angefallenen Leistungen des Systems und der Verzinsung zum Diskontierungssatz der Verpflichtung nach Leistungsprimat. Außerdem werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aufgrund von Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs während der Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder entsprechend dem nachstehend beschriebenen „Korridor“-Konzept in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. Die entsprechenden Verbindlichkeiten sind im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthalten.

Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder

Die Bank unterhält für die Verwaltungsratsmitglieder einen Pensionsplan mit Leistungsprimat ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Verpflichtung nach Leistungsprimat und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf den Pensionsplan des Verwaltungsrats sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand

Die Bank unterhält für ihre Personalmitglieder im Ruhestand ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Leistungsverpflichtung und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf das Kranken- und Unfallversicherungssystem sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

„Korridor“-Konzept

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste entstehen durch Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs. Wenn die kumulierten nicht ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste die Leistungsverpflichtung oder das entsprechende Deckungsvermögen (je nachdem, welches höher ist) um mehr als 10% überschreiten, wird die über den Korridor von 10% hinausgehende Unterdeckung über die erwartete verbleibende Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder amortisiert.

P. Mittelflussrechnung

Die Mittelflussrechnung der Bank wird mithilfe einer indirekten Methode erstellt. Sie beruht auf den Bewegungen in der Bilanz der Bank, bereinigt um Veränderungen bei den Finanzgeschäften vor Abwicklung.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken sowie Kündigungskonten; letztere sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben.

3. Verwendung von Schätzungen

Beim Erstellen des Jahresabschlusses muss die Geschäftsleitung der Bank teilweise Schätzungen vornehmen, um zu den ausgewiesenen Beträgen der Aktiva und Passiva, der Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie den ausgewiesenen Beträgen von Aufwand und Ertrag im Geschäftsjahr zu gelangen. Sie stützt sich dabei auf verfügbare Informationen, ihr Urteilsvermögen und eigene Annahmen.

Urteilsvermögen ist sowohl bei der Festlegung als auch bei der Anwendung der Bilanzierungsgrundsätze der Bank erforderlich. Wie dieses Urteilsvermögen bei der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzt wird, ist für das Verständnis dieses Jahresabschlusses von wesentlicher Bedeutung.

Zu den Annahmen gehören zukunftsgerichtete Schätzungen, z.B. bei der Bewertung von Aktiva und Passiva sowie bei der Einschätzung der Vorsorgeverpflichtungen und der Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten.

Die späteren tatsächlichen Ergebnisse können erheblich von den Schätzungen abweichen.

4. Eigenkapital und Risikomanagement

A. Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist

Die Bank ist folgenden Risiken ausgesetzt:

Kreditrisiko. Risiko eines finanziellen Verlusts, wenn eine Gegenpartei ihre Schulden nicht termingemäß bedient. Dies ist das größte Risiko, dem die Bank ausgesetzt ist.

Marktrisiko. Risiko eines Rückgangs des Gesamtwerts der Aktiva und Passiva der Bank infolge nachteiliger Veränderungen von Marktvariablen wie Zinssätzen, Wechselkursen und Goldpreisen.

Liquiditätsrisiko. Risiko, Zahlungsverpflichtungen bei Fälligkeit nicht erfüllen zu können, ohne inakzeptable Verluste zu erleiden.

Operationelles Risiko. Risiko, dass der Bank durch Mitarbeiter, durch versagende oder unzulängliche Abläufe bzw. Systeme oder durch externe Ereignisse finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen.

B. Risikomanagement der Bank

Organisationsstruktur

Die Bank wird so geführt, dass sie ihre Aufgabe, Dienstleistungen für Zentralbanken zu erbringen, erfüllen kann

und gleichzeitig eine angemessene Rendite erzielt, um ihre solide Eigenkapitalbasis zu halten.

Für ihr Risikomanagement hat die Bank ein unabhängiges Risikocontrolling mit regelmäßigen Risikoberichten an die zuständigen Managementausschüsse geschaffen. Risikomanagementverfahren und Risikopolitik der Bank sind in einem ausführlichen „Risk Manual“ dokumentiert, das regelmäßig aktualisiert wird. Die Kreditlimits der Bank sind in einem weiteren Handbuch dokumentiert. Für jegliche Änderung von Kreditlimits ist die Zustimmung des Managements erforderlich.

Finanzwesen und Rechtsdienst ergänzen das Risikocontrolling. Das Finanzwesen hat die Aufgabe, die Finanzausweise der Bank zu erstellen und ihre Ausgaben durch Aufstellen und Überwachen des Jahresbudgets zu kontrollieren. Der Rechtsdienst gibt bei vielfältigen Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Bank Rat und Unterstützung aus juristischer Perspektive.

Die Compliance-Stelle der Bank hat die Aufgabe, hinreichend sicherzustellen, dass die Tätigkeit der BIZ und ihres Personals im Einklang steht mit anwendbaren Gesetzen und Verordnungen, den BIZ-Statuten, dem Verhaltenskodex der Bank, sonstigen internen Vorschriften und Grundsätzen sowie einschlägigen Best-Practice-Standards. Die Compliance-Stelle identifiziert und beurteilt Risiken der Compliance und sensibilisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Compliance-Fragen. Sie übt ferner eine Überwachungs- und Berichts- sowie – in Zusammenarbeit mit dem Rechtsdienst – eine Beratungsfunktion aus.

Die Interne Revision überprüft die bankinternen Kontrollverfahren und berichtet darüber, inwieweit sie mit internen Standards und Best-Practice-Richtlinien des Finanzsektors im Einklang stehen. Zur Internen Revision gehört auch die Überprüfung der Risikomanagementverfahren, der internen Kontrollsysteme, der Informationssysteme und der Führungsabläufe. Die Interne Revision ist unmittelbar dem Generaldirektor und dem Stellvertretenden Generaldirektor unterstellt.

Der Stellvertretende Generaldirektor ist für das Risikocontrolling und die Compliance der Bank verantwortlich.

Die Leiter der Compliance-Stelle und der Internen Revision erstatten darüber hinaus regelmäßig dem Revisionskomitee des Verwaltungsrats Bericht.

Struktur der Aktiva und Passiva

Aktiva und Passiva sind in zwei Bereiche organisiert:

1. Einen Bankgeschäftsbereich, der Währungs- und Gold-einlagen (Passiva) sowie damit verbundene Bankgeschäftsktiva und Derivate umfasst

In diesem Bereich geht die Bank ein begrenztes Zinsänderungs-, Goldpreis- und Fremdwährungsrisiko ein.

2. Einen Anlagebereich, der Aktiva, Passiva und Derivate umfasst, die vorwiegend mit als Eigenkapital definierten Anlagen zusammenhängen

Die Bank hält ihr Eigenkapital größtenteils in Finanzinstrumenten, die auf die Währungen des SZR-Korbs lauten. Sie werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet. Der Rest wird in Gold gehalten.

C. Risikomanagementverfahren

Für die Bewertung ihrer Finanzinstrumente und die Messung des Risikos für ihren Reingewinn und ihr Eigenkapital bedient sich die Bank einer ganzen Reihe quantitativer Verfahren. Diese überprüft sie mit Blick auf das sich wandelnde Risikoumfeld und die Weiterentwicklung der Best-Practice-Richtlinien.

Ein zentrales Element der quantitativen Risikomanagementverfahren der Bank ist das ökonomische Kapital. Es ist eine Messgröße zur Schätzung des Betrags an Eigenkapital, der erforderlich ist, um potenzielle Verluste aus den an jedem beliebigen Tag bestehenden Engagements zu absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau angelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten. Viele interne Limits und Berichte der Bank beziehen sich auf das eingesetzte ökonomische Kapital. Die Bank berechnet das ökonomische Kapital für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

Beim Kreditrisiko verwendet die Bank dabei ein internes Modell für den Value-at-Risk (VaR) eines Kreditportfolios, das auf ihren Einschätzungen der folgenden Größen beruht:

- Ausfallwahrscheinlichkeit der einzelnen Gegenparteien
- Verlustkorrelationen für die einzelnen Gegenparteien
- Verlust, den die Bank bei einem Ausfall wahrscheinlich erleiden würde

Die Messgröße des für das Marktrisiko erforderlichen ökonomischen Kapitals wird aus dem VaR-Verfahren der Bank abgeleitet. Näheres hierzu s. Abschnitt F weiter unten.

Beim operationellen Risiko beruht die Messgröße für das erforderliche ökonomische Kapital auf einem Modell, das die entsprechenden Verlusterfahrungen der Bank und externe Verlustdaten einbezieht.

Die wesentlichen verwendeten Annahmen bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kredit-, das Markt- und das operationelle Risiko sind ein Zeithorizont von einem Jahr und ein Konfidenzniveau von 99,995%.

D. Angemessene Eigenkapitalausstattung

Die Bank wahrt eine sehr solide Eigenkapitalausstattung, die mithilfe des Modells für das ökonomische Kapital und des Rahmenkonzepts der Basler Eigenkapitalvereinbarung vom Juli 1988 gemessen wird. Die folgende Tabelle stellt das Eigenkapital der Bank am 31. März 2006 dar.

31. März Mio. SZR	2006	2005
Aktienkapital	683,9	683,9
Statutarische Reserven	9 071,7	8 743,2
Abzüglich: Eigene Aktien	(1,7)	(396,2)
Kernkapital	9 753,9	9 030,9
Gewinn- und Verlustrechnung	599,2	370,9
Sonstige Eigenkapitalposten	1 237,9	851,5
Eigenkapital insgesamt	11 591,0	10 253,3

Die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung wird nach der Basler Eigenkapitalvereinbarung anhand von Quoten beurteilt, bei denen das anrechenbare Kapital den risikogewichteten Aktiva gegenübergestellt wird. Die risikogewichteten Aktiva werden durch Anwendung einer Reihe von Risikogewichten (gemäß Basler Eigenkapitalvereinbarung) auf die Aktiva und die Derivate der Bank ermittelt. Wegen des Anteils von Staatspapieren (mit Risikogewicht null) an ihren Aktiva sind die Eigenkapitalquoten der Bank hoch. Die Kernkapitalquote der Bank betrug am 31. März 2006 32,4% (2005: 35,8%).

E. Kreditrisiko

Das Kreditrisiko umfasst folgende Risiken:

Ausfallrisiko – das Risiko, dass eine Gegenpartei ihren Verpflichtungen gemäß den vereinbarten Geschäftsbedingungen nicht nachkommt. Es besteht bei finanziellen Vermögenswerten und Derivaten sowie bei fest zugesagten Fazilitäten, die die Bank für Zentralbanken und internationale Organisationen bereitstellt.

Erfüllungsrisiko – das Risiko eines Scheiterns der Abwicklung oder des Clearing von Finanztransaktionen, wenn der Austausch von Zahlungsmitteln, Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten nicht zeitgleich erfolgt.

Transferrisiko – das Risiko, dass eine Gegenpartei wegen eingeschränkten Zugangs zu Fremdwährungen nicht in der Lage ist, ihre Fremdwährungsverpflichtungen zu erfüllen.

Die Bank steuert ihr Kreditrisiko, indem sie Limits für den Umfang des Risikos festlegt, das für einen einzelnen Schuldner oder eine Gruppe von Schuldnern akzeptiert wird. Diese Risiken werden regelmäßig überwacht und mindestens einmal jährlich überprüft; wenn nötig, werden Anpassungen vorgenommen. Das wichtigste Kriterium bei der Überprüfung ist die Fähigkeit der Schuldner bzw. potenziellen Schuldner, ihre Verpflichtungen für Zins- und Tilgungszahlungen zu erfüllen. Die Limits für das Kreditrisiko werden vom Management der Bank in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen genehmigt. Die tatsächlich eingegangenen Risiken werden täglich mit den Limits verglichen.

Die Bank schließt Reverse Repos ab und nimmt außerdem Sicherheiten herein, um das Kreditrisiko bei derivativen Finanzinstrumenten zu mindern. Mit einigen Gegenparteien hat sie ferner bilaterale Aufrechnungsvereinbarungen abgeschlossen.

1. Ausfallrisiko

Die Bank kontrolliert ihr Ausfallrisiko auf der Ebene der Gegenpartei und auf Portfolioebene. Die eingegangenen Risiken werden mithilfe einer Reihe von Kreditlimits für die einzelnen Gegenparteien und Länder begrenzt. Die Bank führt eine eigene ausführliche, unabhängige Kreditanalyse durch, auf deren Grundlage sie interne Bonitätseinstufungen vergibt und Kreditlimits festlegt.

Das Ausfallrisiko in den Wertpapierbeständen der Bank wird durch den sehr liquiden Charakter der meisten Aktiva begrenzt. Wenn das Management der Bank zu dem Schluss kommt, dass eine Gegenpartei ein zu hohes Ausfallrisiko aufweist, werden die Wertpapiere abgestoßen.

Das Ausfallrisiko bei außerbörslichen Derivaten wird mithilfe von Besicherungsvereinbarungen gemindert. Am 31. März 2005 hielt die Bank G10-Staatspapiere im Nomi-

nalwert von SZR 93,6 Mio. als Sicherheit für außerbörsliche Derivate. Am 31. März 2006 hielt die Bank keine Sicherheiten für außerbörsliche Derivate.

Die Bank stellt mit ihrer Kreditpolitik sicher, dass ihre Aktiva überwiegend in G10-Staatspapieren oder bei Finanzinstituten mit einem Rating von mindestens A angelegt sind. Wegen der begrenzten Anlagemöglichkeiten hat die Bank erhebliche GegenparteiKonzentrationen innerhalb dieser Sektoren.

In den nachstehenden Tabellen werden die Kreditrisiken nach Sektor und nach Rating dargestellt.

31. März

Sektor Prozent	2006	2005
Staaten	34,1	32,5
Finanzinstitute	63,1	61,7
Sonstige	2,8	5,8
	100,0	100,0

31. März

Interne Bonitätseinstufung BIZ (ausgedrückt als entsprechendes langfristiges Rating) Prozent	2006	2005
AAA	26,5	26,3
AA	54,7	57,0
A	18,5	16,1
BBB+ und tiefer (einschl. Risiken ohne Rating)	0,3	0,6
	100,0	100,0

2. Erfüllungsrisiko

Die Bank minimiert das Erfüllungsrisiko durch:

- Inanspruchnahme etablierter Clearingzentren
- Abwicklung der Transaktionen möglichst erst dann, wenn beide Parteien ihre Verpflichtungen erfüllt haben („Lieferung gegen Zahlung“)
- Nettozahlungsausgleich bei derivativen Finanzinstrumenten, soweit möglich
- Inanspruchnahme von Korrespondenzbanken, die Zahlungen kurzfristig stoppen können
- Bei Devisengeschäften nach Möglichkeit Abschluss von Aufrechnungsvereinbarungen für den Fall, dass eine Gegenpartei die Gegenwährung nicht liefert
- Berechnung und Begrenzung des Erfüllungsrisikos für die einzelnen Gegenparteien

3. Transferrisiko

Die Bank nimmt die Berechnung des Transferrisikos und die entsprechende Limitfestlegung auf Länderbasis vor.

F. Marktrisiko

Die wichtigsten Komponenten des Marktrisikos der Bank sind das Goldpreisrisiko, das Fremdwährungsrisiko und das Zinsänderungsrisiko. Marktrisiken entstehen der Bank hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals. Die Bank misst das Marktrisiko auf der Basis

des VaR-Verfahrens und durch Berechnung der Sensitivität gegenüber bestimmten Marktrisikofaktoren. Der VaR drückt die statistische Schätzung des höchstmöglichen Verlusts – unter Annahme eines vorgegebenen Zeithorizonts und mit einem bestimmten Konfidenzniveau – für das aktuelle Portfolio aus.

Das zur Unterlegung des Marktrisikos erforderliche ökonomische Kapital wird für das gesamte Marktrisiko aggregiert gemessen und gesteuert. Das Management der Bank limitiert das für das Marktrisiko einzusetzende ökonomische Kapital in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen.

Alle VaR-Modelle sind zwar zukunftsgerichtet, beruhen aber auf historischen Daten und hängen von der Qualität der verfügbaren Marktdaten ab. Die VaR-Limits werden durch ein System weiterer Limits und Berichtsverfahren ergänzt. Dazu gehören u.a. spezifische Stresstests und eine genaue Überwachung der höchsten Marktrisikopositionen.

1. Goldpreisrisiko

Das Goldpreisrisiko ist der potenzielle Effekt von Veränderungen des SZR-Goldpreises auf den Fair Value von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Goldpreisrisiko hauptsächlich durch ihre eigenen Goldanlageaktiva (165 Tonnen; 2005: 180 Tonnen) ausgesetzt. Dieses Gold wird in Verwahrung gehalten oder als Einlage bei Geschäftsbanken hinterlegt. Am 31. März 2006 machten die Goldbestände rund 19% des Eigenkapitals aus (31. März 2005: 16%). Die Bank kann dem Goldpreisrisiko ferner in geringem Umfang durch ihre Bankgeschäfte mit Zentral- und Geschäftsbanken ausgesetzt sein. Das Goldpreisrisiko wird im Rahmen der Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das gesamte Marktrisiko gemessen.

2. Fremdwährungsrisiko

Das Fremdwährungsrisiko ist der potenzielle Effekt von Wechselkursänderungen auf den Fair Value von Aktiva und

Passiva. Die Bank ist dem Fremdwährungsrisiko hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Darüber hinaus geht sie bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und in ihrer Funktion als Intermediär in Devisengeschäften zwischen Zentral- und Geschäftsbanken Fremdwährungsrisiken ein. Die Bank verringert ihre Fremdwährungsrisiken, indem sie ihr Eigenkapital in Relation zur Zusammensetzung des SZR-Korbs in die Währungen des Korbs investiert und regelmäßig anpasst und bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und bei Devisengeschäften nur geringe Risikopositionen zulässt.

Die folgende Tabelle zeigt die Währungspositionen der Bank nach Bereinigung um ihre eigenen Goldanlageaktiva.

Nettoaktiva am 31. März <i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Schweizer Franken	(140,6)	(137,0)
US-Dollar	26,7	21,3
Euro	(20,0)	4,3
Yen	21,3	36,7
Pfund Sterling	17,1	12,7
Schwedische Krone	56,4	58,1
Australischer Dollar	34,7	0,7
Sonstige Währungen	4,4	3,2

Die oben ausgewiesene Schweizer-Franken-Position ist hauptsächlich auf die Vorsorgeverpflichtungen der Bank zurückzuführen (Anmerkung 22).

3. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist der potenzielle Effekt von Zinsänderungen auf den Fair Value von Aktiva und Passiva. Die Bank ist dem Zinsänderungsrisiko hauptsächlich durch verzinsliche Aktiva im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Diese Aktiva werden unter

31. März 2006

<i>Mio. SZR</i>	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(3,7)	(4,7)	(5,9)	(9,2)	(22,3)	(19,7)	(70,3)
Yen	0,4	0,1	(5,4)	(5,0)	(7,1)	(6,5)	(14,1)
Pfund Sterling	–	(5,3)	(3,9)	(4,9)	(6,4)	(9,5)	(12,3)
Schweizer Franken	(0,5)	(0,9)	(1,3)	–	(0,4)	(0,1)	–
US-Dollar	(4,7)	(23,9)	(32,3)	(18,4)	(17,8)	(26,2)	(78,3)
Sonstige Währungen	(1,8)	7,8	(15,1)	(22,4)	(0,3)	(6,6)	(0,2)
Insgesamt	(10,3)	(26,9)	(63,9)	(59,9)	(54,3)	(68,6)	(175,2)

31. März 2005

<i>Mio. SZR</i>	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(4,6)	(4,5)	(11,6)	(11,1)	(11,2)	(17,8)	(67,8)
Yen	2,0	(1,0)	(2,5)	(2,0)	(2,6)	(3,0)	(8,1)
Pfund Sterling	(0,8)	1,6	(9,8)	(6,1)	(5,4)	(9,9)	(12,1)
Schweizer Franken	(0,3)	0,3	0,1	–	–	–	–
US-Dollar	16,2	21,0	(46,4)	(7,4)	(9,0)	(17,4)	(56,6)
Sonstige Währungen	(0,3)	0,1	(0,1)	–	–	–	–
Insgesamt	12,2	17,5	(70,3)	(26,6)	(28,2)	(48,1)	(144,6)

Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet. Ferner ist die Bank im Zusammenhang mit der Hereinnahme und Wiederanlage von Kundeneinlagen einem begrenzten Zinsänderungsrisiko ausgesetzt.

Die Bank überwacht das Zinsänderungsrisiko genau und achtet dabei auch auf die Sensitivität der Fair Values gegenüber Zinsänderungen. Das Marktrisiko wird mithilfe von ökonomischem Kapital, VaR und auf Stresstests basierenden Limits eingeschränkt.

In den Tabellen auf der vorhergehenden Seite wird dargestellt, wie sich eine Verschiebung der einschlägigen Renditenstrukturkurve um 1 Prozentpunkt nach oben auf das Eigenkapital der Bank auswirkt.

G. Liquiditätsrisiko

Die Nettoveränderungen der Währungs- und Goldeinlagen von Zentralbanken, internationalen Organisationen und sonstigen öffentlichen Institutionen sind die wichtigsten Bestimmungsgrößen für die Bilanzsumme der Bank. Die Bank hat sich verpflichtet, bestimmte Währungseinlageninstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäfts-

tagen zum Fair Value zurückzunehmen. Die Bank wird so geführt, dass ein hoher Grad an Liquidität gewahrt wird, damit sie jederzeit den Bedürfnissen ihrer Kunden entsprechen kann.

Die Bank hat ein Rahmenkonzept für die Liquiditätssteuerung entwickelt, das auf einem statistischen Modell mit konservativen Annahmen hinsichtlich Mittelzuflüssen und Liquidität der Passiva beruht. Innerhalb dieses Rahmens hat der Verwaltungsrat ein Limit für die Liquiditätsquote der Bank festgelegt; danach müssen die liquiden Aktiva mindestens 100% des potenziellen Liquiditätsbedarfs der Bank betragen. Darüber hinaus werden Liquiditätsstresstests durchgeführt, bei denen extreme Abzugsszenarien angenommen werden, die weit über den geschätzten potenziellen Liquiditätsbedarf hinausgehen. Diese Stresstests definieren zusätzliche Liquiditätsanforderungen, die ebenfalls erfüllt werden müssen. Die Liquidität der Bank liegt stets deutlich über der Mindestliquiditätsquote.

Die folgenden Tabellen zeigen Aktiva und Passiva (sowie Derivate auf Nettobasis) zu Buchwerten, gegliedert nach vertraglicher Restlaufzeit zum Bilanzstichtag.

31. März 2006

Mio. SZR	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–9 Monate	9–12 Monate	1–5 Jahre	Über 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	33,0	–	–	–	–	–	–	–	33,0
Gold und Goldeinlagen	7 312,1	329,4	608,0	268,0	156,0	2 569,8	104,7	–	11 348,0
Schatzwechsel	14 215,7	22 411,8	7 614,5	1 801,6	1 268,3	–	–	–	47 311,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	19 474,6	44,6	–	–	–	–	–	–	19 519,2
Terminguthaben und Kredite an Banken	38 682,6	16 856,1	13 981,8	9 046,6	9 264,1	67,3	–	–	87 898,5
Staats- und andere Wertpapiere	3 535,1	7 919,3	1 771,7	2 203,0	3 938,7	17 327,6	7 741,0	–	44 436,4
Kurzfristige Forderungen	7 441,1	–	–	–	–	3,6	–	–	7 444,7
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	–	–	–	–	–	–	–	188,4	188,4
Insgesamt	90 694,2	47 561,2	23 976,0	13 319,2	14 627,1	19 968,3	7 845,7	188,4	218 180,1
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente									
	(12 646,4)	(15 448,5)	(17 430,3)	(15 872,5)	(8 429,0)	(34 217,9)	(3 970,7)	–	(108 015,3)
Sonstige Währungseinlagen									
	(50 941,0)	(5 048,0)	(6 618,4)	(7 604,0)	(7 601,4)	(163,4)	–	–	(77 976,2)
Goldeinlagen									
	(7 420,9)	(198,7)	(568,1)	(160,5)	(39,3)	(743,5)	(104,6)	–	(9 235,6)
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere									
	(1 177,6)	(44,8)	–	–	–	–	–	–	(1 222,4)
Kurzfristige Verbindlichkeiten									
	(9 251,3)	–	–	–	–	–	–	–	(9 251,3)
Sonstige Verbindlichkeiten									
	(27,7)	–	–	–	–	–	–	(141,7)	(169,4)
Insgesamt	81 464,9	(20 740,0)	(24 616,8)	(23 637,0)	(16 069,7)	(35 124,8)	(4 075,3)	(141,7)	(205 870,2)
Derivative Finanzinstrumente netto	195,8	129,5	(67,4)	(197,3)	(206,2)	(616,5)	43,2	–	(718,9)
Fälligkeitsinkongruenz	9 425,1	26 950,7	(708,2)	(10 515,1)	(1 648,8)	(15 773,0)	3 813,6	46,7	11 591,0

31. März 2005

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1-3 Monate	3-6 Monate	6-9 Monate	9-12 Monate	1-5 Jahre	Über 5 Jahre	Unbestimmte Laufzeit	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	25,8	-	-	-	-	-	-	-	25,8
Gold und Goldeinlagen	5 305,2	188,3	514,2	440,9	531,6	1 564,2	72,6	-	8 617,0
Schatzwechsel	5 908,1	12 716,2	6 718,6	3 044,3	2 920,2	-	-	-	31 307,4
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	14 034,3	-	-	-	-	-	-	-	14 034,3
Terminguthaben und Kredite an Banken	31 823,2	18 716,8	13 981,0	9 830,4	5 926,9	5,1	33,1	-	80 316,5
Staats- und andere Wertpapiere	3 454,0	4 086,4	3 014,8	2 795,1	5 110,3	16 167,4	5 151,6	-	39 779,6
Kurzfristige Forderungen	4 021,5	-	-	-	-	3,5	-	3,6	4 028,6
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	-	-	-	-	-	-	-	189,2	189,2
Insgesamt	64 572,1	35 707,7	24 228,6	16 110,7	14 489,0	17 740,2	5 257,3	192,8	178 298,4
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1-2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente	(8 204,1)	(14 081,1)	(14 153,1)	(16 175,8)	(10 937,5)	(30 176,3)	(2 678,8)	-	(96 406,7)
Sonstige Währungseinlagen	(33 081,0)	(6 591,3)	(7 088,4)	(3 439,2)	(4 010,9)	(1,3)	-	-	(54 212,1)
Goldeinlagen	(5 423,1)	(133,7)	(487,5)	(331,2)	(287,7)	(375,0)	(72,6)	-	(7 110,8)
Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	(1 159,4)	-	-	-	-	-	-	-	(1 159,4)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	(7 752,2)	-	-	-	-	-	-	-	(7 752,2)
Sonstige Verbindlichkeiten	(17,3)	-	-	-	-	-	-	(134,0)	(151,3)
Insgesamt	(55 637,1)	(20 806,1)	(21 729,0)	(19 946,2)	(15 236,1)	(30 552,6)	(2 751,4)	(134,0)	(166 792,5)
Derivative Finanzinstrumente netto	67,3	172,8	(152,1)	(43,6)	(236,8)	(823,8)	(236,4)	-	(1 252,6)
Fälligkeitsinkongruenz	9 002,3	15 074,4	2 347,5	(3 879,1)	(983,9)	(13 636,2)	2 269,5	58,8	10 253,3

H. Operationelles Risiko

Die Bank definiert das operationelle Risiko als das Risiko, dass ihr durch einen oder mehrere der folgenden Faktoren finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen:

- Menschliches Versagen oder Betrug (z.B. zu wenig Personal, Fehlen erforderlicher Kenntnisse, unzulängliche Schulung, unzulängliche Überwachung, Abgang wichtiger Mitarbeiter, unzulängliche Nachfolgeplanung oder Mangel an Integrität oder ethischen Maßstäben)
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Abläufen (eine interne Regelung oder ein Ablauf ist z.B. unzulänglich, schlecht konzipiert, ungeeignet oder ungenügend dokumentiert bzw. wird nicht richtig verstanden, umgesetzt, befolgt oder durchgesetzt)
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Systemen (z.B. sind Hardware, Software-Anwendungen, Betriebs-

systeme oder Infrastruktur, die die Tätigkeit der Bank erfordert, schlecht konzipiert, ungeeignet, unzulänglich, nicht verfügbar, fallen aus oder funktionieren nicht wie geplant)

- Externe Ereignisse (d.h. Ereignisse, die sich negativ auf die Bank auswirken, über die sie aber keine Kontrolle hat)

Die Bank handhabt das operationelle Risiko mittels interner Kontrollen wie Regeln, Verfahren, Praktiken und Organisationsstrukturen, mit deren Hilfe die Wahrscheinlichkeit vermindert werden soll, dass ein Risikoereignis überhaupt eintritt, oder durch die zumindest der Schaden begrenzt werden kann. Die Bank stellt für das operationelle Risiko ökonomisches Kapital auf der Basis eines statistischen Modells bereit, das die entsprechenden Verlusterfahrungen der Bank und externe Verlustdaten einbezieht.

Derzeit arbeitet die Bank daran, mithilfe eines bankweiten Programms zur Selbsteinschätzung der vorhandenen

Kontrollmechanismen („Control Self-Assessment“, CSA) das operationelle Risiko zu identifizieren und zu bewerten sowie die Wirksamkeit bestehender Kontrollen zu beurteilen. Die bankweite Einführung soll Ende 2006 abgeschlossen sein. In einer Machbarkeitsstudie wurden mögliche Wege zur Zusammenführung der CSA-Ergebnisse mit der Quantifizierung operationeller Risiken geprüft. Die BIZ hat in den letzten Jahren ihre internen Kontrollen weiter verstärkt – das Risikocontrolling, die Interne Revision und die Compliance. Derzeit arbeitet sie am Entwurf eines Rahmenkonzepts für die Handhabung operationeller Risiken.

5. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken bestehen aus liquiden Mitteln bei Zentral- und Geschäftsbanken, über die die Bank jederzeit verfügen kann.

6. Gold und Goldeinlagen (Aktiva)

A. Goldbestände insgesamt

Die Goldbestände der Bank setzten sich wie folgt zusammen:

31. März		
Mio. SZR	2006	2005
Goldbarren bei Zentralbanken	7 132,0	5 170,2
Termineinlagen in Gold insgesamt	4 216,0	3 446,8
Gold und Goldeinlagen insgesamt	11 348,0	8 617,0
Davon:		
Goldanlageaktiva	2 259,5	1 646,5
Gold und Goldeinlagen – Bankgeschäftsaktiva	9 088,5	6 970,5

B. Goldanlageaktiva

Die eigenen Goldanlageaktiva der Bank werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Der Betrag, um den dieser Wert die neu als Einstandswert erachtete Basis übersteigt, wird auf dem Goldbewertungskonto verbucht (in der Bilanz unter „Sonstige Eigenkapitalposten“), und realisierte Gewinne oder Verluste aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva werden in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

In Anmerkung 21B wird das Goldbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von eigenen Goldanlageaktiva ist in Anmerkung 30 aufgeschlüsselt.

Die Goldanlageaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2006	2005
Stand am Jahresanfang	1 646,5	1 780,7
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva		
Platzierte Einlagen	382,0	400,5
Veräußerungen von Gold	(187,2)	(108,6)
Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen	(382,7)	(402,6)
	(187,9)	(110,7)
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	103,5	–
Goldpreisveränderung	697,4	(23,5)
Stand am Jahresende	2 259,5	1 646,5

Am 1. April 2005 beliefen sich die Goldanlageaktiva der Bank auf 180 Tonnen Feingold. In dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden 15 Tonnen veräußert (Anmerkung 30). Am 31. März 2006 betrug der Bestand 165 Tonnen Feingold.

7. Bankgeschäftsaktiva und Anlageaktiva in Währungen

A. Bestände insgesamt

Zu den Bankgeschäfts- und Anlageaktiva in Währungen gehören Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, befristete Kredite sowie Staats- und andere Wertpapiere. Die Bankgeschäftsaktiva kommen durch die Wiederanlage von Kundeneinlagen zustande. Die Anlageaktiva sind die Anlagen, die durch Eigenkapital der Bank gedeckt sind.

Bankgeschäftsaktiva in Währungen werden als ergebniswirksame Instrumente klassifiziert, Anlageaktiva als „zur Veräußerung verfügbar“.

Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere („Reverse Repos“) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage bei einer Gegenpartei tätigt, die eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die entsprechenden Wertpapiere gegen Rückzahlung der Einlage zurückzugeben. Während der Laufzeit des Geschäfts wird der Fair Value der Sicherheit überwacht; gegebenenfalls wird als Schutz gegen das Kreditrisiko eine Aufstockung der Sicherheit verlangt.

Befristete Kredite sind Anlagen bei Zentralbanken, internationalen Organisationen und Geschäftsbanken. Sie schließen Darlehen an Zentralbanken und internationale Organisationen im Rahmen von Stand-by-Fazilitäten (mit oder ohne feste Zusage) ein. Der Bilanzposten „Terminguthaben und Kredite an Banken“ umfasst ferner Kündigungskonten (Anmerkung 8).

Staats- und andere Wertpapiere sind Anlagen bei Zentralbanken, internationalen Organisationen und Geschäftsbanken in Form von fest und variabel verzinslichen Anleihen sowie forderungsunterlegten Wertpapieren.

In der nachstehenden Tabelle werden die Bestände der Bank an Bankgeschäfts- und Anlageaktiva in Währungen aufgeschlüsselt.

31. März <i>Mio. SZR</i>	2006			2005		
	Bank- geschäft	Anlage- aktiva	Insgesamt	Bank- geschäft	Anlage- aktiva	Insgesamt
Schatzwechsel	47 311,9	–	47 311,9	31 307,4	–	31 307,4
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	18 296,8	1 222,4	19 519,2	13 071,5	962,8	14 034,3
Befristete Kredite und Kredite an Banken	85 066,9	–	85 066,9	77 336,8	–	77 336,8
Staats- und andere Wertpapiere						
Staaten	3 469,0	6 717,5	10 186,5	7 766,3	5 569,7	13 336,0
Finanzinstitute	24 617,4	957,5	25 574,9	16 629,7	876,4	17 506,1
Sonstige (einschl. öffentlicher Sektor)	7 578,4	1 096,6	8 675,0	7 934,2	1 003,3	8 937,5
	35 664,8	8 771,6	44 436,4	32 330,2	7 449,4	39 779,6
Bankgeschäftsaktiva und Anlageaktiva in Währungen insgesamt	186 340,4	9 994,0	196 334,4	154 045,9	8 412,2	162 458,1

B. Anlageaktiva in Währungen

Die Anlageaktiva der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert.

In Anmerkung 21A wird das Wertpapierbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Anlagepapieren ist in Anmerkung 29 aufgeschlüsselt.

Die Währungsanlageaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Stand am Jahresanfang	8 412,2	8 762,6
Nettoveränderung der Anlageaktiva in Währungen		
Zugänge	21 358,5	14 133,8
Abgänge	(3 214,1)	(3 384,2)
Fälligkeiten und andere Nettoveränderungen	(16 467,5)	(10 956,8)
	1 676,9	(207,2)
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	43,2	(63,9)
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	(138,3)	(79,3)
Stand am Jahresende	9 994,0	8 412,2

8. Terminguthaben und Kredite an Banken

Terminguthaben und Kredite an Banken umfassen befristete Kredite und Kündigungskonten.

Befristete Kredite werden als ergebniswirksame Instrumente klassifiziert.

Die Kündigungskonten werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und sind in den Zahlungsmitteln und

Zahlungsmitteläquivalenten enthalten. Dies sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Befristete Kredite und Kredite an Banken	85 066,9	77 336,8
Kündigungskonten	2 831,6	2 979,7
Terminguthaben und Kredite an Banken insgesamt	87 898,5	80 316,5

9. Derivative Finanzinstrumente

Die Bank verwendet für Sicherungs- und Handelszwecke folgende derivative Instrumente.

Zins- und Anleihefutures sind vertragliche Verpflichtungen, einen Nettobetrag, basierend auf Veränderungen von Zinssätzen oder Anleihekursen, an einem künftigen Datum zu einem festgelegten Preis, der an einem organisierten Markt zustande kam, entgegenzunehmen bzw. zu zahlen. Futures-Kontrakte werden durch Zahlungsmittel oder marktfähige Wertpapiere besichert, und Wertveränderungen des Kontrakts werden täglich mit der Börse abgerechnet.

Devisen- und Anleiheoptionen sind vertragliche Vereinbarungen, in denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem festgelegten Datum in einem bestimmten Umfang eine Währung, eine Anleihe oder Gold zu einem festgelegten Preis zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option). Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Optionen auf Futures sind vertragliche Vereinbarungen, die dazu berechtigen, aber nicht verpflichten, während eines festgelegten Zeitraums einen Future-Kontrakt zu einem festgelegten Preis zu kaufen oder zu verkaufen.

Devisen- und Goldswaps, Zins-/Währungsswaps und Zinsswaps sind Verpflichtungen zum Austausch einer Art von Zahlungsströmen gegen eine andere. Swappgeschäfte beinhalten einen wirtschaftlichen Tausch von Währungen, Gold oder Zinssätzen (z.B. eines variablen Zinses gegen einen festen) oder einer Kombination von Zinssätzen und Währungen (Zins-/Währungsswaps). Außer bei bestimmten Devisen- und Goldswaps und Zins-/Währungsswaps findet kein Austausch von Kapitalbeträgen statt.

Währungs- und Goldterminkontrakte sind Verpflichtungen, zu einem späteren Zeitpunkt Fremdwährungen oder Gold zu kaufen. Darin eingeschlossen sind noch nicht belieferte Kassageschäfte.

Forward-Rate-Agreements sind einzeln ausgehandelte Zins-terminkontrakte, bei denen an einem künftigen Datum die Differenz zwischen einem vertraglich vereinbarten Zinssatz und dem geltenden Marktzinssatz in bar gezahlt wird.

Swaptions sind Optionen, bei denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem bestimmten Datum einen Devisen- oder Zinsswap zu einem festgelegten Preis abzuschließen.

In der nachstehenden Tabelle wird der Fair Value der derivativen Finanzinstrumente aufgeschlüsselt.

31. März	2006			2005		
	Nominalwert	Fair Value		Nominalwert	Fair Value	
		Aktiva	Passiva		Aktiva	Passiva
<i>Mio. SZR</i>						
Anleihefutures	381,3	–	(0,4)	721,1	1,0	(1,2)
Anleiheoptionen	168,0	–	(1,5)	82,7	0,7	–
Devisenoptionen	213,3	–	(0,3)	2 276,2	0,7	(4,4)
Devisen- und Goldswaps	38 674,9	460,5	(142,4)	31 993,1	480,6	(145,3)
Forward-Rate-Agreements	37 290,0	11,9	(7,5)	45 074,2	5,3	(3,2)
Optionen auf Futures	15 228,8	1,2	(0,2)	3 306,0	0,9	(0,5)
Swaptions	1 803,2	–	(20,5)	2 818,0	0,9	(16,6)
Währungs- und Goldterminkontrakte	4 212,5	18,8	(29,4)	1 297,6	16,0	(9,0)
Zinsfutures	42 923,3	0,1	(0,3)	19 195,0	1,4	(0,2)
Zinsswaps	250 096,2	1 274,3	(1 668,6)	202 919,6	1 433,8	(1 038,5)
Zins-/Währungsswaps	8 058,3	189,2	(803,8)	10 619,0	246,7	(2 221,7)
Derivative Finanzinstrumente insgesamt am Jahresende	399 049,8	1 956,0	(2 674,9)	320 302,5	2 188,0	(3 440,6)
Derivative Finanzinstrumente netto am Jahresende			(718,9)			(1 252,6)

10. Kurzfristige Forderungen

31. März	2006	2005
<i>Mio. SZR</i>		
Finanzgeschäfte vor Abwicklung	7 436,4	4 018,1
Sonstige Anlagen	8,3	10,5
Kurzfristige Forderungen insgesamt	7 444,7	4 028,6

Bei den „Finanzgeschäften vor Abwicklung“ handelt es sich um kurzfristige Forderungen (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören Vermögenswerte, die verkauft, und Schulden, die begeben wurden.

11. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März <i>Mio. SZR</i>				2006	2005
	Grundstücke	Gebäude	IT und sonstige Sachanlagen	Insgesamt	Insgesamt
Historischer Einstandswert					
Stand am Jahresanfang	41,2	185,1	86,2	312,5	314,4
Investitionen	–	–	12,6	12,6	14,9
Veräußerungen und Abgänge	–	–	(0,6)	(0,6)	(16,8)
Stand am Jahresende	41,2	185,1	98,2	324,5	312,5
Abschreibungen					
Kumulierte Abschreibungen am Jahresanfang	–	72,5	50,8	123,3	124,4
Abschreibungen	–	4,0	9,3	13,3	15,7
Veräußerungen und Abgänge	–	–	(0,5)	(0,5)	(16,8)
Stand am Jahresende	–	76,5	59,6	136,1	123,3
Nettobuchwert am Jahresende	41,2	108,6	38,6	188,4	189,2

Der Abschreibungsbedarf für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr umfasste eine zusätzliche Abschreibung von SZR 1,0 Mio. nach einer Überprüfung auf Wertminderungen (2005: SZR 2,4 Mio.).

Nach einer Überprüfung der kapitalisierten Kosten in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden SZR 16,8 Mio. aus kapitalisierten, aber voll abgeschriebenen Kosten für IT und sonstige Sachanlagen ausgebucht.

12. Währungseinlagen (Passiva)

Währungseinlagen sind Buchforderungen gegenüber der Bank; sie sind in der untenstehenden Tabelle aufgliedert.

31. März <i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente		
Medium-Term Instruments (MTI)	57 688,3	42 694,7
FIXBIS	50 327,0	53 712,0
	108 015,3	96 406,7
Sonstige Währungseinlagen		
FRIBIS	3 247,1	3 192,4
Termineinlagen	52 181,5	36 987,3
Sicht- und Kündigungseinlagen	22 547,6	14 032,4
	77 976,2	54 212,1
Währungseinlagen insgesamt	185 991,5	150 618,8
Davon:		
Als „ergebniswirksam“ klassifiziert	163 443,9	136 586,4
Als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert	22 547,6	14 032,4

Medium-Term Instruments (MTI) sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit vierteljährlichen Verfallterminen und Laufzeiten bis zu 10 Jahren. Die BIZ bietet außerdem MTI mit einer Kündigungsoption der Bank an, wobei der Ausübungspreis gleich dem Nennwert ist (kündbare MTI); die Kündigungstermine liegen zwischen April 2006 und März 2007 (2005: April 2005 und März 2007). Am 31. März 2006 waren in der Bilanz kündbare MTI im Betrag von SZR 6 262,9 Mio. enthalten (2005: SZR 3 720,1 Mio.).

FIXBIS sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit beliebiger Laufzeit von 1 Woche bis 1 Jahr.

FRIBIS sind variabel verzinsliche Anlagen bei der BIZ mit Laufzeit von 1 Jahr oder mehr, bei denen der Zins jeweils entsprechend den Marktbedingungen neu bestimmt wird.

Termineinlagen sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ, meist mit einer Laufzeit von weniger als 1 Jahr. Die Bank nimmt ferner Termineinlagen entgegen, die am Verfalltag nach Wahl der Bank entweder in der ursprünglichen Währung oder in einem festgelegten Betrag einer anderen Währung zurückzahlen sind (Doppelwährungseinlagen). Am 31. März 2006 waren in der Bilanz Doppelwährungseinlagen im Betrag von SZR 231,1 Mio. enthalten (2005: SZR 1 096,4 Mio.). Die Verfalltermine dieser Einlagen liegen zwischen April und Juni 2006 (2005: zwischen April und September).

Sicht- und Kündigungseinlagen sind sehr kurzfristige Finanzverbindlichkeiten, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie sind als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

Bei bestimmten Einlageninstrumenten hat sich die Bank verpflichtet, sie mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen ganz oder teilweise – zum Fair Value – zurückzahlen. Bei diesen Geschäften entstehen der Bank realisierte Gewinne bzw. Verluste, die in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bewertungsänderungen netto“ ausgewiesen werden.

Entsprechend den Risikomanagementgrundsätzen der Bank wird das mit diesen Geschäften verbundene Marktrisiko insgesamt auf Basis des Fair Value gesteuert, d.h. alle einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate werden im Währungs-Bankgeschäftsportfolio zusammengefasst. Die realisierten und unrealisierten Gewinne bzw. Verluste aus Währungseinlagen der Passivseite werden somit weitgehend durch realisierte und unrealisierte Verluste bzw. Gewinne aus den Bankgeschäftsaktiva, Derivaten oder anderen Währungseinlagen auf der Passivseite ausgeglichen.

Um die Bilanzierungsunstimmigkeiten zu vermindern, die entstehen würden, wenn realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste auf unterschiedlicher Basis ausgewiesen würden, klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva und Passiva im Währungs-Bankgeschäftsportfolio als ergebniswirksame Instrumente.

Die Währungseinlagen (mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagen) werden zum Fair Value bilanziert. Dieser Wert weicht von dem Betrag ab, den die Bank dem Inhaber der Einlage gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit zahlen muss. Für die Währungseinlagen insgesamt, zuzüglich aufgelaufener Zinsen bis zum 31. März 2006, muss die Bank den Inhabern gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit SZR 187 896,6 Mio. zahlen (2005: SZR 151 115,9 Mio.).

Die Bank schätzt den Fair Value ihrer Währungseinlagen aufgrund von Finanzmodellen. Diese Modelle bewerten die erwarteten Zahlungsströme von Finanzinstrumenten mithilfe von Diskontierungsfaktoren, die teils aus notierten Zinssätzen (z.B. LIBOR, Swapsätzen), teils aus Spreadannahmen abgeleitet werden. Die Bank ermittelt diese Spreads auf der Basis jüngst getätigter Marktgeschäfte. In dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr verringerte sich der Gewinn der Bank infolge veränderter Spreadannahmen für die Bewertung der Währungseinlagen um SZR 6,0 Mio. (2005: Verringerung um SZR 7,9 Mio.).

13. Goldeinlagen (Passiva)

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken. Sie werden alle als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert.

14. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere („Repo-Geschäfte“) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage von einer Gegenpartei entgegennimmt und ihr eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die Einlage gegen Rückgabe gleichwertiger Wertpapiere zurückzahlen. Diese Einlagen stammen ausschließlich von Geschäftsbanken.

Am 31. März 2006 und 2005 hingen sämtliche Repo-Geschäfte mit der Verwaltung der Anlageaktiva in Währungen zusammen. Sie werden daher alle als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

15. Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen die Finanzgeschäfte vor Abwicklung, d.h. die kurzfristigen Verbindlichkeiten (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören angekaufte Vermögenswerte und zurückgekaufte Schulden.

16. Sonstige Verbindlichkeiten

31. März

Mio. SZR	2006	2005
Vorsorgeverpflichtungen – Anmerkung 22		
Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder	4,1	4,2
Kranken- und Unfallversicherung	135,1	127,3
Verbindlichkeiten gegenüber ehemaligen Aktionären	2,4	3,9
Sonstige	27,8	15,9
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	169,4	151,3

17. Aktienkapital

Das Aktienkapital der Bank setzte sich wie folgt zusammen:

31. März

Mio. SZR	2006	2005
Genehmigtes Kapital: 600 000 Aktien im Nominalwert von je SZR 5 000	3 000,0	3 000,0
Begebenes Kapital: 547 125 Aktien	2 735,6	2 735,6
Eingezahltes Kapital (25%)	683,9	683,9

Dividendenberechtigte Aktien:

31. März

	2006	2005
Begebene Aktien	547 125	547 125
Abzüglich: Eigene Aktien	(1 000)	(36 933)
Umlaufende dividendenberechtigte Aktien	546 125	510 192
Davon:		
Volle Dividende	510 192	470 073
Anteilige Dividende ab Valutadatum der Aktienzeichnung	35 933	40 119
Dividende je Aktie (SZR)	245	235

Bei den Aktien mit anteiliger Dividende ab Valutadatum der Aktienzeichnung handelt es sich um wiederveräußerte eigene Aktien (Anmerkung 19).

18. Statutarische Reserven

Die Statuten der Bank sehen die Zuweisung des jährlichen Reingewinns der Bank durch die Generalversammlung gemäß Vorschlag des Verwaltungsrats an drei bestimmte Reservefonds vor: an den Gesetzlichen Reservefonds, den Allgemeinen Reservefonds und den Besonderen Dividenden-Reservefonds. Der nach Ausschüttung der Dividende verbleibende Reingewinn wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Gesetzlicher Reservefonds. Dieser Reservefonds hat derzeit die volle vorgeschriebene Höhe von 10% des eingezahlten Kapitals der Bank.

Allgemeiner Reservefonds. Derzeit sind 10% des nach Zahlung der Dividende verbleibenden jährlichen Reingewinns der Bank dem Allgemeinen Reservefonds zuzuweisen. Wenn dieser Reservefonds das Fünffache des eingezahlten Kapitals der Bank erreicht hat, sinkt die jährliche Zuweisung auf 5% des verbleibenden Reingewinns.

Besonderer Dividenden-Reservefonds. Ein Teil des verbleibenden Reingewinns des Geschäftsjahres kann dem Besonderen Dividenden-Reservefonds zugewiesen werden. Dieser kann bei Bedarf zur Zahlung der gesamten festgelegten Dividende oder eines Teils davon herangezogen werden. In der Regel wird die Dividende aus dem Reingewinn der Bank gezahlt.

Freier Reservefonds. Ein nach den obengenannten Zuweisungen noch verbleibender Betrag des Reingewinns wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Der Erlös aus der Zeichnung von BIZ-Aktien wird dem Gesetzlichen Reservefonds zugewiesen, bis dieser die volle vorgeschriebene Höhe erreicht hat, der Rest dem Allgemeinen Reservefonds.

Der Freie Reservefonds, der Allgemeine Reservefonds und der Gesetzliche Reservefonds stehen – in dieser Reihenfolge – zur Deckung etwaiger Verluste der Bank zur Verfügung. Im Falle der Liquidation der Bank werden die in den Reservefonds verbliebenen Beträge (nach Ablösung der Schulden der Bank und Zahlung der Liquidationskosten) unter den Aktionären verteilt.

19. Rücknahme und Wiederveräußerung von Aktien

Die außerordentliche Generalversammlung vom 8. Januar 2001 änderte die Statuten der Bank dahingehend, dass die Möglichkeit, BIZ-Aktien zu halten, ausschließlich auf Zentralbanken beschränkt ist. Dementsprechend wurden von Privataktionären (d.h. nicht Zentralbanken) 72 648 Aktien obligatorisch zurückgenommen, deren Stimmrechte bei den Zentralbanken Belgiens, Frankreichs bzw. der USA liegen. Gleichzeitig nahm die Bank 2 304 Aktien dieser drei Ausgaben von anderen Zentralbanken zurück. Dafür wurde eine Entschädigung von insgesamt CHF 23 977,56 je Aktie zuzüglich Zinsen gezahlt.

Die Bank hielt diese Aktien als eigene Aktien. In dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr gab sie die 40 119 Aktien der belgischen und der französischen Ausgabe an die Zentralbanken dieser beiden Länder ab. Die ihr verbliebenen 35 933 Aktien der amerikanischen Ausgabe veräußerte die Bank am 31. Mai 2005 an Aktionärszentralbanken (Anmerkung 20).

20. Eigene Aktien

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2006	2005
Stand am Jahresanfang		
In dem am 31. März 2001 abgeschlossenen Geschäftsjahr zurückgenommene Aktien	34 833	74 952
Sonstige	2 100	2 100
Insgesamt am Jahresanfang	36 933	77 052
Wiederveräußerung an Aktionärszentralbanken	(35 933)	(40 119)
Stand am Jahresende	1 000	36 933

Gemäß den Statuten der Bank kann der Verwaltungsrat die Anfang 2001 zurückgenommenen und in der Folge von der Bank selbst gehaltenen Aktien (Anmerkung 19) gegen einen Betrag in Höhe der den Privataktionären gezahlten Entschädigung (CHF 23 977,56 je Aktie) an Aktionärszentralbanken abgeben. Dementsprechend hat die Bank in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr alle von ihr gehaltenen Aktien der belgischen und der französischen Ausgabe an die Zentralbanken dieser Länder verkauft. Die Veräußerung der 40 119 Aktien erbrachte einen Erlös von CHF 962,0 Mio. oder SZR 536,7 Mio. zum Kurs an den jeweiligen Transaktionsdaten.

Am 31. Mai 2005 veräußerte die Bank die ihr verbliebenen 35 933 Aktien der amerikanischen Ausgabe zum Preis von CHF 23 977,56 je Aktie an Aktionärszentralbanken. Diese Veräußerung erbrachte einen Erlös von CHF 861,6 Mio. oder SZR 468,2 Mio. zum Kurs am Transaktionsdatum.

Diese Beträge wurden dem Eigenkapital der Bank wie folgt gutgeschrieben:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2006	2005
<i>Mio. SZR</i>		
Eigene Aktien	396,2	456,4
Allgemeiner Reservefonds – Wechselkursgewinn	72,0	80,3
Insgesamt	468,2	536,7

Der Betrag von SZR 396,2 Mio. (2005: SZR 456,4 Mio.) entspricht dem SZR-Gegenwert der Entschädigung in Schweizer Franken, die den ehemaligen Privataktionären bei der Aktienrücknahme im Januar 2001 und nach dem endgültigen Urteil des Schiedsgerichts in Den Haag im September 2003 für die Aktien gezahlt wurde. Weitere Angaben zum Verfahren vor dem Schiedsgericht von Den Haag finden sich in Anmerkung 17 zum letztjährigen Jahresabschluss. Als der Verkaufserlös für diese Aktien einging, wurde ein Wechselkursgewinn von SZR 72,0 Mio. (2005: SZR 80,3 Mio.) erzielt. Er war darauf zurückzuführen, dass sich der Schweizer Franken in der Zeit von 2001 bis zum Veräußerungsdatum gegenüber dem SZR aufwertete.

Als eigene Aktien verbleiben nun noch 1 000 suspendierte Aktien der albanischen Ausgabe.

In dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurde ein Kredit der Bank an ein Konsortium von Zentralbanken, der mit den suspendierten Aktien der albanischen Ausgabe zusammenhing, von den kurzfristigen Forderungen zu den eigenen Aktien umgebucht. Der umgebuchte Betrag war SZR 1,7 Mio.

21. Sonstige Eigenkapitalposten

Die sonstigen Eigenkapitalposten entsprechen den Bewertungskonten für die Anlageaktiva in Gold und in Währungen (Anmerkungen 6 und 7).

Sie umfassen:

31. März	2006	2005
Mio. SZR		
Wertpapierbewertungskonto	(104,3)	92,2
Goldbewertungskonto	1 342,2	759,3
Sonstige Eigenkapitalposten insgesamt	1 237,9	851,5

A. Wertpapierbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Fair Value und dem fortgeführten Einstandswert der Anlagepapiere der Bank verbucht.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2006	2005
Stand am Jahresanfang	92,2	178,5
Bewertungsänderungen netto		
Nettogewinn aus Veräußerungen	(58,2)	(7,0)
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	(138,3)	(79,3)
	(196,5)	(86,3)
Stand am Jahresende	(104,3)	92,2

In den nachstehenden Tabellen wird der Stand des Wertpapierbewertungskontos aufgegliedert.

31. März 2006	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapierbewertungskonto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
Mio. SZR					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	1 222,4	1 222,5	(0,1)	–	(0,1)
Staats- und andere Wertpapiere	8 771,6	8 875,8	(104,2)	48,6	(152,8)
Insgesamt	9 994,0	10 098,3	(104,3)	48,6	(152,9)

31. März 2005	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapierbewertungskonto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
Mio. SZR					
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	962,8	962,8	–	–	–
Staats- und andere Wertpapiere	7 449,4	7 357,2	92,2	137,9	(45,7)
Insgesamt	8 412,2	8 320,0	92,2	137,9	(45,7)

B. Goldbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Buchwert und der neu als Einstandswert erachteten Basis der Goldanlageaktiva der Bank verbucht. Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Folgende Veränderungen ergaben sich auf dem Goldbewertungskonto während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. SZR	2006	2005
Stand am Jahresanfang	759,3	833,3
Bewertungsänderungen netto		
Nettogewinn aus Veräußerungen	(114,5)	(50,5)
Goldpreisveränderung	697,4	(23,5)
	582,9	(74,0)
Stand am Jahresende	1 342,2	759,3

22. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen:

1. Ein leistungsorientiertes Pensionssystem für ihr Personal, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letztliche Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.

2. Einen leistungsorientierten Pensionsplan ohne Fondsvermögen für ihre Verwaltungsratsmitglieder, die nach einer Amtszeit von mindestens vier Jahren anspruchsberechtigt sind.

3. Ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen für ihre Personalmitglieder im Ruhestand. Die Anspruchsberechtigung beruht grundsätzlich darauf, dass das Personalmitglied bis zum 50. Lebensjahr im Dienst bleibt und mindestens 10 Dienstjahre hat.

Alle Vorsorgeeinrichtungen werden jedes Jahr von unabhängigen Aktuaren neu bewertet.

Darüber hinaus führt die Bank gesperrte Einlagenkonten für bestimmte Personalmitglieder, die früher dem Sparfonds der Bank angehörten; dieser wurde am 1. April 2003 geschlossen. Gemäß den Bestimmungen dieser Sperrkonten können die Personalmitglieder keine weiteren Einzahlungen leisten; wenn sie aus der Bank ausscheiden, wird ihnen das Guthaben ausgezahlt. Den Zinssatz für diese Konten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für ähnliche Personalkonten anbietet. Am 31. März 2006 betragen die Guthaben auf den Sperrkonten insgesamt SZR 19,4 Mio. (2005: SZR 21,2 Mio.). Sie sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

A. In der Bilanz ausgewiesene Beträge

31. März	Pensionssystem des Personals		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand	
Mio. SZR	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Barwert der Verpflichtung	(606,4)	(596,4)	(4,5)	(4,3)	(183,8)	(179,8)
Fair Value des Fondsvermögens	602,2	566,6	–	–	–	–
Deckungsstand	(4,2)	(29,8)	(4,5)	(4,3)	(183,8)	(179,8)
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	46,8	77,9	0,3	0,1	57,2	62,4
Nicht erfasster nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	(42,6)	(48,1)	–	–	(8,6)	(9,9)
Verbindlichkeit am Jahresende	–	–	(4,2)	(4,2)	(135,2)	(127,3)

B. Barwert der Vorsorgeverpflichtung

Der Barwert der Vorsorgeverpflichtung hat sich wie folgt entwickelt:

31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Barwert der Verpflichtung am Jahresanfang	596,4	527,8	4,3	4,6	179,8	129,3
Laufender Dienstzeitaufwand	26,3	23,3	0,2	0,2	7,5	7,7
Arbeitnehmerbeiträge	3,2	3,2	–	–	–	–
Zinskosten	18,5	18,9	0,1	0,2	5,7	4,7
Versicherungsmathematischer Verlust	9,8	24,6	–	0,1	–	43,4
Folgen von Systemänderungen	–	–	–	–	–	(9,9)
Gezahlte Leistungen	(23,3)	(25,3)	(0,3)	(0,3)	(1,8)	(1,7)
Umrechnungsdifferenzen	(24,5)	23,9	0,2	(0,5)	(7,4)	6,3
Barwert der Verpflichtung am Jahresende	606,4	596,4	4,5	4,3	183,8	179,8

C. Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems des Personals

Der Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems für das Personal hat sich wie folgt entwickelt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresanfang	566,6	525,4
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	27,4	27,3
Vermögensgewinn / (-verlust)	36,8	(2,7)
Arbeitgeberbeiträge	15,0	15,1
Arbeitnehmerbeiträge	3,2	3,2
Gezahlte Leistungen	(23,3)	(25,3)
Umrechnungsdifferenzen	(23,5)	23,6
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresende	602,2	566,6

D. In der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Beträge

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand	
	2006	2005	2006	2005	2006	2005
Laufender Dienstzeitaufwand	26,3	23,3	0,2	0,2	7,5	7,7
Zinskosten	18,5	18,9	0,1	0,1	5,7	4,7
Abzüglich: Erwartete Rendite des Fondsvermögens	(27,4)	(27,3)	–	–	–	–
Abzüglich: Nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	(3,4)	0,2	–	–	(1,0)	–
Im Geschäftsjahr erfasster versicherungsmathematischer Verlust netto	1,2	–	–	–	2,8	0,3
Im Geschäftsaufwand enthaltener Gesamtbetrag	15,2	15,1	0,3	0,3	15,0	12,7

E. Wichtigste Anlagekategorien des Fondsvermögens, in Prozent des Fondsvermögens insgesamt

31. März

Prozent	2006	2005
Europäische Aktien	16,1	15,7
Sonstige Aktien	28,5	25,6
Festverzinsliche europäische Anlagen	26,9	28,2
Sonstige festverzinsliche Anlagen	24,0	23,5
Sonstige Anlagen	4,5	7,0
Tatsächliche Rendite des Fondsvermögens	10,65%	4,30%

Der Pensionsfonds des Personals investiert nicht in Finanzinstrumente, die von der Bank aufgelegt werden.

F. Wichtigste versicherungsmathematische Annahmen in diesem Jahresabschluss

31. März	2006	2005
Alle drei Vorsorgeeinrichtungen		
Diskontierungssatz – Marktzinssatz schweizerischer Unternehmensanleihen mit hohem Rating	3,25%	3,25%
Nur Pensionssystem des Personals und Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der Rentenleistungen	1,50%	1,50%
Nur Pensionssystem des Personals		
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	5,00%	5,00%
Angenommene Steigerungsrate der Gehälter	4,10%	4,10%
Nur Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der pensionsberechtigten Verwaltungsrats honorare	1,50%	1,50%
Nur Kranken- und Unfallversicherungssystem für Personalmitglieder im Ruhestand		
Angenommene langfristige Kostensteigerung im Gesundheitswesen	5,00%	5,00%

Die Annahmen für die Steigerung der Gehälter der Personalmitglieder, der pensionsberechtigten Verwaltungsrats honorare und der Rentenleistungen enthalten eine Inflationsrate von 1,5%.

Die erwartete Rendite des Fondsvermögens basiert auf langfristigen Erwartungen für Inflationsrate, Zinssätze, Risikoprämien und Aufteilung des Anlagevermögens. Diese Schätzung, die die historischen Renditen berücksichtigt, wird gemeinsam mit den unabhängigen Aktuarien des Fonds erstellt.

Die Annahme bezüglich der Kostensteigerung im Gesundheitswesen hat erhebliche Auswirkungen auf die Beträge, die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht werden. Eine Veränderung dieser Annahme um 1 Prozentpunkt gegenüber der Berechnung für 2005/06 würde sich wie folgt auswirken:

Mio. SZR	Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%
Anstieg / (Verringerung) der Summe von Dienstzeitaufwand und Zinskosten für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr	4,3	(3,2)
Anstieg / (Verringerung) der Leistungsverpflichtung per 31. März 2006	46,4	(37,8)

23. Zinsertrag

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2006	2005
Als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifizierte Anlageaktiva in Währungen		
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	39,9	14,5
Staats- und andere Wertpapiere	287,1	255,4
	327,0	269,9
Als „ergebniswirksam“ klassifizierte Bankgeschäftsaktiva in Währungen		
Schatzwechsel	465,3	335,5
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	104,8	81,6
Terminguthaben und Kredite an Banken	3 221,3	1 636,7
Staats- und andere Wertpapiere	1 058,4	767,5
	4 849,8	2 821,3
Als „Kredite und Forderungen“ klassifizierte Aktiva		
Kündigungskonten	96,6	56,7
Goldanlageaktiva	20,4	23,4
Gold-Bankgeschäftsaktiva	7,0	7,2
	124,0	87,3
Als „ergebniswirksam“ klassifizierte derivative Finanzinstrumente	936,7	879,5
Sonstige Zinsen	1,6	0,8
Zinsertrag insgesamt	6 239,1	4 058,8
Darunter:		
Zinseinkünfte während des Geschäftsjahres	6 392,4	3 981,1

24. Zinsaufwand

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Als „Kredite und Forderungen“ klassifizierte Passiva		
Zinsen auf Goldeinlagen	5,4	5,8
Zinsen auf Sicht- und Kündigungseinlagen	462,1	272,7
Zinsen auf mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	37,0	13,5
	504,5	292,0
Als „ergebniswirksam“ klassifizierte Passiva		
Zinsen auf sonstige Währungseinlagen	5 064,3	3 091,5
Zinsen auf mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere	0,3	0,6
	5 064,6	3 092,1
Zinsaufwand insgesamt	5 569,1	3 384,1
Darunter:		
Zinszahlungen während des Geschäftsjahres	5 434,9	3 320,7

25. Bewertungsänderungen netto

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Unrealisierte Wertänderungen von Bankgeschäftsaktiva in Währungen	(332,9)	(247,9)
Realisierte Gewinne aus Bankgeschäftsaktiva in Währungen	4,3	20,9
Unrealisierte Wertänderungen finanzieller Verbindlichkeiten	498,2	1 478,0
Realisierte Gewinne / (Verluste) aus finanziellen Verbindlichkeiten	63,0	(16,7)
Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten	(306,7)	(1 417,4)
Bewertungsänderungen netto	(74,1)	(183,1)

26. Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Ertrag aus Gebühren und Provisionen	5,8	4,3
Aufwand für Gebühren und Provisionen	(3,1)	(3,0)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	2,7	1,3

27. Nettodevisenverlust

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Transaktions(verlust) / -gewinn netto	(23,4)	11,9
Umrechnungsverlust netto	(1,8)	(46,4)
Nettodevisenverlust	(25,2)	(34,5)

Der Nettoverlust in dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr ist hauptsächlich dem Anstieg des Goldpreises im Verlauf des Geschäftsjahres gegenüber dem Marktwert von Terminkontrakten bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva der Bank zuzuschreiben. Dem Verlust stand ein entsprechender Anstieg der realisierten Gewinne aus den Verkäufen von Goldanlageaktiva der Bank (Anmerkung 30) bei der Abwicklung dieser Transaktionen gegenüber.

Verantwortlich für den Nettoverlust in dem am 31. März 2005 abgeschlossenen Geschäftsjahr war hauptsächlich die Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem SZR mit ihren Auswirkungen auf die Short-Position der Bank in Schweizer Franken, die bestand, bevor die Zentralbanken Belgiens und Frankreichs die bis dahin von der BIZ selbst gehaltenen Aktien ihrer jeweiligen Ausgabe zeichneten. Am Zeichnungsdatum wurde dieser Verlust (und die entsprechenden Umrechnungsverluste der Vorjahre, seit diese Aktien 2001 von Privataktionären zurückgenommen worden waren) im Eigenkapital der Bank durch einen realisierten Wechselkursgewinn von SZR 80,3 Mio. (Anmerkung 20) ausgeglichen.

28. Geschäftsaufwand

In der nachfolgenden Tabelle wird der Geschäftsaufwand der Bank in Schweizer Franken (CHF) – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – aufgliedert.

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. CHF</i>	2006	2005
Verwaltungsrat		
Honorare	1,7	1,6
Ruhegehälter für ehemalige Verwaltungsratsmitglieder	0,6	0,6
Reisen, auswärtige Sitzungen und sonstige Ausgaben	1,1	1,0
	3,4	3,2
Geschäftsleitung und Personal		
Vergütung	102,3	97,1
Renten	31,4	30,9
Sonstiger Personalaufwand	42,6	38,3
	176,3	166,3
Sachaufwand	68,9	64,5
Verwaltungskosten in Mio. CHF	248,6	234,0
Verwaltungskosten in Mio. SZR	133,6	129,3
Abschreibungen in Mio. SZR	13,3	15,7
Geschäftsaufwand in Mio. SZR	146,9	145,0

In dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr hatte die Bank – in Vollzeitstellen umgerechnet – durchschnittlich 520 Beschäftigte (2005: 526).

29. Nettogewinn aus Veräußerung von Anlagepapieren

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Veräußerungserlöse	3 214,1	3 384,2
Fortgeführte Einstandswerte	(3 155,9)	(3 377,2)
Nettogewinn	58,2	7,0
Davon:		
Realisierte Bruttogewinne	64,1	32,9
Realisierte Bruttoverluste	(5,9)	(25,9)

30. Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva

Bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva wurde in dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr folgender Gewinn erzielt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Veräußerungserlöse	187,2	108,6
Neu als Einstandswert erachtete Basis – Anmerkung 21B	(72,7)	(58,1)
Realisierte Bruttogewinne	114,5	50,5

31. Ergebnis je Aktie

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

	2006	2005
Reingewinn für das Geschäftsjahr (Mio. SZR)	599,2	370,9
Gewichteter Durchschnitt der Anzahl dividendenberechtigter Aktien	540 535	486 673
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	1 108,5	762,1

Für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr wird eine Dividende von SZR 245 je Aktie vorgeschlagen (2005: SZR 235).

32. Zahlungsmittel und Zahlungsmittel-äquivalente

Für die Mittelflussrechnung gelten als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente:

31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	33,0	25,8
Kündigungskonten	2 831,6	2 979,7
Zahlungsmittel und Zahlungsmittel- äquivalente insgesamt	2 864,6	3 005,5

33. Steuern

Die besondere rechtliche Stellung der Bank in der Schweiz ist im Wesentlichen im Sitzabkommen mit dem schweizerischen Bundesrat geregelt. Danach ist die Bank in der Schweiz von praktisch allen direkten und indirekten Steuern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene befreit.

Ähnliche Abkommen bestehen mit der Regierung der Volksrepublik China hinsichtlich der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong und mit der mexikanischen Regierung hinsichtlich der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent.

34. Wechselkurse

Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Kurse und Preise, die für die Umrechnung von Fremdwährungs- und Goldpositionen in SZR verwendet wurden.

	Kassakurs am 31. März		Durchschnitt im abgeschlossenen Geschäftsjahr	
	2006	2005	2006	2005
USD	0,694	0,661	0,687	0,671
EUR	0,840	0,859	0,835	0,845
JPY	0,00589	0,00619	0,00607	0,00625
GBP	1,205	1,248	1,225	1,238
CHF	0,532	0,554	0,539	0,549
Gold	404,4	282,7	327,7	277,9

35. Außerbilanzielle Geschäfte

Treuhandgeschäfte werden im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt, d.h. ohne Regress auf die Bank.

Sie werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Dazu gehören:

31. März

Mio. SZR	2006	2005
Nominalwert der Wertpapierbestände		
In Depotverwahrung für Kunden	10 413,8	10 009,2
Gemäß Pfandbestellungsvereinbarung	2 220,5	2 275,2
Im Rahmen von Portfolio-managementmandaten	5 012,1	3 769,4
Insgesamt	17 646,4	16 053,8

Die im Rahmen solcher Vereinbarungen gehaltenen Finanzinstrumente sind bei externen Verwahrstellen – Zentralbanken oder kommerziellen Instituten – hinterlegt.

36. Zusagen

Die Bank stellt eine Reihe fest zugesagter Stand-by-Fazilitäten für die zu ihrem Kundenkreis zählenden Zentralbanken und internationalen Organisationen bereit. Am 31. März 2006 beliefen sich die offenen Zusagen, im Rahmen dieser Stand-by-Fazilitäten Kredit zu gewähren, auf SZR 7 470,4 Mio. (2005: SZR 5 480,4 Mio.); davon waren SZR 344,0 Mio. nicht besichert (2005: SZR 315,0 Mio.).

37. Effektive Zinssätze

Der effektive Zinssatz ist der Satz, um den die erwarteten künftigen Zahlungsströme eines Finanzinstruments auf den jeweiligen Buchwert abgezinst werden.

Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die effektiven Zinssätze der betreffenden Finanzinstrumente in den wichtigsten Währungen.

31. März 2006

Prozent	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,61
Schatzwechsel	4,77	2,39	–	0,02	1,06
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	4,78	2,63	4,57	–	–
Terminguthaben und Kredite an Banken	4,75	2,51	4,59	–	4,25
Staats- und andere Wertpapiere	4,76	3,41	4,80	0,60	4,99
Passiva					
Währungseinlagen	4,23	2,55	4,32	–	4,85
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,28
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	4,63	–	4,27	–	–

31. März 2005

Prozent	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,82
Schatzwechsel	2,70	2,13	–	–	–
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	2,71	2,12	4,79	–	–
Terminguthaben und Kredite an Banken	2,77	2,24	4,93	–	4,15
Staats- und andere Wertpapiere	3,63	3,14	4,96	0,45	3,94
Passiva					
Währungseinlagen	3,00	2,29	4,73	–	3,29
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,46
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	2,43	–	–	–	–

38. Konzentrationsanalyse

A. Verbindlichkeiten insgesamt

31. März

Mio. SZR	2006	2005
Afrika	18 260,7	14 024,8
Asien-Pazifik-Raum	84 594,8	80 642,4
Europa	60 380,7	41 772,5
Nord- und Südamerika	41 394,6	28 910,3
Internationale Organisationen	3 914,3	4 883,1
Insgesamt	208 545,1	170 233,1

Die Währungs- und Goldeinlagen bei der Bank, hauptsächlich von Zentralbanken und internationalen Organisationen, bilden 93,6% (2005: 92,7%) ihrer gesamten Verbindlichkeiten. Am 31. März 2006 bestanden Währungs- und Goldeinlagen von 154 Kunden (2005: 159). Diese Einlagen weisen erhebliche Einzelkundenkonzentrationen auf: Auf der Basis des Abwicklungsdatums entfallen auf fünf Kunden je über 5% des Gesamtbetrags (2005: drei Kunden). In Anmerkung 4 wird erläutert, wie die Bank das Klumpenrisiko in ihren Verbindlichkeiten handhabt.

B. Kreditzusagen

31. März

Mio. SZR	2006	2005
Asien-Pazifik-Raum	7 166,4	5 259,1
Europa	304,0	221,3
Insgesamt	7 470,4	5 480,4

Anmerkung 36 enthält nähere Angaben zu den Kreditzusagen der Bank.

C. Außerbilanzielle Positionen

31. März

Mio. SZR	2006	2005
Afrika	975,2	594,6
Asien-Pazifik-Raum	13 410,4	12 144,1
Europa	560,2	556,8
Nord- und Südamerika	2 700,6	2 758,3
Insgesamt	17 646,4	16 053,8

Anmerkung 35 enthält nähere Angaben zu den außerbilanziellen Geschäften der Bank.

D. Aktiva insgesamt

Die Bank legt ihre Mittel vorwiegend am Interbankmarkt (bei globalen Finanzinstituten mit Sitz in G10-Ländern) sowie in G10-Staatsanleihen an. Auf eine geografische Gliederung der Aktiva der Bank wird hier verzichtet, da die Geschäftsleitung der Bank überzeugt ist, dass diese keinen angemessenen Eindruck des wirtschaftlichen Effekts der Anlagen der Bank vermitteln würde.

39. Nahestehende Personen

Die Bank betrachtet als nahestehend:

- Die Mitglieder des Verwaltungsrats
- Die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank
- Nahe Angehörige dieser Personen
- Unternehmen, die erheblichen Einfluss auf ein Mitglied des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene ausüben könnten, sowie Unternehmen, auf die eine dieser Personen erheblichen Einfluss ausüben könnte
- Die Vorsorgeeinrichtungen der Bank
- Zentralbanken, deren Präsident Mitglied des Verwaltungsrats ist, und Institutionen, die mit diesen Zentralbanken verbunden sind

Eine Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene findet sich im *Jahresbericht* unter „Verwaltungsrat und oberste Führungsebene“. Angaben zu den Vorsorgeeinrichtungen der Bank finden sich in Anmerkung 22.

A. Nahestehende natürliche Personen

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Vergütungen für Mitglieder der obersten Führungsebene betragen insgesamt:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

Mio. CHF	2006	2005
Gehälter, Zulagen sowie Versicherungsdeckung Krankheit / Unfall	6,4	6,7
Vorsorgeleistungen	1,8	1,8
Vergütungen insgesamt in Mio. CHF	8,2	8,5
Gegenwert SZR	4,4	4,6

Anmerkung 28 enthält Einzelheiten zu den Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats.

Die Bank bietet allen Personalmitgliedern und Verwaltungsratsmitgliedern persönliche Einlagenkonten an. Darüber hinaus führt sie gesperrte Einlagenkonten für bestimmte Personalmitglieder, die früher dem Sparfonds der Bank angehörten. Gemäß den Bestimmungen dieser Sperrkonten können die Personalmitglieder keine weiteren Einzahlungen leisten; wenn sie aus der Bank ausscheiden, wird ihnen das Guthaben ausgezahlt. Den Zinssatz für die persönlichen Einlagenkonten und die Sperrkonten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für ähnliche Personalkonten anbietet. Am 31. März 2006 waren auf den persönlichen Einlagenkonten und den Sperrkonten der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene der Bank folgende Bewegungen und Guthaben zu verzeichnen:

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. CHF</i>	2006	2005
Stand am Jahresanfang	18,7	19,8
Hereingenommene Einlagen einschl. Zinsgutschriften (nach Abzug der Quellensteuer)	6,6	6,2
Abhebungen	(12,0)	(7,3)
Stand am Jahresende in Mio. CHF	13,3	18,7
Gegenwert SZR	7,1	10,4
Zinsaufwand auf Einlagen in Mio. CHF	0,5	0,8
Gegenwert SZR	0,3	0,4

Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres zu Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene der Bank ernannt wurden, sind in der obenstehenden Tabelle in den hereingenommenen Einlagen eingeschlossen. Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres aus dem Verwaltungsrat oder der obersten Führungsebene der Bank ausgeschieden sind, sind in der obenstehenden Tabelle in den Abhebungen eingeschlossen.

B. Nahestehende Zentralbanken und verbundene Institutionen

Die BIZ erbringt Bankdienstleistungen für Zentralbanken, internationale Organisationen und sonstige öffentliche Institutionen. Dabei schließt sie im Rahmen des normalen Geschäftsgangs Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen ab. Zu diesen Geschäften gehören die Gewährung von Krediten sowie die Hereinnahme von Währungs- und Goldeinlagen.

Die Konditionen sind bei diesen Geschäften grundsätzlich die gleichen wie bei Geschäften mit nicht verbundenen Kunden.

Währungseinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Stand am Jahresanfang	39 806,9	34 030,3
Hereingenommene Einlagen	175 323,0	104 844,2
Fälligkeiten, Tilgungen und Fair-Value-Änderungen	(156 074,1)	(101 906,6)
Nettoveränderung bei Kündigungskonten	(5 775,8)	2 839,0
Stand am Jahresende	53 280,0	39 806,9
Anteil an Währungseinlagen insgesamt am Jahresende	28,6%	26,4%

Goldeinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Stand am Jahresanfang	4 808,6	5 049,1
Hereingenommene Einlagen	–	154,3
Nettoabzüge und Goldpreisveränderung	1 458,7	(394,8)
Stand am Jahresende	6 267,3	4 808,6
Anteil an Goldeinlagen insgesamt am Jahresende	67,9%	67,6%

Von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere

Geschäftsjahr abgeschlossen
am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2006	2005
Stand am Jahresanfang	4 917,3	4 448,0
Hereingenommene Einlagen	1 095 001,1	1 200 762,4
Fälligkeiten und Fair-Value-Änderungen	(1 096 719,9)	(1 200 293,1)
Stand am Jahresende	3 198,5	4 917,3
Anteil an mit Rückgabeverein- barung angekauften Wertpapieren insgesamt am Jahresende	16,4%	35,0%

Sonstige Positionen gegenüber nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die Bank hält Sichtkonten in Währungen bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen. Am 31. März 2006 betrug der Saldo dieser Konten insgesamt SZR 10,8 Mio. (2005: SZR 7,4 Mio.). Die Gold-Sichtkonten bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen beliefen sich am 31. März 2006 auf insgesamt SZR 7 132,0 Mio. (2005: SZR 5 170,3 Mio.).

Derivatgeschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die BIZ schließt mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen Derivatgeschäfte ab, darunter Devisenkontrakte und Zinsswaps. Der gesamte Nominalwert dieser Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen in dem am 31. März 2006 abgeschlossenen Geschäftsjahr betrug SZR 10 948,1 Mio. (2005: SZR 4 184,5 Mio.).

40. Eventualverbindlichkeiten

Die Bank ist in zwei separate Gerichtsverfahren verwickelt (abgesehen von dem Verfahren vor dem Schiedsgericht in Den Haag, das 2003 abgeschlossen wurde), die im Zusammenhang mit dem Beschluss vom 8. Januar 2001 zur Rücknahme aller BIZ-Aktien in Händen von Privataktionären angestrengt wurden (Anmerkung 19).

Eine Gruppe ehemaliger Privataktionäre leitete im Dezember 2001 ein Verfahren vor dem Handelsgericht in Paris ein. Das Gericht fällte im März 2003 eine Vorentscheidung (ohne inhaltlich auf die Klage einzugehen), wonach es für die Beurteilung von Ansprüchen auf Erhöhung der Entschädigung zuständig sei. Die Bank legte daraufhin vor dem Pariser Appellationsgericht Berufung gegen diese Verfahrensentscheidung ein und brachte vor, dass das Schiedsgericht in Den Haag in dieser Sache allein zuständig sei. Am 25. Februar 2004 fällte das Pariser Appellationsgericht eine Entscheidung zugunsten der BIZ und hielt fest, das Handelsgericht in Paris sei für solche Forderungen nicht zuständig. Im April 2004 stellten einige der an der ursprünglichen Klage beteiligten ehemaligen Privataktionäre vor dem französischen Kassationsgericht den Antrag, die Entscheidung des Appellationsgerichts in der

Zuständigkeitsfrage aufzuheben. Ende 2004 reichten sowohl die Kläger als auch die Bank ihre Rechtsschriften zur Zuständigkeitsfrage ein; das Urteil des Kassationsgerichts steht noch aus. Die Bank erachtet diese Klage als unbegründet und hat dementsprechend keine gesonderte Rückstellung für diese Forderungen gebildet.

Ein anderes Verfahren wurde von einer Gruppe von Klägern angestrengt, die geltend machen, sie hätten im Zeitraum zwischen der Ankündigung der geplanten Aktienrücknahme am 11. September 2000 und dem entsprechenden Beschluss der außerordentlichen Generalversammlung vom 8. Januar 2001 ihre BIZ-Aktien am Markt verkauft. Die Klage wurde nicht gegen die BIZ eingereicht, sondern gegen JPMorgan & Cie SA und Barbier Frinault, die Finanzberater, die die Bank zur Bestimmung der ursprünglichen Entschädigung herangezogen hatte. Die Bank könnte aber dennoch indirekt haften, nämlich aufgrund einer Schadloshaltungsklausel im Vertrag mit JPMorgan & Cie SA in Bezug auf etwaige Gerichtsverfahren und Kosten im Zusammenhang mit den erbrachten Beratungsdienstleistungen. Für diese Ansprüche ist keine Rückstellung gebildet worden.

Außer den genannten Verfahren ist derzeit kein nennenswertes Gerichts- oder Schiedsverfahren anhängig, an dem die BIZ beteiligt ist.

Bericht der Buchprüfer

Bericht der Buchprüfer
an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben den beiliegenden Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (S. 214 bis 243) geprüft. Der Jahresabschluss setzt sich aus der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung zusammen, wie dies in den Statuten der Bank bestimmt wird, sowie aus den dazugehörigen Anmerkungen. Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsleitung der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den in den Anmerkungen unter „Wesentliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ wiedergegebenen Grundsätzen erstellt worden. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten. Der Jahresabschluss des vorangegangenen Geschäftsjahres wurde von einem anderen Buchprüfer geprüft, der in seinem Bericht vom 9. Mai 2005 keine Einschränkungen dazu anzubringen hatte.

Wir haben unsere Prüfung nach den International Standards on Auditing durchgeführt. Danach müssen wir die Revision so planen und durchführen, dass wir mit angemessener Gewissheit feststellen können, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen Fehlern ist. Eine Abschlussprüfung umfasst die stichprobenweise Prüfung von Nachweisen für die Posten und Angaben in der Jahresrechnung. Ferner umfasst sie die Beurteilung der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und wesentlicher Bewertungsentscheide der Geschäftsleitung sowie eine Bewertung der Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind, und wir sind überzeugt, dass die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Gemäß unserer Beurteilung ist der Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermittelt für das am 31. März 2006 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechend den in den Anmerkungen zum Jahresabschluss dargelegten Rechnungslegungsgrundsätzen und den Statuten der Bank.

Deloitte AG

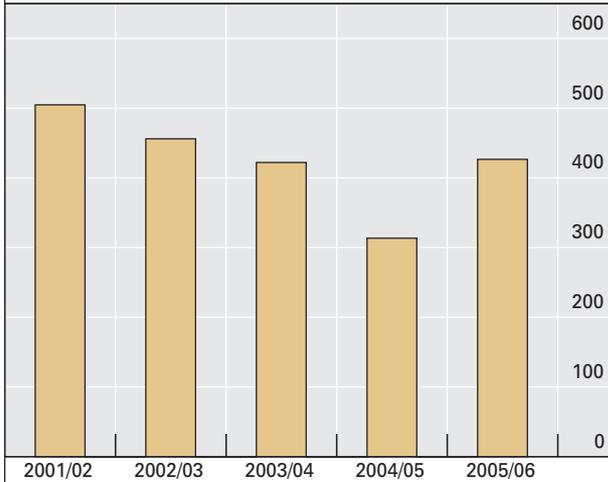
Dr. Philip Göth

Pavel Nemecek

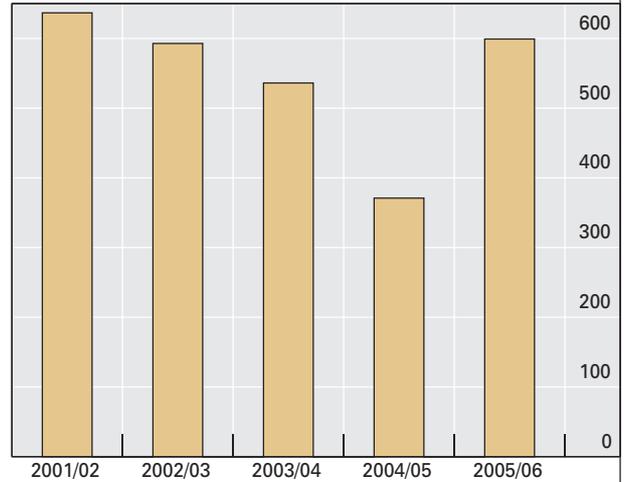
Zürich, 8. Mai 2006

5-Jahres-Überblick

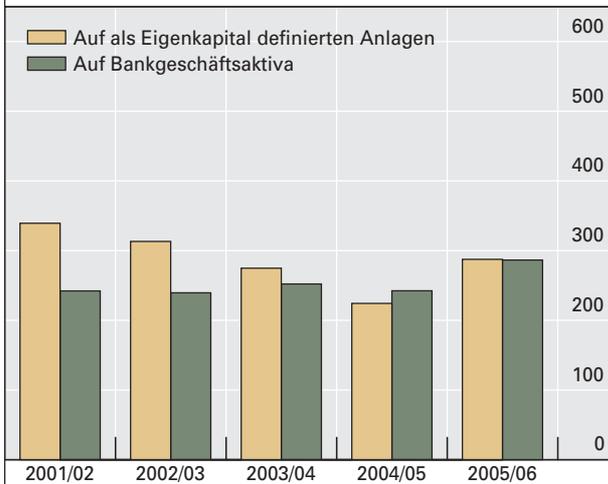
Operativer Gewinn
Mio. SZR



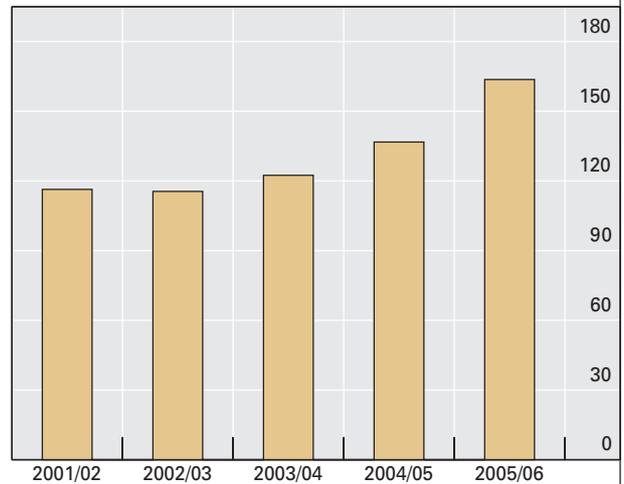
Reingewinn
Mio. SZR



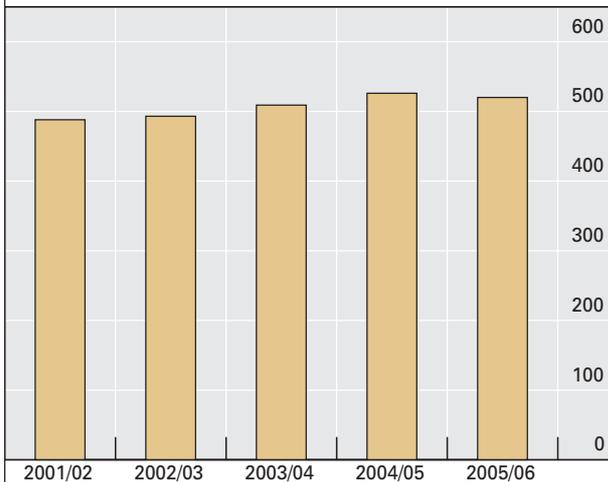
Nettozinsertrag auf Währungsanlagen
Mio. SZR



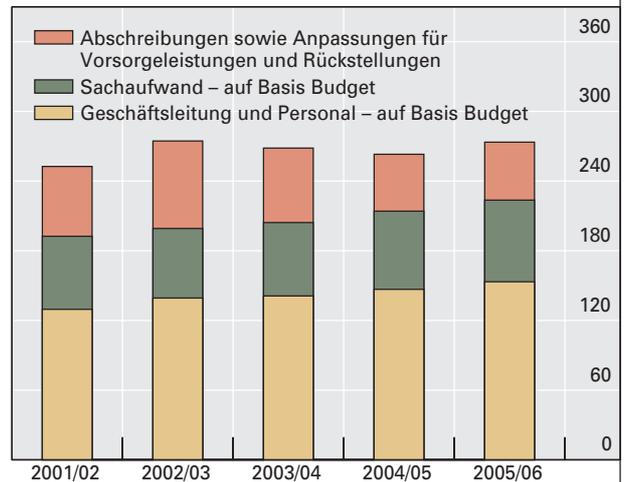
Durchschnittliche Währungseinlagen
(Basis Valutadatum, periodengerecht abgegrenzt)
Mrd. SZR



Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte
In Vollzeitstellen umgerechnet



Geschäftsaufwand
Mio. CHF



Anmerkung: Die Finanzdaten für das Geschäftsjahr 2001/02 beruhen auf bestmöglichen Schätzungen.

